



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie



# Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Juni 2014

## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
www.bmwi.de

### Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi)  
Redaktionsteam „Schlaglichter der  
Wirtschaftspolitik“

### Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

### Redaktionsschluss:

22. Mai 2014

### Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

### Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/  
Bergmann (S. 2), Alessandro Di Meo – Picture Alliance (S. 5),  
apops – Fotolia (S. 6), Pressmaster – Shutterstock (S. 7),  
BMWi (S. 12), knikola/David Lee/Niyazz – Shutterstock (S. 13),  
Wiktor Dabkowski – Picture Alliance (S. 14), Juanmonino –  
iStockphoto (S. 15), Westend61 – Plainpicture (S. 16),  
Ron Bambridge – Getty Images (S. 17), Petair – Fotolia (S. 19),  
Luis Louro – Shutterstock (S. 22), Dmitry Kalinovsky (S. 24),  
tomerturjeman – Shutterstock (S. 25), 06photo – Shutterstock  
(S. 26), Monkey Business – Fotolia (S. 28), skyneshner –  
iStockphoto (S. 32), BMWi (S. 34), BartCo – iStockphoto (S. 35)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des  
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.  
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum  
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung  
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen  
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder  
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und  
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für  
seine familienfreundliche Personalpolitik  
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von  
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der  
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



**Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:**  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmwi.de

**Zentraler Bestellservice:**  
Telefon: 030 182722721  
Bestellfax: 030 18102722721

# Inhalt

Editorial .....	2
<b>I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen .....</b>	<b>4</b>
Auf einen Blick .....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage .....	10
Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts .....	12
Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen .....	22
Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte .....	28
<b>II. Wirtschaftliche Lage .....</b>	<b>37</b>
Internationale Wirtschaftsentwicklung .....	38
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....	40
<b>III. Übersichten und Grafiken .....</b>	<b>51</b>
1. Gesamtwirtschaft .....	52
2. Produzierendes Gewerbe .....	60
3. Privater Konsum .....	68
4. Außenwirtschaft .....	70
5. Arbeitsmarkt .....	72
6. Preise .....	74
7. Monetäre Entwicklung .....	78
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse .....	80
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben .....	82

# Editorial



## Liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem am 13. Mai 2014 veröffentlichten Wirtschaftsbericht Deutschland hat die OECD eine umfassende und differenzierte Analyse der deutschen Wirtschaftspolitik vorgelegt.

Der Bericht ist ein weiterer Beleg für die gute Verfassung der deutschen Volkswirtschaft, die – nach einem noch moderaten Wachstum im Schlussquartal 2013 – in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 wieder Fahrt aufgenommen hat. Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2014 mit einer Jahresrate von +2,5 Prozent und damit so stark wie seit mehr als zwei Jahren nicht mehr. Die Industrieproduktion und die Auftragseingänge lagen in diesem Zeitraum ebenfalls deutlich im Plus und bestätigen die positiven Einschätzungen der Unternehmen über ihre aktuelle Geschäftslage. Die erfreuliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung belebt weiterhin den Arbeitsmarkt: Die Zahl der Erwerbstätigen sowie der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in den ersten Monaten des Jahres kräftig gestiegen, während die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung weiter abgenommen haben.

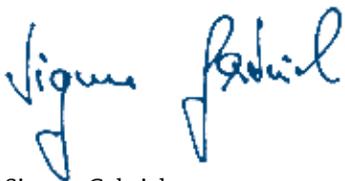
Die aktuelle wirtschaftliche Situation Deutschlands darf jedoch den Blick auf die großen zukünftigen Herausforderungen nicht verstellen. Es waren die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und unsere industrielle Stärke, die zu einer schnellen wirtschaftlichen Erholung Deutschlands nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen haben. Wir haben wieder einmal erlebt: Immer, wenn das wirtschaftliche Wachstum breit angelegt ist, es also allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugutekommt, ist es auch nachhaltig. Deswegen ist es bedenklich, dass sich der Niedriglohnsektor in Deutschland über die letzten zwei Jahrzehnte merklich ausgeweitet hat. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass der jüngste OECD-Wirtschaftsbericht Deutschland die Probleme sozialer Ungleichheit und die Gefahr einer Spaltung am Arbeitsmarkt in unserem Land thematisiert. Die neue Bundesregierung hat die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns beschlossen. Ziel ist dabei, dass Vollzeitbeschäftigte von ihrer Arbeit leben können und nicht – wie es bisher zu häufig der Fall war – auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Der OECD-Wirtschaftsbericht weist zudem kritisch darauf hin, dass in Deutschland bei den Investitionen Nachholbedarf besteht. Ich teile diese Einschätzung und bin der Auffassung, dass die Strategie der neuen Bundesregierung, die auf eine Stärkung von langfristigen Wachstumspotenzialen, z. B. durch die gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung und Innovationen, Investitionen in Bildung sowie in eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur setzt, richtig ist.

Auch die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine der zentralen Aufgaben für die deutsche Wirtschaft. Schon heute können in einigen Branchen und Regionen nicht alle Stellen mit Fachkräften besetzt werden. Nach einer aktuellen Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gab es im ersten Quartal 2014 auf dem ersten Arbeitsmarkt rund 1,075 Millionen offene Stellen. Genau hier setzt das Fachkräftekonzept der Bundesregierung an, das verantwortliche Akteure aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenbringt. Der Artikel hierzu in diesem Monatsbericht gibt einen Überblick über Maßnahmen, um dem drohenden Mangel insbesondere auch an nicht-akademischen Fachkräften entgegenzuwirken.

Die Juni-Ausgabe der „Schlaglichter“ enthält zudem Beiträge zum Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), zur G7-Initiative für mehr Energiesicherheit, der Besonderen Ausgleichsregelung des EEG sowie zur Internationalisierung der deutschen Technologie- und Innovationspolitik.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

# I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

# Auf einen Blick

## G7-Initiative für mehr Energiesicherheit



Die Energieminister der G7 haben sich bei einem Sondertreffen in Rom auf gemeinsame Maßnahmen für eine höhere Energiesicherheit verständigt.

Das Sondertreffen stand im Zeichen der aktuellen Krise in der Ukraine und möglicher Auswirkungen für die weltweite Energieversorgung. Die Energieminister der führenden Industriestaaten waren sich einig, dass gemeinsame Anstrengungen jetzt notwendig sind, um die Energiesicherheit langfristig zu erhöhen. Im Fokus stehen dabei weltweite, offene und freie Märkte in der Energieversorgung. Dafür benötigt man insbesondere in Europa eine ganze Reihe von technischen Voraussetzungen.

Bei dem Treffen verständigten sich die Energieminister auf Prinzipien, die die Energiesicherheit erhöhen sollen, und brachten konkrete Maßnahmen auf den Weg, die in der „G7 Rome Energy Initiative“ gebündelt werden. Zu den Maßnahmen, die dann auf dem G7-Gipfel am 4. und 5. Juni in Brüssel von den Staats- und Regierungschefs der USA, Japans, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Kanadas beschlossen werden sollen, gehören u. a. der enge Austausch der Länder zur Verringerung von Importabhängigkeiten sowie die gemeinsame Erarbeitung von Optionen zur Erhöhung der Gasversorgungssicherheit.

Für Deutschland vorrangig ist dabei, Energie einzusparen und auf erneuerbare Energien zu setzen. Innerhalb der Energiewende kommt der Versorgungssicherheit – neben dem Klimaschutz und der Entwicklung neuer wirtschaftlicher Potenziale zentrales Ziel – zukünftig eine stärkere Rolle zu.

Die G7-Initiative sieht zudem eine Entwicklung und Verbreitung heimischer Ressourcen und eine höhere Diversifizierung bei Import- und Transitrouten, aber auch bei den Lieferländern vor. Zudem verpflichteten sich die G7-Staaten dazu, wichtige Energieinfrastrukturprojekte im Bereich Gas voranzutreiben und die Zusammenarbeit mit alternativen Lieferländern aus Nordafrika, dem Nahen Osten und der Region um das Kaspische Meer auszubauen. Auch sollen der Export von Flüssigerdgas von Nordamerika nach Europa erleichtert und Krisenvorsorgemechanismen verbessert werden.

Kontakt: Dr. Martin Schöpe, Martha Ekkert  
Referat: Grundsätze der internationalen Energiepolitik/  
Energieaußenpolitik, multilaterale Energiezusammenarbeit (außer IEA), energiepolitische Zusammenarbeit mit Industrieländern

## Abschlussprüferreform in Brüssel beschlossen

Am 3. April hat das Europäische Parlament neue Regeln im Bereich der Abschlussprüfung verabschiedet. Der EU-Ministerrat hat der Reform am 14. April zugestimmt. Nach Veröffentlichung der Texte im Amtsblatt der Europäischen Union haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre bis zum 17. Juni 2016 Zeit, um die überarbeiteten Vorgaben der Abschlussprüfungsrichtlinie 2006/43/EG in nationales Recht umzusetzen. Ab diesem Tag gelten auch die zusätzlichen Anforderungen der neuen Verordnung über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse.

**Abschlussprüfung:** Dies ist die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses von Unternehmen. Sie ist im Wesentlichen im Handelsgesetzbuch (HGB) geregelt. In Deutschland darf die Prüfung nur von Wirtschaftsprüfern und – eingeschränkt – vereidigten Buchprüfern sowie den jeweiligen Berufsgesellschaften durchgeführt werden. Die berufsrechtlichen Vorgaben für Wirtschafts- und vereidigte Buchprüfer sowie Regeln zur Organisation der Berufsaufsicht ergeben sich aus der Wirtschaftsprüferordnung (WPO).

**Unternehmen von öffentlichem Interesse** (englisch: public interest entities – PIE) sind z. B. Banken, Versicherungen und börsennotierte Unternehmen.

Kernforderung der EU-Kommission und gewichtiges Streitthema zwischen den Mitgliedstaaten war die so genannte **externe Rotation** des Abschlussprüfers. Nach dem beschlossenen Kompromiss darf ein Abschlussprüfer künftig nicht länger als zehn Jahre für ein Unternehmen von öffentlichem Interesse tätig sein. Die Mitgliedstaaten haben Verlängerungsmöglichkeiten im Fall einer Ausschreibung des Abschlussprüfungsmandats auf insgesamt maximal 20 Jahre oder der gemeinsamen Prüfung durch zwei Abschlussprüfer (so genanntes Joint audit) auf insgesamt maximal 24 Jahre sowie Übergangsregelungen. Damit sollen mögliche negative Folgen der Rotationspflicht, insbesondere eine Verschlechterung der Qualität der Abschlussprüfung in den ersten Jahren nach einem Wechsel, vermieden werden. **Weitere zentrale Elemente** der Reform im Bereich der Prüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse sind die Stärkung des Prüfungsausschusses der geprüften Unternehmen, erweiterte Vorgaben für den Bestätigungsvermerk und ein zusätzlicher Bericht an den Prüfungsausschuss. Darüber hinaus ist die Beschränkung von Beratungsleistungen, die der Abschlussprüfer dem von ihm geprüften Unternehmen erbringen darf, vorgesehen.

Im Bereich des **Berufsrechts** werden für alle Prüfer zukünftig noch strengere Anforderungen u. a. an die Unabhängigkeit, die Qualitätssicherung und die Berichtspflichten der Prüfer gestellt. Festgelegt werden etwa Abkühlungsfristen, die Unvereinbarkeit der Abschlussprüfung mit dem Halten



von bestimmten Finanzinstrumenten am geprüften Unternehmen, detaillierte Anforderungen an das interne Qualitätssicherungssystem und die Durchführung der Abschlussprüfung wie die Aufzeichnung von Rechtsverstößen. Auch die für Verstöße zu verhängenden Sanktionen werden in der Richtlinie aufgeführt. Zusätzliche detaillierte Vorgaben für Prüfer von Unternehmen von öffentlichem Interesse betreffen etwa den Transparenzbericht oder die auftragsbegleitende Qualitätssicherung. Die internationalen Prüfungsstandards (ISA) werden zukünftig im Wege delegierter Rechtsakte der EU-Kommission angenommen.

Das **System der Berufsaufsicht** über die Abschlussprüfer muss den Vorgaben der geänderten Richtlinie und der neuen Verordnung angepasst und überarbeitet werden. Derzeit führt die Abschlussprüferaufsichtskommission (APAK) die Fachaufsicht über die erstzuständige Wirtschaftsprüferkammer (WPK), der Selbstverwaltung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer. Die Richtlinie und die Verordnung verlangen die Errichtung einer „unabhängigen Behörde“, die die Letztverantwortung für die Aufsicht über alle Abschlussprüfer innehat. Diese Behörde muss im Rahmen der Aufsicht über die Abschlussprüfer von Unternehmen von öffentlichem Interesse für die Inspektionen und die sich hieraus ergebenden Untersuchungen und Maßnahmen selbst operativ zuständig sein. Im Übrigen kann die Aufsicht delegiert werden, etwa an berufsständische Einrichtungen wie die Wirtschaftsprüferkammer. Die Länderaufsicht über die Sparkassen und Genossenschaften und das gesetzliche Prüfungsmandat ihrer Prüfungsverbände kann hingegen erhalten bleiben. Auf internationaler Ebene werden die Prüferaufsichten der Mitgliedstaaten künftig in einem Ausschuss kooperieren (CEAOB). Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag hatte eine weitergehende Zentralisierung der Aufsicht bei der europäischen Finanzmarktbehörde ESMA vorgesehen.

Erklärtes **Ziel der Reform** ist die Verbesserung der Qualität der Abschlussprüfung und der Bekämpfung der hohen Konzentration auf dem Abschlussprüfungsmarkt. Häufig begründet wurde sie auch mit einem Verweis auf die Ursachen der Finanzkrise und die dabei aufgedeckten Mängel auch in der Abschlussprüfung. Kritiker wiederum hatten darauf hingewiesen, dass einige Vorgaben wie die externe Rotation zumindest zu vorübergehenden Qualitätseinbußen und – aufgrund hoher Transaktionskosten bei Prüferwechseln – einer weiteren Marktkonzentration führen werden.



Die zuständigen Ressorts, das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), sind an sachlichen Beiträgen der betroffenen Kreise interessiert. Bereits im Mai fand eine erste Informationsveranstaltung statt.

Veröffentlicht sind die Texte von Richtlinie 2014/56/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen und Verordnung (EU) Nr. 537/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/909/EG der Kommission im Amtsblatt der Europäischen Union vom 27. Mai 2014, abrufbar unter: <http://bit.ly/Pruefreform>

Kontakt: Angela Regina Stöbener, LL.M.  
Referat: Freie Berufe, Gewerberecht

## Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

<b>Juni 2014</b>	
04.06.	BIP (EU) 2. Schätzung 1. Quartal 2014
05.06.	EZB-Leitzinsentscheid
06.06.	Telekommunikationsrat in Luxemburg
11.06.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.06.	Industrieproduktion (EU) April 2014
13.06.	Internationaler Warenverkehr (EU) April 2014
13.06.	Energieministerrat in Luxemburg
20.06.	Leistungsbilanz (EU) April 2014
19./20.06.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
26.06.	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
26./27.06.	Europäischer Rat in Brüssel
<b>Juli 2014</b>	
02.07.	BIP (EU) 3. Schätzung 1. Quartal 2014
03.07.	EZB-Leitzinsentscheid
07./08.07.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
09.07.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
14.07.	Industrieproduktion (EU) Mai 2014
16.07.	Internationaler Warenverkehr (EU) Mai 2014
18.07.	Leistungsbilanz (EU) Mai 2014
21./22.07.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat
24.07.	Informeller Energieministerrat
29.07.	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>August 2014</b>	
07.08.	EZB-Leitzinsentscheid
11.08.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13.08.	Industrieproduktion (EU) Juni 2014
14.08.	BIP 2. Quartal (Schnellmeldung)
14.08.	BIP (Euroraum und EU) 2. Quartal (Schnellschätzung)
18.08.	Internationaler Warenverkehr (EU) Juni 2014
19.08.	Leistungsbilanz (EU) Juni 2014
27.08.	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

### In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>



## Grafik des Monats

### Die Reallöhne in Deutschland ...

... haben seit dem Krisenjahr 2009 wieder kräftig zugelegt. Nach den Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Statistischen Bundesamt sind die realen Löhne und Gehälter in dieser Zeit um etwa ein Prozent pro Jahr gestiegen. Angesichts der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt und einem anziehenden Wachstum der deutschen Wirtschaft erwartet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion weitere, kräftige Steigerungen in diesem und dem kommenden Jahr.

Reallöhne je Arbeitnehmer (in % ggü. Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt

# Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem breit angelegten Aufschwung.
- ▶ Nach dem auch witterungsbedingt starken ersten Quartal wird die Frühjahrsbelegung voraussichtlich schwächer ausfallen als gewohnt. Darauf deuten u. a. die aktuellen Indikatoren des Produzierenden Gewerbes hin.
- ▶ Die weltwirtschaftlichen Perspektiven bleiben im Ganzen aufgehellt, allerdings stellen nicht nur geopolitische Spannungen Risikofaktoren dar.
- ▶ Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt setzen sich fort.

Die deutsche Wirtschaft hat im Winterhalbjahr, unterstützt durch die milde Witterung, weiter an Dynamik gewonnen.<sup>1</sup> Nach dem bereits beschleunigten Wachstum von 0,4 % im Jahresschlussquartal 2013<sup>2</sup> hat im ersten Quartal 2014 das Bruttoinlandsprodukt nochmals kräftiger um 0,8 % zugenommen.<sup>3</sup> Allerdings wird im Gegenzug die Frühjahrsbelegung etwas schwächer ausfallen als gewohnt. Insgesamt hat sich der Aufschwung gefestigt und an Breite gewonnen. Er wurde im ersten Quartal nachfrageseitig ausschließlich von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften getragen. Eine zentrale Rolle kam dabei der guten Verfassung des Arbeitsmarktes zu. Positive Impulse leisteten sowohl die privaten und staatlichen Konsumausgaben als auch die Investitionen. Die Bauinvestitionen zogen, von der Witterung begünstigt, kräftig an und mit zunehmender Kapazitätsauslastung wurde auch verstärkt in Ausrüstungen investiert. Der Außenhandel bremste demgegenüber per saldo das Wachstum. Es wurde weniger exportiert und aufgrund der starken Binnennachfrage mehr importiert als im Vorquartal. Wie stark und nachhaltig sich der Aufschwung im Verlauf des Jahres fortsetzt, wird trotz der robusten binnenwirtschaftlichen Entwicklung auch vom außenwirtschaftlichen Umfeld abhängen.

Die Weltwirtschaft setzt ihren moderaten Wachstumskurs fort. Die ausschlaggebenden Impulse für Wachstum und Handel kommen zurzeit von den Industrieländern, allen

voran von der US-Wirtschaft. Dazu tragen die nach wie vor expansiv ausgerichtete Geldpolitik, günstige Finanzierungsbedingungen und eine weniger restriktive Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte bei. Die Staaten der Europäischen Union erholen sich nur sehr zögerlich. Dämpfend auf die Weltwirtschaft wirkt die schwächere Wachstumsdynamik der Schwellenländer. Vor diesem Hintergrund dürfte die Weltwirtschaft zunächst im derzeitigen Tempo weiter expandieren. Die OECD hat in ihrem jüngsten Economic Outlook ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr leicht zurückgenommen und rechnet mit einem Anstieg des Welt-BIP um 3,4 %. Für 2015 wird dann ein leicht beschleunigter Anstieg um 3,9 % erwartet. Dabei bleiben die Risiken für die Weltkonjunktur beachtlich.

Die deutschen Wareneinfuhren sind im März saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen den zweiten Monat in Folge spürbar zurückgegangen. Zuvor hatten sie sich zwischenzeitlich recht lebhaft entwickelt. Im Trend blieben sie geringfügig aufwärtsgerichtet (Dreimonatsvergleich: +0,3 %). Die nur zuletzt leicht rückläufigen Einfuhren weisen demgegenüber einen deutlichen Aufwärtstrend auf (Dreimonatsvergleich: +2,3 %). Dies zeugt von einer weiterhin lebhaften Binnenkonjunktur. Die Überschüsse in der Handels- und in der Leistungsbilanz lagen im März mit +16,4 Mrd. Euro bzw. +19,5 Mrd. Euro unter den Vorjahresständen.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe schwächte sich im März nach viermonatigem Anstieg in Folge um 0,5 % ab. Die Erzeugung in der Industrie ging leicht (-0,4 %), die im Baugewerbe kräftiger (-2,2 %) zurück. Im ersten Quartal insgesamt erhöhte sich die Produktion im Produzierenden Gewerbe demgegenüber beschleunigt um 1,2 %. Die industrielle Produktion expandierte mit der gleichen Rate. Sowohl die Vorleistungs-, die Investitions- als auch die Konsumgüterproduktion trugen hierzu bei. Die Impulse für die Industrieproduktion kamen den Umsätzen zufolge sowohl aus dem Inland als auch aus Ländern außerhalb des Euroraumes. Unterstützt durch den milden Winter wurde die Erzeugung im Baugewerbe sehr kräftig um 4,7 % ausgeweitet. Im Gegenzug ist hier allerdings eine etwas weniger ausgeprägte Frühjahrsbelegung zu erwarten. Die Bestelltätigkeit in der Industrie erlitt nicht zuletzt aufgrund geringer Großaufträge im März einen Rückschlag (-2,8 %). Damit verharrten die Auftragseingänge im ersten Quartal auf dem Niveau des Vorquartals. Ohne Großaufträge, die erst über einen längeren

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Mai 2014 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.

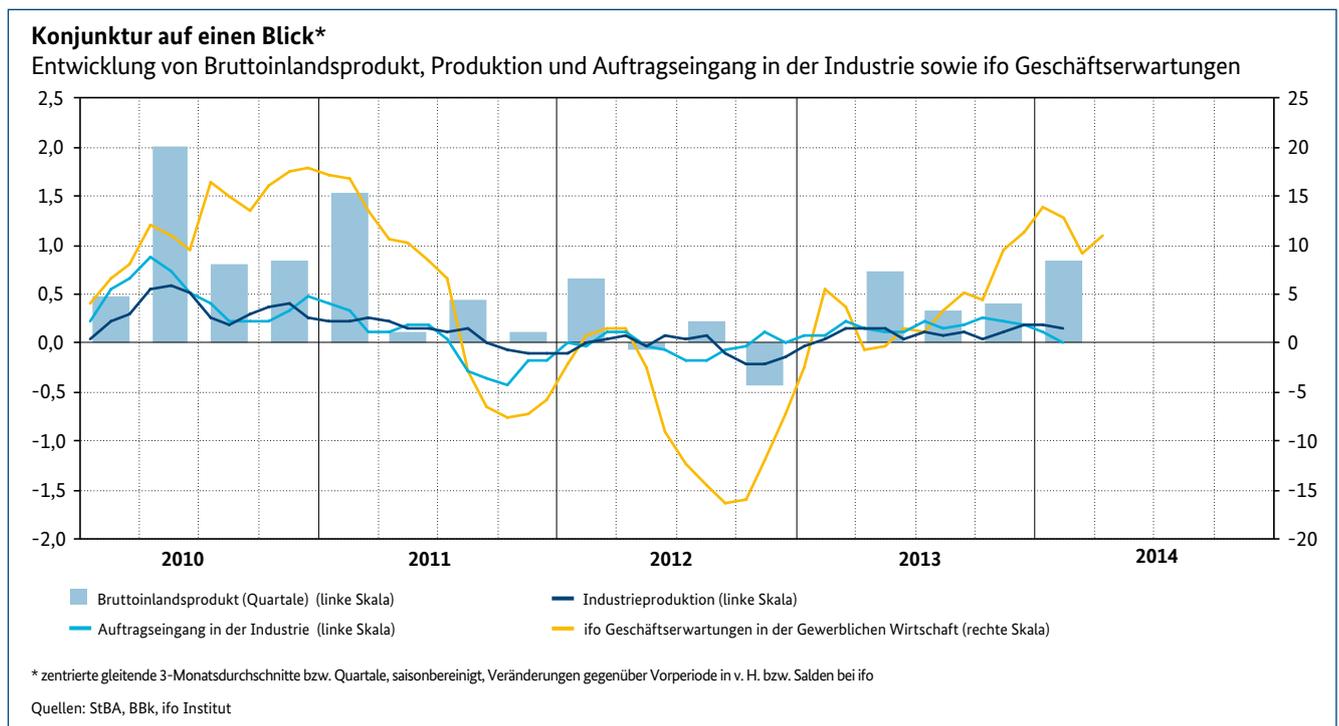
3 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 15. Mai 2014 zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2014.

Zeitraum produktionswirksam werden, erhöhten sich die Auftragseingänge aber weiter um 1,9%. Die positive Grundtendenz in der Industrie ist daher intakt, ihre Dynamik dürfte sich aber vorübergehend etwas abschwächen. Hierfür sprechen auch die Stimmungsindikatoren, die teilweise etwas gedämpfter ausfielen.

Die privaten Konsumausgaben haben im ersten Quartal dieses Jahres das gesamtwirtschaftliche Wachstum wieder maßgeblich gestützt. Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) blieben im März zwar nahezu unverändert, im gesamten ersten Quartal lag das Umsatzvolumen in saisonbereinigter Rechnung aber um 1,6% höher als im Vorquartal. Mit Blick auf die weitere Entwicklung sind die Unternehmen des Einzelhandels recht optimistisch. Sie hoben ihre Erwartungen für die Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten im April wieder an. Angesichts der

positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt und steigender Einkommen hat sich auch das Konsumklima bis in den Mai hinein auf hohem Niveau stabilisiert. Der private Konsum wird daher der Konjunktur weiterhin positive Impulse geben.

Die Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs weiter. Die Frühjahrsbelebung hat eingesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg saisonbereinigt im März um 33.000 Personen. Die Zahl der Arbeitslosen sank saisonbereinigt im April weiter um 25.000 Personen. Die Unterbeschäftigung ging um 17.000 Personen zurück. Nach Ursprungszahlen gab es im März 41,81 Mio. Erwerbstätige im Inland, 372.000 mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen sank mit 2,943 Mio. Personen wieder unter die Drei-Millionen-Schwelle. Die Zahl der gemeldeten Stellen nahm im April weiter leicht zu. Die Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung dieser positiven Trends hin.



# Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts

**Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat mit dem Dialogforum zum Transatlantischen Freihandelsabkommen am 5. Mai 2014 den Startschuss für eine Transparenzoffensive der Bundesregierung zu TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) gegeben. Er setzt klare Akzente für eine ausgewogene Handelspolitik, für Wachstum, für den Schutz globaler Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte und der öffentlichen Daseinsvorsorge.**



Auf dem BMWi-Dialogforum haben Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, EU-Handelskommissar Karel De Gucht und der US-Handelsbeauftragte Michael Froman mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Vertretern über Chancen und Risiken des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens (TTIP) diskutiert. Damit ist eine offene Debatte angestoßen worden, die ein breites Spektrum unterschiedlichster Meinungen von Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen und Wirtschaftsvertretern einbezieht. Chancen und Kritikpunkte des geplanten Abkommens wurden gründlich beleuchtet und ein sachlicher Austausch zwischen allen Beteiligten angestoßen.

Allein die schiere Größe des geplanten Abkommens – rund 800 Millionen Menschen leben dies- und jenseits des Atlantiks – macht offenbar vielen Menschen Angst. Wer die öffentliche Diskussion in Deutschland verfolgt, könnte den Eindruck gewinnen, mit dem geplanten Handels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA würde die europäische Rechtsordnung ausgehebelt: Gegner sehen in TTIP im Extremfall den bevorstehenden Zusammenbruch und Ausverkauf europäischer Werte und Kultur, Gefahren für die Bevölkerung und den Umsturz der hiesigen Gesellschaftsordnung. Knapp eine halbe Million Menschen in Deutschland haben einen Protestaufruf gegen TTIP unterzeichnet und zeigen damit ein diffuses Misstrauen.

Die in der Öffentlichkeit hartnäckig diskutierten Schlagworte ranken sich um Chlorhühnchen, Genmais, Hormonfleisch, Investitionsschutz, Aushebelung nationaler Gesetze, Abbau von Sozialstandards, Preisgabe kultureller Vielfalt in Europa, Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Geheimverhandlungen. Darunter sind offensichtlich viele Themen (Arbeitnehmer- und Umweltschutz, Transparenz und demokratische Legitimation), die anschaulich genug zu sein scheinen, um die Öffentlichkeit im Vergleich zu bisherigen Freihandelsabkommen stärker auf den Plan zu rufen.

---

„Wir sollten nicht Mythen bekämpfen, sondern schlechte Verträge.“

---

Bundesminister Gabriel auf dem Dialogforum am 5.5.2014

Intransparenz und Unkenntnis sind der Nährboden für Ängste und Sorgen. An den USA werden traditionell viele Ängste vor allem im sozialen und kulturellen Bereich festgemacht, die bei näherer Betrachtung aber nicht mehr ganz so bedrohlich wirken. Weder eine Überhöhung der Chancen noch eine Überzeichnung von Gefahren werden dem eigentlichen Anliegen gerecht.

## Eine Partnerschaft in beiderseitigem Interesse

Bei TTIP geht es um ein Wirtschaftsabkommen, das beiden Seiten Vorteile bringen soll. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen Erleichterungen für Handel und Investitionen auf beiden Seiten des Atlantiks

- ▶ durch den Abbau von Marktzugangshindernissen bei Zöllen, Ursprungsregeln, Dienstleistungen, Investitionen und Beschaffungswesen,
- ▶ durch regulatorische Zusammenarbeit zum Abbau technischer Handelshemmnisse in den Sektoren Auto, Chemie, Pharma, Medizinprodukte, Kosmetik, und
- ▶ durch Handelsregeln, die Maßstäbe im globalen Rahmen setzen können bei geistigem Eigentum, Rohstoffen, Energie, Wettbewerb, Nachhaltigkeit, KMU und Streitbeilegung.

Grundsätzlich gilt: Partnerschaft bedeutet, voneinander zu lernen. Ein Ausbau der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft liegt im deutschen und europäischen Interesse. Der angestrebte Abbau von Handelsschranken bringt Preisvorteile für die Verbraucher und Kostenvorteile für die



Unternehmen. Er sichert besser bezahlte Arbeit und schafft neue Arbeitsplätze, ohne dass unsere jeweiligen Schutzstandards abgebaut werden dürfen. Die Annäherung im Rahmen der TTIP-Verhandlungen sollte beinhalten, das jeweils Bessere vom Partner anzunehmen. TTIP darf keine Deregulierungsagenda sein, eine Aufweichung der europäischen und amerikanischen Schutzstandards darf es nicht geben.

Wichtig ist, dass die Bundesregierung die Verhandlungen, die von der EU-Kommission und der US-Regierung geführt werden, mit klaren Zielsetzungen begleitet und dabei deutlich macht, was sie will und was nicht. Mit einem Blick in das stringente Mandat, das die EU-Mitgliedstaaten der EU-Kommission für die Verhandlungen mit den USA erteilt haben, können viele Legenden um TTIP wieder auf den Boden der Tatsachen gebracht werden.

## Keine Geheimverhandlungen

Deutschland und Europa haben mit den USA gemeinsame Interessen, aber auch Kontroversen. Die Diskussion um die Tätigkeit der NSA in Deutschland und die Debatte um ein Datenschutzrahmenabkommen mit den USA sind nur zwei der Beispiele, die – weit von einer Lösung entfernt – TTIP in Deutschland stark infrage stellen.

Kritik und Skepsis sind mehr als verständlich. In der Sache aber sind die Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung, die TTIP vor diesem Hintergrund in dieser frühen Verhandlungsphase erfährt, langfristig sogar nützlich. Denn nur eine sachorientierte und nachhaltig geführte Diskussion kann die Grundlage für ein vernünftiges Verhandlungsergebnis



Unterhändler im Gespräch: US-Chefunterhändler Daniel Mullaney (links) und EU-Chefunterhändler Ignacio García Berceo

legen, das von einer breiten Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger getragen wird. Die sehr negativen Reaktionen auf TTIP sind sicherlich auch einer von der Öffentlichkeit wahrgenommenen Intransparenz im Verhältnis zwischen EU-Kommission, EU-Mitgliedstaaten und der US-Regierung geschuldet. Unter Partnern sollte Transparenz jedoch selbstverständlich sein.

Die Bundesregierung ist den Parlamenten und den Bürgern zur Transparenz verpflichtet. Sie will daher die Öffentlichkeit über die Inhalte der TTIP-Verhandlungen informieren und sie mit Zivilgesellschaft, mit Verbänden und NGOs diskutieren.

So erhält der Deutsche Bundestag seit Beginn der Gespräche alle Daten, EU-Positionspapiere und Berichte der Verhandlungen. Die Bundesregierung hat seit Mitte letzten Jahres Hunderte von parlamentarischen Anfragen, Petitionen und Bürgerbriefen beantwortet und lädt regelmäßig Gewerkschaften, Verbände und Nicht-Regierungsorganisationen zu Fachgesprächen über TTIP ein. Die EU-Mitgliedstaaten müssen alle Inhalte und die US-Verhandlungspositionen kennen. Ohne all diese Informationen wären das Werben und der Einsatz der Bundesregierung für TTIP nicht glaubwürdig.

Natürlich kann die Öffentlichkeit nicht mit am Verhandlungstisch sitzen, und 100-prozentige Transparenz läuft dem Charakter von komplexen Verhandlungen zuwider – das weiß jeder, der schon einmal einen Gebrauchtwagen ge- oder verkauft hat: Wer seinem Gegenüber seinen Verhandlungsspielraum vorab mitteilt, kann sich weitere Verhandlungen sparen. Entscheidend ist aber, dass die Öffent-

lichkeit – wie von der Bundesregierung sichergestellt – in die Diskussion der Vorgaben und der Ergebnisse einbezogen wird.

## Demokratische Legitimation

Gerade für die demokratische Legitimation ist es entscheidend, dass TTIP als gemischtes Abkommen abgeschlossen werden soll: Am Ende ist für das Abkommen ein einstimmiger Beschluss der EU-Mitgliedstaaten im Rat nötig, ebenso eine Ratifizierung durch das Europäische Parlament und durch Bundestag und Bundesrat. Die Bundesregierung und alle EU-Mitgliedstaaten teilen diese Ansicht. Politisch ist dies ein wichtiges Signal. Bei einem derart wichtigen Abkommen sollten nationale Parlamente befasst werden und das Abkommen demokratisch legitimieren. Wer diese breite demokratische Akzeptanz aushebeln möchte, fordert den Widerstand der Bevölkerung heraus bzw. riskiert den Entzug der politischen Unterstützung durch die Mitgliedstaaten.

## US-Chlorhühnchen versus EU-Schimmelkäse

Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit stehen im Zentrum der Sorgen vieler Menschen im Hinblick auf TTIP. Die Bundesregierung nimmt diese Sorgen ernst und steht im ständigen Dialog mit NGOs. Die EU-Mitgliedstaaten werden es nicht zulassen, dass durch TTIP das Verbraucherschutzniveau der EU gefährdet wird. Sie weisen die EU-Kommission im Verhandlungsmandat eindeutig an, für die Einhaltung der hohen europäischen Standards im Verbrau-

cher- und Umweltschutz uneingeschränkt zu sorgen. Nach dieser Maßgabe sollen die Verhandlungsführer der EU bestehende Einfuhrbeschränkungen mit den USA abbauen. Dabei geht es vor allem darum, Prozeduren für Einfuhrkontrollen und Zertifikate zu vereinfachen und miteinander abzustimmen.

Mit Blick auf die Verhandlungen über TTIP wird in der europäischen Diskussion zum Teil sehr einseitig auf die Gefahr des Abbaus europäischer Schutzstandards für Lebensmittelsicherheit, Verbraucher und Umwelt abgestellt. Aber auch in den USA ist die Sensibilität für Nahrungsmittelsicherheit hoch. Es gibt eine Vielzahl von Bereichen, in denen die USA sehr strenge Schutzstandards und Genehmigungsverfahren vorsehen. US-Verbraucher fürchten ebenso, dass durch das Abkommen hohe US-Standards abgesenkt werden könnten. So wird in den USA der mikrobiellen Unbedenklichkeit traditionell hoher Wert zugemessen. Für Weichkäse gelten strikte Importkontrollen. Käse darf beispielsweise nicht aus Rohmilch hergestellt werden, es sei denn, er lagert mehrere Monate, bevor er in den Handel gelangt. Bestimmte traditionelle Herstellungsverfahren, die mit ungefährlichen Verunreinigungen verbunden sein können, sind nicht zulässig. Derzeit darf der französische Mimolettekäse wegen eines zu hohen Milbenanteils in der Rinde – der aber nach europäischen Erkenntnissen unbedenklich ist – nicht in die USA exportiert werden. Auch bestimmte Früchte und Fruchtsäfte aus der EU dürfen wegen zu hoher Pflanzenschutzmittelrückstände bzw. unklarer Festlegung von erlaubten Rückständen derzeit nicht in die USA exportiert werden. Manche Produkte, die in der EU als Kosmetika eingestuft werden, gelten in den USA z.T. als rezeptfrei erhältliche Arzneimittel, die strengen Test-, Registrierungs- und Etikettierungsvorschriften entsprechen müssen. Dies betrifft etwa einige Anti-Schuppenshampoos, Sonnenschutz- und Haarfärbemittel, Zahnpasta mit Fluorid und bestimmte Deodorants.

Grundlegende Gesetze der EU dürfen durch ein Handelsabkommen nicht umgangen werden, und weder die europäischen noch die US-amerikanischen Produktionsstandards dürfen bei den Verhandlungen unterlaufen werden. Dies würde dem Verbraucherschutz schaden und die Wettbewerbsposition europäischer Erzeuger untergraben. Auch US-Präsident Obama unterstrich beim EU-US-Gipfel am 26. März 2014 in Brüssel: „Ich werde kein Abkommen unterzeichnen, das den Verbraucher- und Umweltschutz schwächt.“ Oder um es mit den Worten von EU-Handelskommissar De Gucht zu sagen: „Die EU wird kein Abkommen mittragen, durch das Verbraucherstandards abgesenkt werden. Es werden wegen TTIP keine Chlor-Hühnchen



und kein hormonbehandeltes Fleisch auf europäischen Tellern landen.“ (aus: Die Welt, 15. Mai 2014).

#### Kasten 1: TTIP und Datenschutz

Generell setzt sich die Bundesregierung für hohe Datenschutzstandards auch im transatlantischen Verhältnis ein. Die bestehenden Datenschutzstandards in Deutschland und der EU stehen nicht zur Disposition. Allgemeine transatlantische Datenschutzfragen werden nicht im Rahmen der TTIP verhandelt. Freihandelsverhandlungen sind dafür nicht das richtige Forum. Sie sollen stattdessen in den dafür vorgesehenen Gremien und Regelwerken (etwa der Ad-hoc-Expertengruppe EU-US Working Group on Data Protection oder der EU-US-Safe-Harbor-Vereinbarung) gelöst werden.

Allerdings betrifft der Datenschutz zum Beispiel auch handelsbezogene Kommunikation, d.h. etwa bei Dienstleistungen im IKT-Bereich auch Fragen, ob und wie Regeln und Vorschriften zusammenpassen („regulative Kompatibilität“). Solche Aspekte werden im Rahmen von TTIP behandelt. Auch Fragen des Datenschutzes beim Dienstleistungshandel, bei E-Commerce oder im IKT-Bereich werden mit dem Ziel einer gemeinsamen Verständigung angesprochen. TTIP steht jedoch in keinem formalen Zusammenhang mit den gegenwärtig laufenden Verhandlungen zur EU-Datenschutzreform.



## Streitthema: Investorenschutz und Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS)

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Deutschland sind Triebkraft für wirtschaftliches Wachstum. Im Ausland investierende Unternehmen haben ein berechtigtes Schutzinteresse für ihre Investitionen. Dieses Schutzinteresse kann gleichwohl im Fall von Investitionsstreitigkeiten in hochentwickelten Rechtsstaaten wie den USA und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor nationalen Gerichten verhandelt werden.

Daher hält die Bundesregierung solche Regeln mit den USA grundsätzlich für unnötig. Schon bei der Verhandlung des Mandatstextes hat sie sich nachdrücklich dafür eingesetzt, Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren aus TTIP auszuklammern. Die Realität der letzten Jahrzehnte zeigt außerdem, dass Investitionen in großem Umfang transatlantisch auch ohne Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren auskommen. Aber Deutschland verhandelt nicht direkt, und nicht alle EU-Mitgliedstaaten vertreten denselben Standpunkt. Die EU-Kommission, einige EU-Mitgliedstaaten, die USA und auch weite Teile der deutschen Industrie wollen Investitionsschutzregeln in TTIP verankern. Deshalb ist es so wichtig, dass eine breite Öffentlichkeit an der von der EU-Kommission gestarteten Konsultation zu Investitionsschutz in TTIP teilnimmt und sich so in den Meinungsbildungsprozess der Europäischen Union einbringt.

Sollte eine Investitionsschutzvereinbarung im Rahmen des Abkommens getroffen werden, müssten die Defizite der existierenden Schiedsverfahren gründlich beseitigt und ambitionierte Standards gesetzt werden. Dazu gehört u. a., dass Handlungsspielräume der Europäischen Union sowie der Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten

nicht eingeschränkt und neue, nicht diskriminierende Gesetze und Regulierungen nicht als enteignungsgleicher Eingriff in Investorenrechte gewertet werden.

## Genetisch veränderte Organismen

Die europäischen Regeln zum Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) stehen im Rahmen der TTIP-Verhandlungen nicht zur Disposition. Die Entscheidung über Anbau und Verkauf von GMO sollte in der Verantwortung der EU bzw. ihrer Mitgliedstaaten bleiben.

Viele verarbeitete Produkte, wie Wein, Milcherzeugnisse, Wurstwaren und Spirituosen erfreuen sich in den USA hoher Beliebtheit. Es gibt eine wachsende Nachfrage in den USA nach Öko-Produkten, die ohne „moderne“ Techniken (Gentechnik, Wachstumsförderer) produziert werden. Gerade in diesem Bereich gibt es bereits ein Beispiel für erfolgreiche regulatorische Zusammenarbeit zwischen EU und USA. 2012 vereinbarten sie das „US-EU Organic Equivalency Arrangement“ zur gegenseitigen Anerkennung von organisch produzierten Lebensmitteln. Für den Handel mit Bio-Produkten erkennen USA und EU ihre jeweiligen Öko-Standards als gleichwertig an. Ausnahmen bleiben jedoch bestehen, wenn eine Seite ein höheres Schutzniveau für seine Verbraucher erhalten möchte. So sind Antibiotika für US-Bio-Kühe tabu, während der deutsche Bio-Bauer im Notfall zum Antibiotikum greifen darf. Bei dieser Vorgabe bleibt es auch künftig.

## Kultur in der Handelspolitik

Dem Schutz der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa schenkt das EU-Mandat für TTIP besonderes Augenmerk. So ist für den Bereich Audiovision – d. h. Rundfunk und Film – eine Ausnahme von den Verhandlungen zum Dienstleistungsbereich vorgesehen. Das ist wichtig, damit die vielfältige Medienlandschaft in Europa nicht infrage gestellt wird. Viele wollen auch eine Globalausnahme für „Kultur“ in den TTIP-Verhandlungen. Das ist zwar verständlich, aber: Der Kulturbegriff in der Handelspolitik erstreckt sich auch auf rein kommerzielle Bereiche wie Werbung oder Sport. Teile davon hat die Europäische Union in der WTO im Rahmen der GATS-Verpflichtungen schon geöffnet und muss dies folglich auch gegenüber den USA tun. Außerdem kommt hinzu, dass einige Mitgliedstaaten der EU bewusst Marktöffnungsverpflichtungen für viele Bereiche der Kulturdienstleistungen eingehen wollen. Sie versprechen sich davon für ihre Anbieter bessere Markt-

chancen in den USA. Das gilt zum Beispiel für Schweden. Den EU-Partnern aber kann Deutschland keine Vorgaben machen. Die Bundesregierung kann gleichwohl dafür sorgen, dass jedenfalls für Deutschland keine neuen Marktzugangsverpflichtungen im Kulturbereich eingegangen werden.

Kurzum: TTIP bedroht weder das öffentlich finanzierte Bildungssystem, noch gefährdet es unsere öffentlich-finanzierte Kulturlandschaft. Die Maßnahmen der Kulturförderung wie auch die Filmförderung könnten beibehalten werden. Durch eine ausdrückliche Ausnahme für audiovisuelle Dienstleistungen im Verhandlungsmandat ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk umfassend abgesichert.

## Öffentliche Daseinsvorsorge

Auch für die kommunale Trinkwasserversorgung, die Abwasserdienstleistungen, das Gesundheitswesen oder alle hoheitlich zu erbringenden Dienstleistungen droht kein Risiko seitens TTIP. Im Verhandlungsmandat ist eine weite Ausnahme für die Daseinsvorsorge verankert. Damit kann die EU-Kommission in diesem Bereich keine Zusagen gegenüber den USA machen. Der besondere Status der öffentlichen Dienstleistungen ist fest im EU-Vertrag verankert und das USA-Mandat nimmt darauf ausdrücklich Bezug. Dies geht auf einen besonderen Wunsch Deutschlands in den Mandatsverhandlungen zurück.

Übrigens: Bislang hat die EU noch in keinem Handelsabkommen eine Liberalisierung der Daseinsvorsorge vorgenommen. Daher wird sie auch nicht das Recht von Gemeinden antasten, die Wasserversorgung als Teil der

öffentlichen Daseinsvorsorge anzubieten. TTIP hat nichts mit verordneten „Privatisierungen“ zu tun; diese Entscheidungen liegen in der alleinigen Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten.

## Arbeitnehmerrechte und Nachhaltigkeit global prägen

Die US-Gewerkschaften haben bislang keine großen Bedenken gegen TTIP angemeldet. Im Gegenteil: Sie scheinen die Chance zu begrüßen, ihre Arbeitsnormen an höheren europäischen Schutzniveaus auszurichten.

Für Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte sieht das Mandat ein entsprechendes Nachhaltigkeitskapitel vor. Nachhaltigkeit soll durch eine vermehrte Abstimmung der Maßnahmen bei Fragen der Umwelt- und Beschäftigungsbedingungen gefördert werden. Es soll ein Mechanismus zur wirksamen internen Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen im Sinne der ILO-Erklärung von 1998 über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und Umweltübereinkünfte geschaffen werden; zudem sollen Bestimmungen zur Unterstützung international anerkannter Corporate Social Responsibility-Standards sowie für nachhaltige Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen aufgenommen werden. Bei Marktöffnungsverpflichtungen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens wird eine Festlegung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Vergabe zukünftig genauso möglich sein. Eine künftige Marktöffnung bedeutet nur, dass sich Anbieter aus den USA nach Maßgabe der festgelegten Ausschreibungsbedingungen in gleicher Weise beteiligen können wie Anbieter aus der EU.



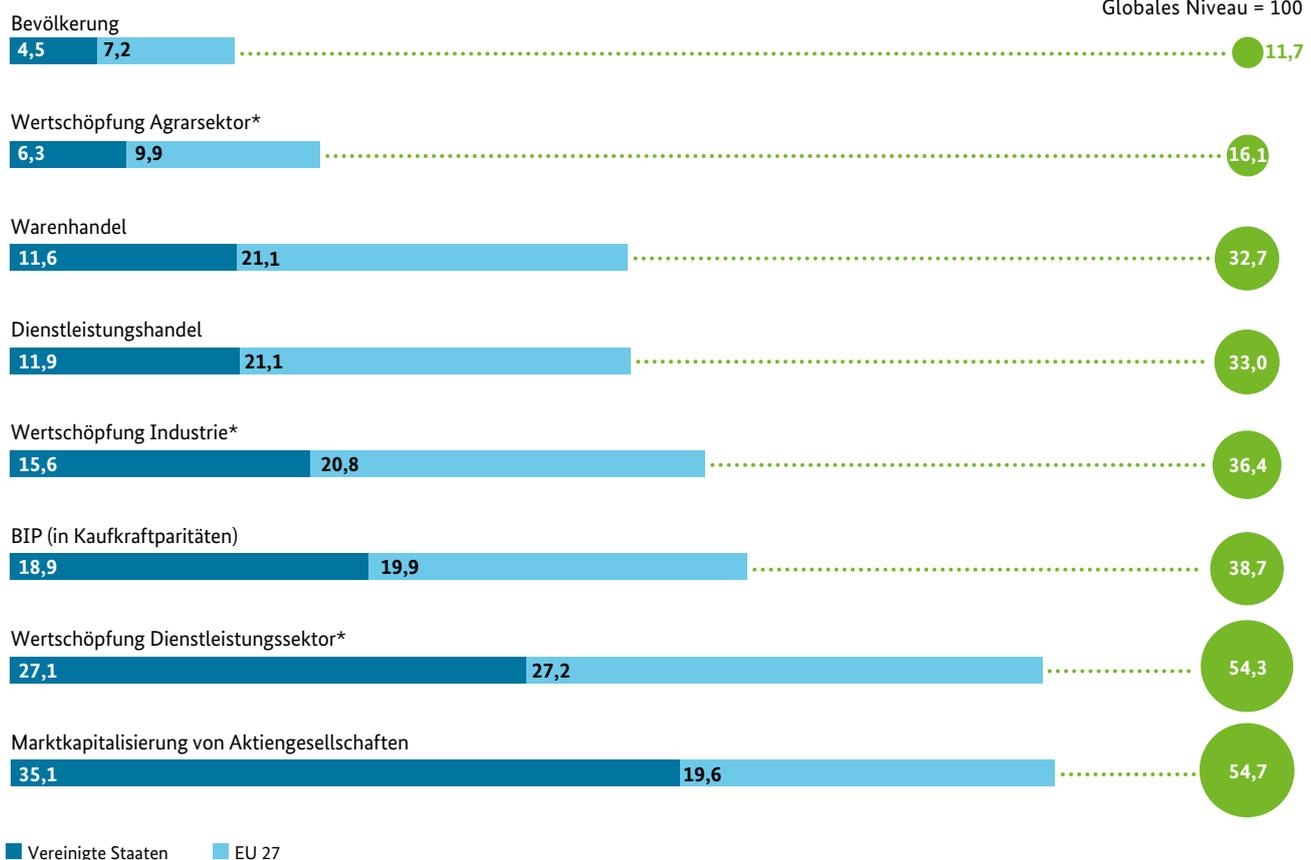
## Vernunftpartnerschaft zum Abbau von Handelshemmnissen

Die Lebenswirklichkeiten in der EU und den USA sind von nachhaltigem Wachstum, guten Arbeitsplätzen, relativem Wohlstand und Sicherheit und verlässlichen Rahmenbedingungen in der Außenpolitik gekennzeichnet. EU und USA haben vergleichbare Lebensstandards und zusammenwachsende Märkte. TTIP soll diese zwei hochentwickelten Wirtschaftsräume und unabhängigen Rechtssysteme besser aufeinander abstimmen. Dabei verhandeln zwei Partner auf Augenhöhe und zwei Systeme, die – bei aller Vergleichbarkeit – dennoch sehr unterschiedlich sind.

Partner zu sein bedeutet, Misstrauen abzubauen, um überhaupt erst einmal gleiche Wettbewerbsbedingungen für Europäer und Amerikaner durchzusetzen. Davon sind wir teilweise noch weit entfernt: So können deutsche Firmen etwa nicht erfolgreich um öffentliche Aufträge in den USA konkurrieren, weil es vielfach eine Vorzugsbehandlung für US-Firmen gibt.

Zudem wird der Abbau von Zöllen zu erheblichen Kosteneinsparungen führen. US-Zölle sind mit rund drei Prozent im Schnitt relativ niedrig, aufgrund des großen Handelsvolumens mit Waren im Wert von täglich zwei Milliarden Euro besteht jedoch ein hohes Einsparpotenzial.

### Das relative Gewicht der EU und der Vereinigten Staaten in der Welt – Jahr 2012



\*2010

Quellen: Weltbank, UNCTAD, WTO, Eurostat, WIPO, eigene Berechnungen

## Kasten 2: Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen im Überblick

Die USA sind im Welthandel für uns Europäer Wettbewerber und Partner zugleich. Kern der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen ist ihre starke Verflechtung: Der US-amerikanische Kapitalbestand in Europa beläuft sich auf 2,1 Billionen US-Dollar. Der EU-Kapitalbestand in den USA beträgt 1,65 Billionen US-Dollar. Insgesamt beschäftigen europäische und US-amerikanische Firmen acht Millionen Mitarbeiter und bestreiten gut ein Drittel des gesamten EU-US-Handelsvolumens (790 Milliarden US-Dollar). Diese Unternehmen generieren rund fünf Billionen US-Dollar Jahresumsatz.

Auf Deutschland und die USA heruntergebrochen bedeutet dies einen Gesamtbestand von 305 Milliarden Euro Direktinvestitionen; davon entfallen 254 Milliarden Euro auf deutsche Firmen in den USA. Über eine Million Arbeitsplätze haben die beteiligten Unternehmen in Deutschland und den USA geschaffen – rund 750.000 durch deutsche Firmen in den USA und rund 293.000 durch US-Firmen in Deutschland.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den USA sind besonders stark ausgeprägt. Der deutsch-amerikanische Handel hat ein Gesamtvolumen von rund 140 Milliarden Euro. Die USA sind der wichtigste Absatzmarkt für deutsche Produkte außerhalb Europas (5,4 Prozent der deutschen Importe und 8,1 Prozent der deutschen Exporte). 50 Prozent des bilateralen Handels der EU mit den USA betreffen Maschinen, Chemie/Pharma und Automobile. In all diesen Bereichen sind deutsche Unternehmen erfolgreich und profitieren deshalb besonders von Erleichterungen durch die TTIP.

Das Statistische Bundesamt zählt mindestens 40.000 deutsche Unternehmen, die in die USA exportieren (ohne Dienstleistungsexporte). Darunter sind ca. 2.500 Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern. Die Mehrheit der deutschen Exporteure sind KMU.

Mindestens 55.000 deutsche Unternehmen – ebenfalls mehrheitlich KMU – beziehen Warenimporte aus den USA. Knapp 3.000 importierende Unternehmen haben mehr als 250 Mitarbeiter. Die Gefahr, sich mit TTIP den Interessen großer Konzerne anzuliefern, ist vor diesem Hintergrund nicht gegeben.

## Annäherung von Standards und Regeln

Über den Abbau von Zöllen hinaus geht es ganz praktisch darum, – bei Wahrung hoher Schutzniveaus – überflüssige Doppelzulassungen und unterschiedliche Produkthanforderungen aus dem Weg zu räumen. Unterschiedliche Regulierungen bei technischen Vorschriften bedeuten vor allem für KMU erhebliche Kosten, die einen Markteintritt oftmals unmöglich machen. TTIP soll zur Annäherung bei technischen Regeln und Standards führen. Wo ein gleiches Schutzniveau besteht, kann eine gegenseitige Anerkennung von Zulassungsanforderungen und Tests erhebliche Erleichterungen bedeuten. Wo gleiche Ziele verfolgt werden, kann in Zukunft enger kooperiert, können die Positionen in internationalen Gremien enger abgestimmt werden. Im Automobilsektor könnte TTIP zur gegenseitigen Anerkennung gleichwertiger technischer Vorschriften im Bereich Verkehrssicherheit führen: ob Autos mit orangen oder roten Blinkern fahren, ist sicherheitstechnisch irrelevant.

Auch bei neuen Technologien (etwa Elektro-/Hybridfahrzeugen) soll enger und früher zusammengearbeitet werden. In der Arzneimittelherstellung werden Produktionsstätten von Pharma- und Medizinprodukteherstellern derzeit zweimal nach gleichen Regeln – nämlich von deutschen und US-Behörden – geprüft. Deutsche Inspektionen sollten von den USA anerkannt werden. Der Dialog zwischen Regulierern und eine stärkere Berücksichtigung der internationalen Auswirkungen von nationalen Maßnahmen ist wünschenswert. Dabei geht es weder darum, der jeweils anderen Seite den Regulierungsspielraum zu nehmen, noch Standards abzusenken.



### Kasten 3: Typische Hürden eines deutschen mittelständischen Unternehmens bei der Platzierung von Produkten auf dem US-Markt

Eine bayerische Brauerei muss, um ihr Bier in den USA verkaufen zu können, zunächst über 40 Prozent Zoll entrichten. Gleichzeitig muss sie zeit- und kostspielige Zulassungs- und Importvorschriften erfüllen, um das Bier vor Ort vertreiben zu dürfen. Diese Verfahren unterscheiden sich von US-Bundestaat zu US-Bundestaat. Es erfordert aufwendige Betriebsinspektionen, um eine Zulassung für den Export in die USA zu erhalten. Gerade KMU fehlen oft die personellen und finanziellen Mittel dazu. So kosten beispielsweise die Inspektionen über 302 US-Dollar pro Stunde. Einmal auf dem US-Markt angekommen, muss die Brauerei mit anderen „Bayerischen Bieren“ konkurrieren, die allerdings gar nicht aus Bayern stammen. Denn die geographische Herkunftsbezeichnung „Bayerisches Bier“ ist in den USA – anders als in der EU – nicht geschützt. Angesichts dieser Handelshemmnisse lohnt es sich für eine mittelständische Brauerei oft nicht, den US-Markt überhaupt zu bedienen. Die amerikanischen Konsumenten wissen gar nicht, was ihnen da entgeht.

## Spielregeln für die Weltwirtschaft

Bei TTIP geht es aber noch um mehr. TTIP kann der Hebel zu einer politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung werden. Unsere Gestaltungsparameter sind Nachhaltigkeit, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte und kulturelle Vielfalt. Dies sind die Kernanliegen einer breiten Öffentlichkeit in Europa und den USA. Der Abbau unnötiger Handelsbarrieren wie Zölle und doppelte Zulassungsverfahren, Kostenvorteile und Synergieeffekte durch das Anerkennen gleichwertiger Standards sind die Kernanliegen der Wirtschaft. Wenn aus beidem im Ergebnis Beschäftigungszuwachs, Wohlstandsgewinne und eine höhere Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger resultieren, entsteht eine gemeinsame Basis.

Auch wenn der Wortlaut des EU-Mandats an vielen Stellen darauf hinweist, dass die Befürchtungen bezüglich Verbraucher-, Umwelt-, Arbeitnehmerschutz und Daseinsvorsorge unbegründet sind, fehlt es vielen Bürgerinnen und Bürgern an Vertrauen. Dies gilt es zurückzugewinnen. Ein gutes Beispiel hierfür sind 30 Jahre europäische Integration: Der EU-Binnenmarkt hat mit freiem Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitnehmern und mit gemeinsamen Verbraucher- und Umweltstandards bei über 500 Millionen Verbrauchern in Europa zu einem höheren Lebensstandard geführt.

Durch TTIP entsteht kein gemeinsamer Binnenmarkt nach EU-Vorbild – das ist weder erreichbar noch angestrebt. Die EU und die USA bleiben selbständige Wirtschaftsräume mit jeweils eigener Gesetzgebung und Normsetzung.

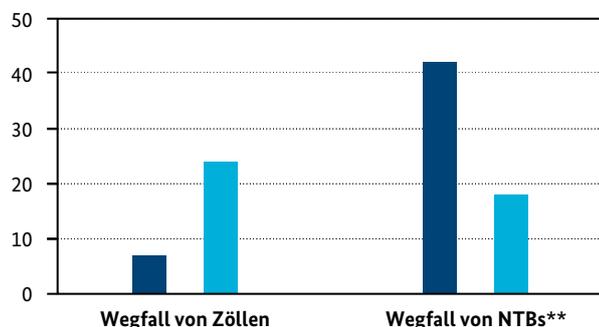
Die EU und die USA einen gemeinsame Werte. Das zeigt sich bei vielen internationalen Herausforderungen, die wir gemeinsam meistern. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP ist ein Projekt, das unsere gesamte Partnerschaft beleben und ihr auch eine Praxisbedeutung geben kann.

Wir müssen deshalb konsequent weiterverhandeln – vor allem über den Abbau von Zöllen und die Beseitigung unsinniger Doppelregulierungen. Zugleich müssen wir die Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung entkräften, dass mit TTIP Schutzstandards, z. B. beim Verbraucher- und Datenschutz, abgebaut würden. Das wird nicht der Fall sein.

### Neue Marktchancen

Neue Marktchancen durch den Wegfall von Handelshemmnissen: Effekte für Firmen verschiedener Größe

Anteil der Befragten, die neue Marktchancen sehen (in Prozent)



■ KMUs\*

■ Große Unternehmen und Konzerne

\* KMU: kleine und mittlere Unternehmen

\*\* NTB: nicht-tarifäre Handelshemmnisse

Quelle: ifo Institut

## Chronik der bisherigen Ereignisse und Ausblick

<b>2011 bis 2013</b>	Im November 2011 setzt der EU-US-Gipfel die „High Level Working Group on Jobs and Growth“ (HLWG) ein. Experten der US-Regierung und der EU-Kommission sollen Optionen zur weiteren Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen identifizieren.
<b>11. Februar 2013</b>	Die HLWG spricht sich in ihrem Endbericht für ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen aus.
<b>14. Juni 2013</b>	EU-Handelsministerrat erteilt der EU-Kommission das Verhandlungsmandat für die TTIP.
<b>17. Juni 2013</b>	US-Präsident Barack Obama und José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, verkünden auf dem G8-Gipfel den Beginn der Verhandlungen zur TTIP.
<b>Juli, November und Dezember 2013</b>	1. bis 3. Verhandlungsrunde.
<b>10. bis 14. März 2014</b>	4. Verhandlungsrunde in Brüssel.
<b>26. März 2014</b>	EU-USA-Gipfel in Brüssel (TTIP als zentrales Thema).
<b>19. bis 23. Mai 2014</b>	5. Verhandlungsrunde in Washington DC.
Voraussichtlich 2014 noch drei weitere Verhandlungsrunden.	

Die EU-Kommission führt die Verhandlungen. Die EU-Mitgliedstaaten haben sie damit beauftragt. Sie steht vor einer Fülle von Verhandlungsaufgaben, die inhaltlich hochkomplex sind. Mit dem EU-Mandat als Leitlinie wird die EU-Kommission weiter verantwortlich und klug im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger handeln. Entscheidend ist, dass die Bundesregierung TTIP grundsätzlich befürwortet und die Verhandlungen der EU-Kommission kritisch, wachsam und verantwortlich begleitet. Dazu gehört, dass der Marktzugang für deutsche und europäische Unternehmen in den USA verbessert wird, ohne Verbraucher- und Gesundheitsschutz abzubauen. Arbeitnehmerrechte sollen gestärkt daraus hervorgehen.

Die Verhandlungen mit den USA über TTIP bieten die Möglichkeit, die Entfaltung des regionalen Handels zwischen EU und USA besseren Regeln zu unterwerfen. Wenn wir diese Möglichkeit von vornherein ablehnen, wird es uns auch an anderer Stelle für lange Zeit nicht gelingen. Die Auswirkungen der Verhandlungen auf die Fortentwicklung des multilateralen Regelwerks der WTO sollten nicht unterschätzt werden. TTIP ermöglicht eine gute Positionierung der EU in einer multipolaren Weltordnung. Überall

auf der Welt gibt es Bestrebungen, Handelsräume zusammenzulegen und den Warenaustausch zu vereinfachen. Europa kann sich dabei rechtzeitig als starker Partner positionieren. Eine pauschale Ablehnung von TTIP würde langfristig die handelspolitische Isolierung Europas bedeuten.

TTIP kann der Hebel zur politischen Gestaltung der Globalisierung werden. Jetzt gilt es, die Verhandlungen dafür zu nutzen. Ob wir dem Abkommen zustimmen können, ist eine offene Frage. Hier gilt: Am Ende zählt das Verhandlungsergebnis und jeder EU-Mitgliedstaat entscheidet für sich.

Kontakt: Anne Jacobs-Schleithoff  
Referat: Außenwirtschaft G8/G20, OECD, USA,  
Kanada, Mexiko

# Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen

## Die internationale Ausrichtung der deutschen Technologie- und Innovationspolitik

**Globaler Wettbewerb spiegelt sich auch in internationalen Verflechtungen im Forschungs- und Innovationsbereich wider. Darauf reagiert das BMWi und richtet seine Technologie- und Innovationspolitik international aus. In der Innovationsstrategie, die derzeit gemeinsam von BMWi und BMBF entwickelt wird, werden die internationalen Aspekte der FuE-Politik daher eine herausragende Rolle spielen.**



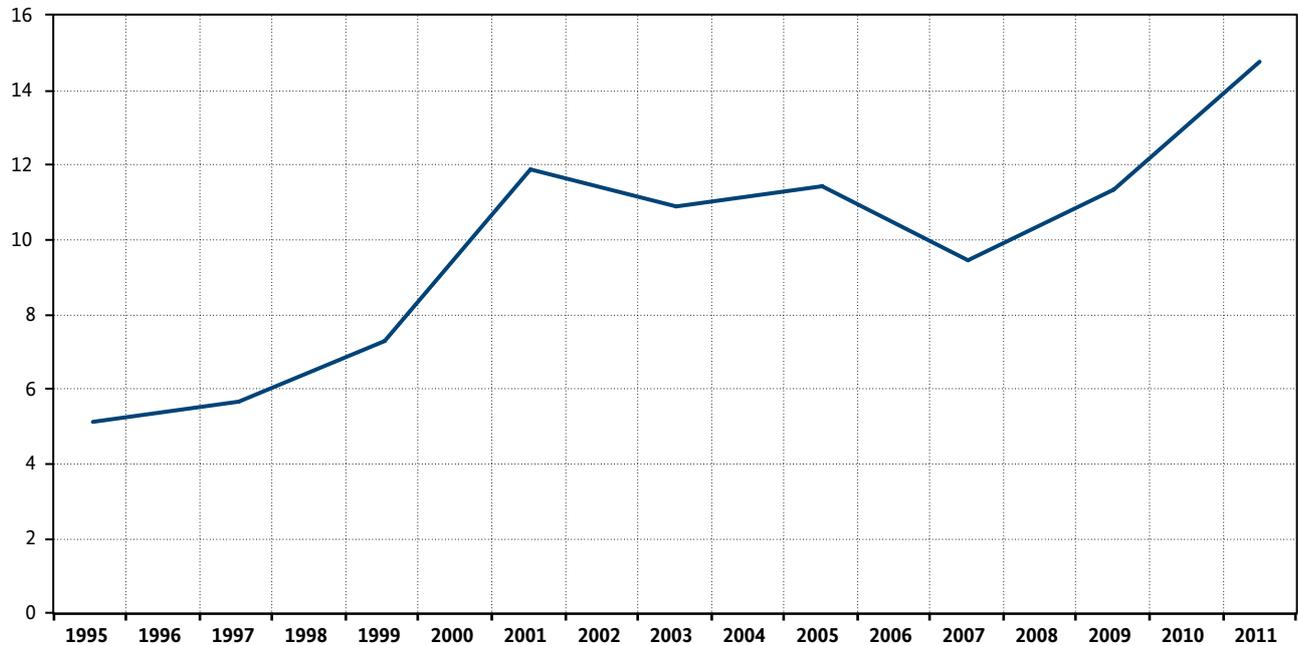
### Internationale FuE-Verflechtung steigt

Die zunehmende globale Vernetzung führt zu immer kürzeren Innovationszyklen. Deutsche und europäische Unternehmen stehen neuen Wettbewerbern vor allem aus den aufstrebenden Ländern in Asien gegenüber. Um erfolgreich im globalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen die Unternehmen kontinuierlich Innovationen hervorbringen und auch hierbei im Rahmen internationaler Wertschöpfungsketten zusammenarbeiten. So bedarf es vielfach der Zusammenarbeit mit Forschungspartnern im Ausland, um etwa die dortigen Kundenbedürfnisse bei der Produktentwicklung bzw. der Entwicklung von Produktvarianten mit einzubeziehen.

Vor diesem Hintergrund haben die Ausgaben, die deutsche Unternehmen für Forschung und Entwicklung (FuE) im Ausland bereitstellen, in den letzten Jahren im Trend deutlich zugenommen. Waren es im Jahr 2007 noch 9,5 Milliarden Euro, so wurden im Jahr 2011 bereits 14,8 Milliarden Euro in FuE im Ausland investiert. Wichtigstes Zielland ist die USA; dahinter folgen mit deutlichem Abstand Österreich, die Schweiz, Japan, Frankreich, China und Indien (vgl. Abb. 1). 2013 wird es aller Voraussicht nach eine weitere Steigerung geben. Lediglich zwischen den Jahren 2001 und 2007 gab es teilweise Rückgänge, weil etwa hohe Unternehmenskäufe und -verkäufe diesen Trend überlagerten.

**Abbildung 1: FuE-Aufwendungen deutscher Unternehmen im Ausland**

in Mrd. Euro



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Stifterverband Wissenschaftsstatistik; Schätzungen des DIW Berlin

Auch ausländische Unternehmen investieren in zunehmendem Maße in FuE in Deutschland. Ihre Ausgaben stiegen von 10,6 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 13,3 Milliarden Euro im Jahr 2011. Dies ist ein Zeichen dafür, dass der deutsche Forschungs- und Innovationsstandort international sehr attraktiv ist und vielfach als Sprungbrett für den europäischen Markt genutzt wird.

Daher hat das BMWi seine Technologie- und Innovationspolitik international ausgerichtet. Über global orientierte Rahmenbedingungen hinaus entwickelte das BMWi spezielle Fördermaßnahmen zur Unterstützung internationaler Forschungsk Kooperationen vor allem für mittelständische Unternehmen.

### Innovationspolitische Rahmenbedingungen richtig setzen

Gute innovationspolitische Rahmenbedingungen sollen die Interaktion zwischen den einzelnen Akteuren erleichtern, Marktversagen – wie mangelnden Schutz des geistigen Eigentums – verhindern und die Funktionsfähigkeit des ganzen Innovationssystems verbessern. Normung und Standardisierung, Messwesen, Akkreditierung, Konformitätsbewertung und Patente leisten hierzu wichtige Beiträge.

### Normung und Standardisierung

Mit internationalen Normen und Standards erschließt sich für Unternehmen der globale Markt. Sie reduzieren nicht-tarifäre Handelshemmnisse und erleichtern den weltweiten Handel. Wenn es gelingt, bereits bei der Forschung sich abzeichnenden Normungsbedarf in international anerkannte Normen und Standards umzusetzen, unterstützt dies die Exportchancen deutscher Unternehmen und beschleunigt zudem den Innovationsprozess.

**Beispiel:** Die führende Rolle der deutschen Lasertechnikunternehmen ist zurückzuführen auf die Integration von Forschung und Normen. In den 80er Jahren befanden sich deutsche Unternehmen bei der Produktion von Laserquellen noch in einer schwachen Weltmarktposition, doch auch dank ihrer führenden Rolle bei der Normung und Standardisierung konnten sie ihren Weltmarktanteil auf 40 Prozent steigern. Weitere positive Beispiele finden sich in der Automobil- oder der Flugzeugindustrie.

Um die deutschen Interessen in die internationalen Normungsprozesse einzubringen, arbeitet das BMWi eng mit



den wichtigsten internationalen Wirtschaftsräumen zusammen. Deutschland und China kooperieren seit vielen Jahren im Rahmen des Deutsch-Chinesischen Wirtschaftsausschusses (GWA). Mitglieder sind Vertreter der Regierungen, der nationalen Normungsorganisationen sowie Experten aus Wirtschaft und Forschung. Seit 2011 besteht eine enge Zusammenarbeit mit den USA. Regelmäßig tagt der „Standards Roundtable“ im Rahmen des „Transatlantic Economic Council (TEC)“. Zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland findet seit vielen Jahren jährlich ein informeller Fachaustausch („Tripartite“) unter Beteiligung des BMWi, der nationalen Normungsorganisationen und der EU-Kommission statt. Seit 2013 besteht zudem mit Indien die Arbeitsgruppe Qualitätsinfrastruktur.

### Messwesen

Das Messwesen – die Metrologie – bildet die Basis, auf die sich Normen und Qualitätssicherungssysteme beziehen. Das Messwesen zielt darauf ab, die Kompatibilität der gelieferten Technologien in den globalen Wertschöpfungsketten zu gewährleisten und so über Ländergrenzen hinweg Qualität zu sichern. Nur auf der Basis korrekter Messtechnik etwa fertigt eine deutsche Maschine im Ausland die passenden Systemkomponenten für die nachfolgende Endfertigung

in Deutschland. Um messtechnische Kompatibilität zu gewährleisten, werden regelmäßig Ringvergleiche der nationalen metrologischen Institute durchgeführt. Die größten nationalen metrologischen Institute sind in den bedeutendsten Industrieländern USA, Japan, China und Deutschland beheimatet.

### Konformitätsbewertung und Akkreditierung

Konformitätsbewertung und Akkreditierung liefern einen weiteren wesentlichen Beitrag zum Abbau technischer Handelshemmnisse. Konformitätsbewertung ist die Überprüfung durch meist unabhängige Dritte – etwa TÜV und DEKRA – daraufhin, ob ein Produkt oder eine Dienstleistung mit vorgegebenen Anforderungen übereinstimmt. Dies soll Qualität und Sicherheit der weltweit gehandelten Waren und Dienstleistungen sicherstellen. Im Rahmen ihrer Akkreditierung wird die Kompetenz derjenigen Stellen, die Konformitätsbewertungen durchführen, festgestellt und gewährleistet. Für die Akkreditierung ist in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) zuständig, die der Fachaufsicht des BMWi unterliegt. Damit die Akkreditierungen der DAkkS international anerkannt werden, ist sie in das internationale Netzwerk der Akkreditierungsorganisationen eingebunden. Im Bereich der Kon-

formitätsbewertung will das BMWi durch bilaterale Kooperationen etwa mit China und Indien die internationale Zusammenarbeit weiter vertiefen. Darüber hinaus finden fachliche Beratungen mit Frankreich, Großbritannien, der EU-Kommission sowie nationalen Akkreditierungsstellen zu aktuellen Themen aus den Bereichen Akkreditierung und Konformitätsbewertung statt.

### Patente

Deutschland ist in Europa das Land mit den meisten eingereichten Patenten, weltweit sind China und die USA auf den Spitzenpositionen. Patente sind notwendig, um Forschungsergebnisse und Innovationen etwa vor Kopien zu schützen. Damit wird fairer Wettbewerb ermöglicht und sichergestellt, dass Innovationen auch auskömmliche Renditen erwirtschaften.

In Europa steht das Europäische Gemeinschaftspatent vor der Einführung. Für den Schutz des geistigen Eigentums in (fast ganz) Europa (außer Spanien und Italien) muss zukünftig nur noch ein einziges Patent angemeldet werden. Damit können erhebliche Kosten eingespart werden. Am Zustandekommen des Europäischen Gemeinschaftspatentes war das BMWi maßgeblich beteiligt und hat die Interessen der deutschen Wirtschaft eingebracht.



### Die Bundesanstalten BAM und PTB



Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) und die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) gehören zum Geschäftsbereich des BMWi. Ihre Aufgaben sind:

- ▶ Messen
- ▶ Normen
- ▶ Prüfen
- ▶ Qualitätssicherung

In der PTB werden physikalische Messmethoden auf größte Genauigkeit hin weiter- oder neu entwickelt. Die BAM arbeitet unter der Leitlinie „Sicherheit in Technik und Chemie“. Sie hat ihre Kernkompetenzen in den Bereichen der Materialwissenschaft, der Werkstofftechnik und der chemischen Analytik.

Beide Bundesanstalten arbeiten international vernetzt: Dies umfasst etwa internationale Forschungsk Kooperationen oder die Mitwirkung in Gremien bei der Normung und der Regelsetzung. BAM und PTB engagieren sich zusammen mit ihren europäischen Partnern in der Europäischen Metrologieforschung. In einem europäischen Programm werden die Ressourcen mehrerer nationaler metrologischer Einrichtungen zusammen mit Fördermitteln aus dem europäischen Forschungsrahmenprogramm gebündelt, um gemeinsame Forschung zur Lösung neuer gesellschaftlicher Herausforderungen zu betreiben. Die Einrichtungen kooperieren zudem weltweit mit den führenden Partnerinstitutionen, etwa mit dem US-amerikanischen Metrologieinstitut NIST, und sind in den internationalen Organisationen wie der Meterkonvention vertreten.

Beide Bundesanstalten leisten darüber hinaus auch technische Hilfe in einer Vielzahl von Entwicklungsländern. Der Schwerpunkt der PTB liegt in der Unterstützung beim Aufbau einer metrologischen Infrastruktur, die BAM berät überwiegend im Bereich der Konformitätsbewertung und Akkreditierung. Oftmals ebnen diese Projekte auch den Weg für die deutsche Wirtschaft – insbesondere den Mittelstand – auf Märkte in Entwicklungsländern.



## Förderprogramme international ausrichten

Das BMWi unterstützt die globale Vernetzung von FuE-Aktivitäten auch durch internationale offene Förderprogramme.

### Zentrales Innovationsförderprogramm Mittelstand



Ziel des Zentralen Innovationsförderprogramms Mittelstand (ZIM) ist die Förderung innovationsstarker kleiner und mittlerer Unternehmen. Gefördert werden Einzelprojekte (ZIM-Solo), Kooperationsprojekte (ZIM-KOOP) und Netzwerkprojekte (ZIM-Nemo) in allen Technologiebereichen. Jährlich werden über 4.000 Projekte des innovativen Mittelstandes unterstützt, meist in Kooperation mit Forschungseinrichtungen.

In den letzten Jahren ist es gelungen, mit zahlreichen Ländern Kooperationsvereinbarungen zu schließen, um innovativen Unternehmen die Zusammenarbeit mit internationalen Forschungs- und Innovationspartnern zu erleichtern. Derzeit bestehen Kooperationsabkommen mit Israel, Südkorea, Vietnam, Kanada, Finnland, Österreich, Belgien, Tschechien und Russland. Mit weiteren Ländern sind Kooperationen geplant: Aktuell besteht z.B. Interesse aus Japan und Tunesien.

Bei der Förderung internationaler Kooperation unterstützt jedes einzelne Land die dort ansässigen Partner; die nationalen Förderorganisationen helfen bei der Partnersuche. In Deutschland ist dies die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF).

**Beispiel:** Im Rahmen einer von Israel und dem BMWi geförderten internationalen Kooperation entwickelte eine Berliner Firma mit ihrem israelischen Partner ein neues Lasersystem für die Bearbeitung von Halbleiter-Wafern. Weltweit werden in der Forschung stetig neue Solarzellen mit immer höheren Wirkungsgraden entwickelt. Daher werden die Anforderungen an die Hersteller der Solarzellen größer. Es sind immer feinere Strukturen bei immer höheren Bearbeitungsgeschwindigkeiten zu realisieren. Im Ergebnis wurde eine Verkürzung der Laserimpulse von früher 10 Nanosekunden auf unter eine Nanosekunde erreicht. Gleichzeitig wurden die optische Spitzenleistung und die Strahlkraft deutlich verbessert. Diese neuen Leistungsmerkmale konnte bisher kein anderes System zeigen.

### Industrielle Gemeinschaftsforschung

Im Rahmen der industriellen Gemeinschaftsforschung werden vorwettbewerbliche Forschungsprojekte gefördert, an denen eine Vielzahl von meist mittelständischen Unternehmen teilnehmen. Die Ergebnisse stehen allen Interessierten offen. Auf deren Basis können die Unternehmen eigene neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln.

Im Rahmen der Fördervariante CORNET arbeiten mehrere Länder Europas zusammen, darunter neben Deutschland die Länder: Österreich, Belgien, die Niederlande, Slowenien, Tschechien und Polen. Bearbeitet werden international relevante, praxisbezogene Forschungsthemen. Durch die internationale Bündelung von Ressourcen lassen sich Projekte umfangreicher anlegen und Teilaspekte durch international ausgewiesene Spezialisten bearbeiten.

**Beispiel:** Ein CORNET-Projekt beschäftigt sich mit der Pflanzenzüchtung. Im Rahmen eines transnationalen Verbundprojektes mit Beteiligten aus Österreich und Polen werden Verbesserungen der Eigenschaften von Getreide, Kartoffeln sowie Öl- und Eiweißpflanzen angestrebt.

### Clusterförderung

Unter Clustern werden Netzwerke von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen, Dienstleistern, Handwerkern und verbundenen Institutionen, die gemeinsame wirtschaftliche Interessen in einer Region verfolgen, verstanden. Sie stehen dabei über Liefer- oder Wettbewerbsbeziehungen miteinander in Beziehung. Die regionale Konzentration innovativer Akteure ist dabei ein wesentliches Merkmal von Clustern.



Zur Förderung solcher Cluster wurde vom BMWi das Programm „go-cluster“ initiiert. Ziel ist es, die jeweiligen Clusterorganisationen zu

optimieren, um international anerkannte und sichtbare Netzwerke zu schaffen und so auch die internationale Kooperation der Cluster weiter zu erleichtern. Viele Netzwerke arbeiten bereits jetzt mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern zusammen.

**Beispiel:** Für die Anwendung im BioRegio STERN Cluster fördert das BMWi die Entwicklung einer „App“, die die Kommunikation aller Teilnehmer untereinander wesentlich erleichtert und damit auch die internationale Zusammenarbeit stimuliert. Im Rahmen des europäischen Projektes IN2LifeSciences arbeitet das Cluster mit Partnerorganisationen aus Dänemark, Schweden, Belgien, den Niederlanden und Frankreich zusammen.

### Nationale Kontaktstellen im europäischen Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“

Eine Möglichkeit für Unternehmen, bei Forschung und Innovation international zu kooperieren, ist zudem die Beteiligung am europäischen Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ (siehe Artikel „Innovationsförderung in der EU – auf zu neuen Horizonten“ in der Ausgabe Februar 2014 der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik). Von 2013 bis 2020 stehen hier insgesamt 77 Milliarden Euro an Fördermitteln zur Verfügung.

Um die Informationsvermittlung über die Chancen des Programms und die Antragstellung zu erleichtern, hat die Bundesregierung ein System nationaler Kontaktstellen (NKS) geschaffen (siehe Artikel „KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung“ in der Ausgabe Mai 2014 der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik). Die zentrale Aufgabe der NKS ist die Betreuung und Beratung von Antragstellern. Derzeit gibt es zwanzig Nationale Kontaktstellen, welche verschiedene Programmteile von Horizont 2020 abdecken.

### Ausblick

Die Internationalisierung der deutschen Technologie- und Innovationspolitik wird im Zuge des globalen Wandels und den daraus neu entstehenden Herausforderungen weiter voranschreiten. In der zukünftigen Innovationsstrategie, die derzeit gemeinsam vom BMWi und dem BMBF entwickelt wird, werden die internationalen Aspekte der Politikgestaltung eine herausragende Rolle spielen. Diese neue Strategie wird voraussichtlich im Herbst 2014 veröffentlicht werden.

Kontakt: Wolfgang Crasemann  
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Technologie- und Innovationspolitik

## Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine der zentralen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft. In den letzten Jahren hat man vor allem den Mangel an akademischen Fachkräften in den Blick genommen. Neue Studien sagen jedoch für die Zukunft einen gravierenden Mangel im Bereich der nicht-akademischen Fachkräfte voraus. Eine funktionale Balance zwischen beruflicher und akademischer Bildung ist unverzichtbar.



Fachkräfte (Begriffsbestimmung siehe Kasten 1) sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft: Ein Land wie Deutschland ohne nennenswerte Bodenschätze ist zur Erhaltung seines Wohlstands auf die Fähigkeiten und Talente seiner Menschen angewiesen. Fehlen Fachkräfte, drohen Einbußen an Wachstumschancen und Wohlfahrtsverluste.

Für die Unternehmen bedeutet ein Mangel an Arbeitskräften, dass sich Betriebsabläufe verzögern oder Aufträge abgelehnt werden müssen. Expansionspläne können nicht umgesetzt werden. In der Folge leiden Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit.

Um diese negativen Konsequenzen für die Unternehmen wie für die gesamte Volkswirtschaft zu vermeiden, gilt es

klug gegenzusteuern und alle Handlungsoptionen zu nutzen. Diese erstrecken sich auf die Ausschöpfung aller inländischen Potenziale wie auch eine qualifizierte Zuwanderung. Dabei ist auch die Qualifikationsstruktur des Arbeitsmarktes in den Blick zu nehmen: Die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss wird sich deutlich erhöhen, die der beruflich Qualifizierten wird sinken.

Vor diesem Hintergrund hat dieser Artikel das Ziel, zunächst Zahlen und Fakten über den prognostizierten Bedarf der Wirtschaft an akademischen und nicht-akademischen Fachkräften darzustellen. Im Anschluss werden ausgewählte Initiativen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft vorgestellt.

### Kasten 1: Begriffsbestimmungen

- ▶ **Fachkraft:** Person, die eine mindestens zweijährige abgeschlossene Berufsausbildung besitzt.
- ▶ **Experte:** Person mit abgeschlossenem Studium sowie im Fall eines abgeschlossenen Bachelorstudiums mit zusätzlicher Berufserfahrung.
- ▶ **Spezialist:** Person mit Meister-, Techniker-, oder Fachschulabschluss bzw. Bachelorabsolvent/-in ohne Berufserfahrung.
- ▶ **An- und Ungelernte:** Personen, die im Gegensatz zu Fachkräften über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Angelernt wird man im Betrieb, in dem man arbeitet: Man erhält Grundkenntnisse und -fertigkeiten, um z. B. eine bestimmte Maschine zu bedienen. Damit einher geht jedoch keine Beruflichkeit, die Ziel einer abgeschlossenen Berufsausbildung ist.
- ▶ **Beruflich Qualifizierte:** Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung.

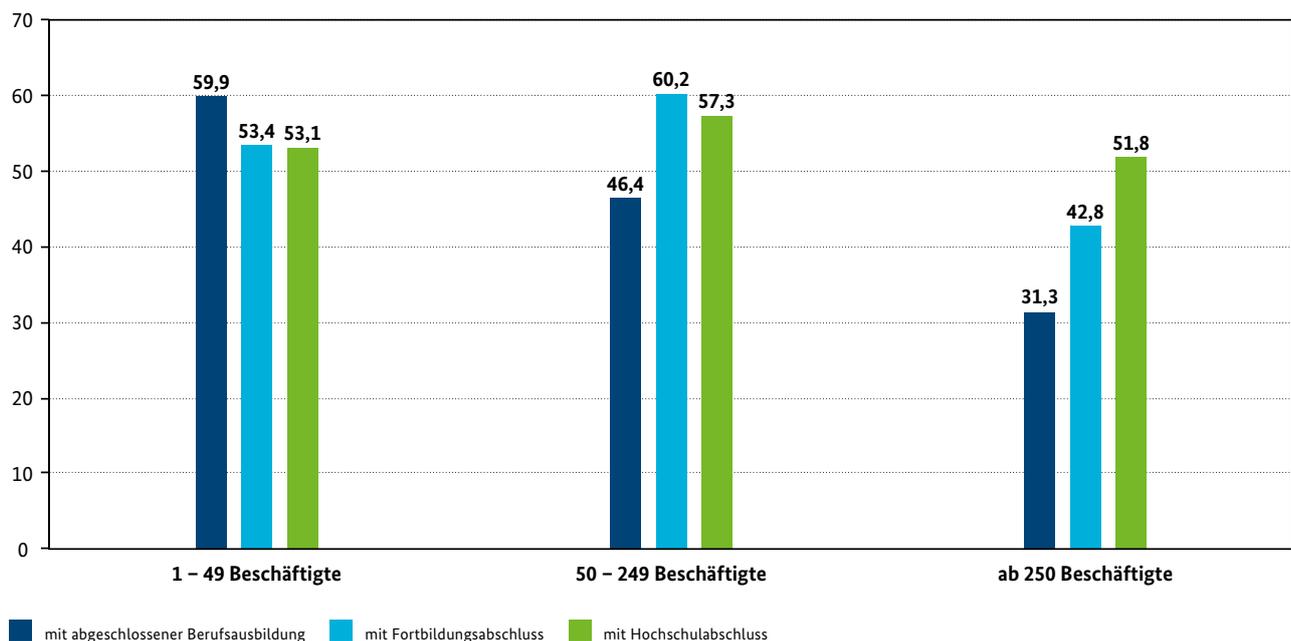
- ▶ **Akademisch Qualifizierte:** Personen, die ein abgeschlossenes Studium vorweisen können.
- ▶ **Duale Berufsausbildung:** Berufsausbildung, bei der der praktische Teil in einem Unternehmen und die theoretische Ausbildung in einer Berufsschule absolviert wird.
- ▶ **MINT-Berufe:** Als MINT-Berufe werden Berufe im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik bezeichnet. Diese können sowohl akademisch (z. B. Mathematiker) als auch nicht-akademisch (z. B. Mathematisch-technischer Softwareentwickler) sein.

## 1. Ausgangslage und zukünftige Entwicklung

Laut Qualifizierungsmonitor des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie haben Unternehmen erhebliche Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften (vgl. Abb. 1). Aller Voraussicht nach wird sich diese Situation in Zukunft noch verschärfen. Ein Viertel der befragten Unternehmen erwartet einen steigenden Fachkräftebedarf für die Zukunft:

**Abbildung 1: Rekrutierungsprobleme nach Unternehmensgröße und Qualifikation**

Unternehmen, die in den letzten 12 Monaten mittelgroße oder große Schwierigkeiten bei der Rekrutierung hatten (in % der suchenden Unternehmen), 2013



Quelle: Sonderauswertung des BMWi-Qualifizierungsmonitors, 3. GZ8-Welle 2013

Derzeit besteht in Deutschland kein flächendeckender Fachkräftemangel (Begriffsbestimmung siehe Kasten 2). Jedoch gibt es schon heute einige Regionen und Berufe, in denen Engpässe bestehen. Betroffen sind vor allem MINT-Berufe und Gesundheits- und Pflegeberufe. Zum Beispiel gibt es Engpässe in den Berufen Mechatronik und Automatisierungstechnik, Energietechnik, Maschinen- und Fahrzeugtechnik sowie Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege und Orthopädie- und Rehathechnik sowie Hörgeräteakustik (Fachkräfteengpassanalyse Dezember 2013 der Bundesanstalt für Arbeit).

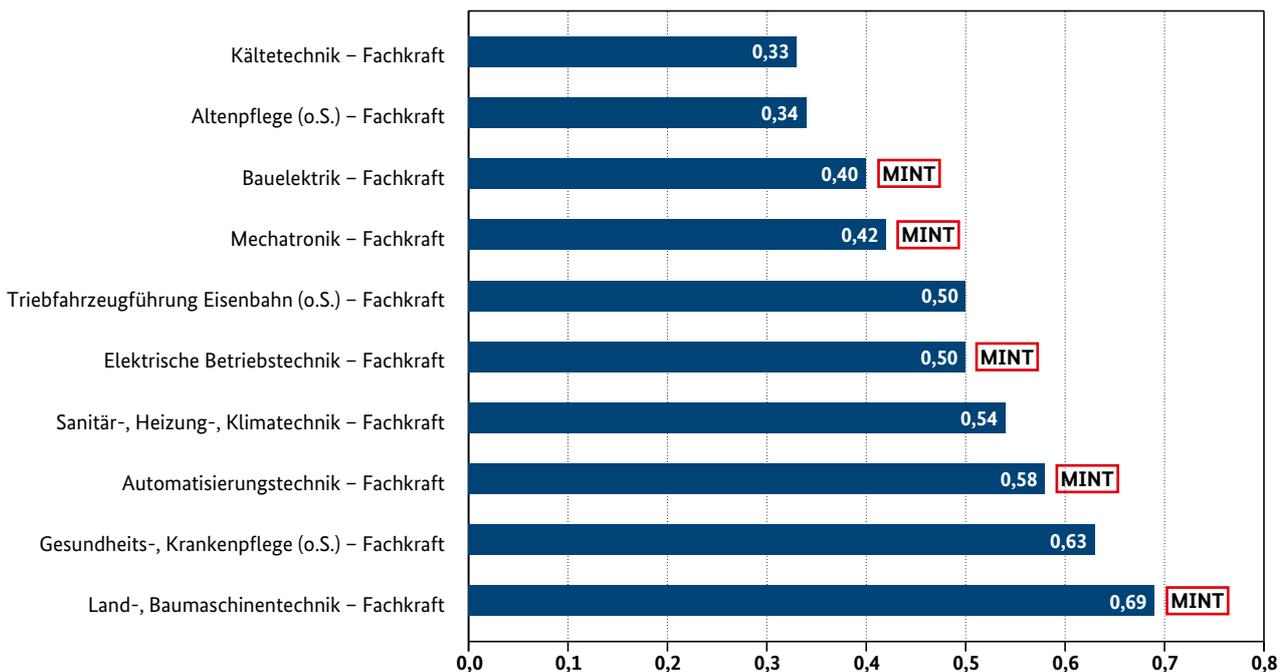
### 1.1. Engpassberufe

Die zunehmende Fachkräftelücke im nicht-akademischen Bereich zeigt sich bei der Analyse der so genannten Engpassberufe.

#### Kasten 2: Begriffsbestimmungen

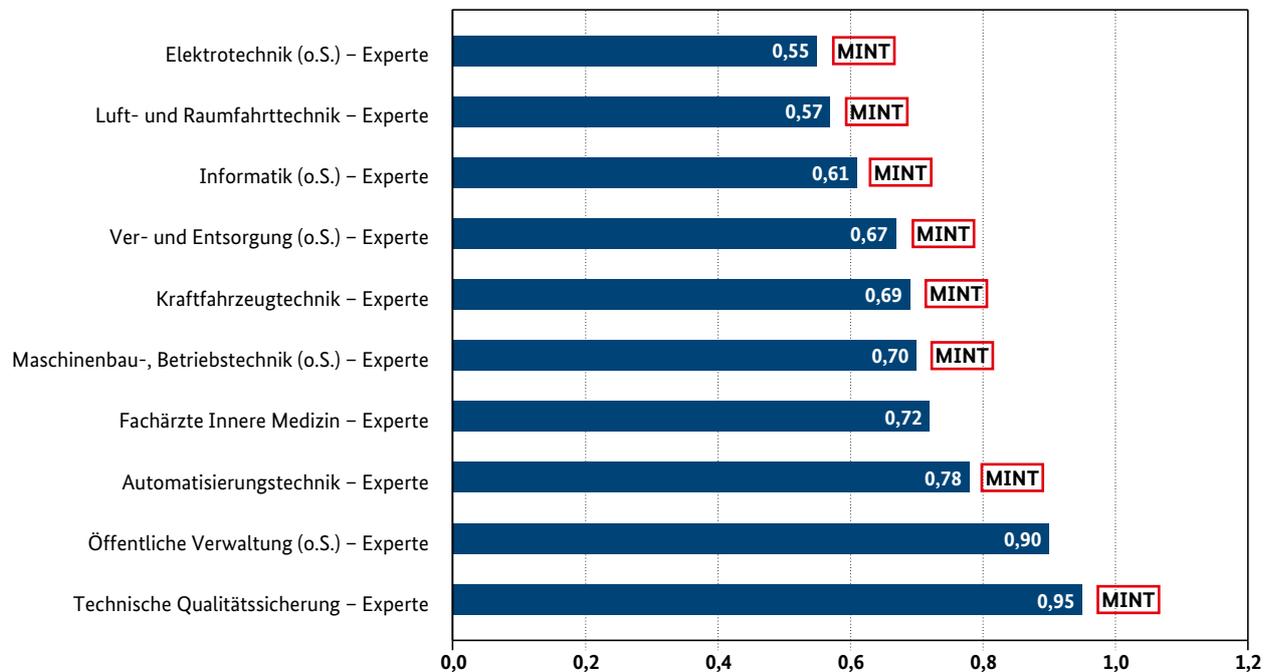
- ▶ **Engpass:** Liegt vor, wenn in einer Region und in einer Berufsgattung (siehe unten) die Nachfrage nach Fachkräften das Angebot an Fachkräften kurzfristig übersteigt.
- ▶ **Fachkräftemangel:** Vorliegen dauerhafter Engpässe.
- ▶ **Berufsgattung:** Umfasst eine Gruppe von Einzelberufen, die sich hinsichtlich ihrer spezifischen Fachkompetenzen und ihres Anforderungsniveaus ähneln.
- ▶ **Sockelengpass:** Bezeichnet Berufsgattungen, bei denen in jedem einzelnen Monat bzw. im Jahresdurchschnitt des Betrachtungszeitraums 2011/12 bzw. 2012/13 weniger als zwei Arbeitslose je gemeldeter offener Stelle vorlagen. Der Bundesagentur für Arbeit wird im Durchschnitt etwa jede zweite offene Stelle gemeldet.

**Abbildung 2: Top 10 der Sockelengpassberufe für beruflich Qualifizierte**  
(mit Hervorhebung der darin enthaltenen Berufe im MINT-Bereich)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, „Fachkräfteengpässe in Unternehmen“, Januar 2014

**Abbildung 3: Top 10 der Sockelengpassberufe für Akademikerinnen und Akademiker**  
(mit Hervorhebung der darin enthaltenen Berufe im MINT-Bereich)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, „Fachkräfteengpässe in Unternehmen“, Januar 2014

Im August 2013 bestanden Sockelengpässe in 114 von 611 Berufsgattungen. Damit ist fast jede fünfte Berufsgattung von Engpässen betroffen. Mehr als die Hälfte dieser Engpassberufe trat bei Berufsgattungen auf, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Für rund 25 Prozent der Engpassberufe ist ein Fortbildungsabschluss (Meister, Techniker) erforderlich. Rund 19 Prozent der Berufsgattungen mit Knappheiten sind dem akademischen Bereich zuzuordnen.

Unter den Berufen mit Sockelengpässen befinden sich 51 MINT-Berufe. Bei den beruflich Qualifizierten handelt es sich insbesondere um die Berufsfelder Metall sowie Mechanik, Energie und Elektro sowie Maschinen- und Fahrzeugtechnik (vgl. Abb. 2).

Bei den akademisch Qualifizierten sind die Berufsfelder Bau und Gebäudetechnik sowie Naturwissenschaft und Informatik betroffen (vgl. Abb. 3).

## 1.2. Zukünftiger Bedarf an Fachkräften in MINT-Berufen (bis 2020)

Berufe im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (so genannte MINT-Berufe) haben eine besondere Relevanz für Wirtschaft und Innovation. In diesen Zukunftsfeldern entstehen die Innovationen von morgen, technologische Entwicklungen mit branchenübergreifenden Auswirkungen werden vorangetrieben.

Die Analyse des zukünftigen Bedarfs an akademischen und nicht-akademischen Fachkräften in MINT-Berufen zeigt folgendes Bild:<sup>1</sup>

Insgesamt waren in Deutschland im Jahr 2011 rund 2,4 Millionen MINT-Akademikerinnen und Akademiker erwerbstätig. Die Studienanfängerzahlen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Damit einhergehend sind deutliche Zuwächse bei den MINT-Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu erwarten: Während 2008 noch mit 531.900 MINT-Absolventinnen und -absolventen für

1 Quelle: MINT-Herbstreport 2013 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).



den Zeitraum von 2014 bis 2020 zu rechnen war, ist auf Basis aktueller Daten für diesen Zeitraum mit 744.200 Absolventinnen und -absolventen zu rechnen.

Aufgrund der Erfolge bei der Gewinnung von zusätzlichen Studienanfängern in den MINT-Fächern dürfte der demografische Ersatzbedarf an MINT-Akademikerinnen und Akademikern bis Ende 2020 hinreichend gedeckt werden. Die aufgrund der technologischen Entwicklung steigende Nachfrage wird daher im akademischen Bereich zu einem großen Teil befriedigt werden können.

Die Anzahl der beruflich qualifizierten MINT-Erwerbstätigen ist von 2010 auf 2011 um gut 173.000 auf rund 9,4 Millionen gestiegen, was zunächst sehr positiv erscheint. Allerdings ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Steigerung fast ausschließlich durch die längere Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hervorgerufen wird. Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einer beruflichen MINT-Qualifikation an der Gesamtbevölkerung ist demgegenüber von 22,3 Prozent im Jahr 2005 auf 20,3 Prozent im Jahr 2011 gesunken.

Im Bereich der beruflichen Bildung zeichnet sich damit eine vollkommen andere Entwicklung ab als bei akademischen Fachkräften: Bis 2020 werden ohne Fachkräftesicherungsmaßnahmen voraussichtlich rund 1,4 Millionen beruflich qualifizierter MINT-Fachkräfte fehlen.

### Kasten 3: Industrie 4.0 – Digitalisierung der Wirtschaft

Die Digitalisierung der Wirtschaft wird nicht nur Auswirkungen auf die technischen Produktionsprozesse haben. Es werden auch immense Veränderungen in anderen Bereichen, nicht zuletzt bei Arbeits- und Ausbildungsplätzen, erwartet. Sowohl akademische als auch nicht-akademische Fachkräfte werden davon betroffen sein. In der vernetzten Fabrik der Zukunft wird voraussichtlich der planerische Anteil der Arbeit zunehmen, während Arbeitsplätze in der Fertigung abnehmen. Mit „Industrie 4.0“ geht auch die Chance auf höherwertige Arbeitsplätze einher. So werden z. B. verstärkt Software- bzw. Programmierkenntnisse Bestandteil des Berufslebens werden. Dies wird nicht zuletzt erhebliche Auswirkungen auf die Ausbildungsordnungen für duale Ausbildungsberufe, für die das Bundeswirtschaftsministerium zu 90 Prozent der Verordnungsgeber ist, haben. Auch der beruflichen Fort- und Weiterbildung wird nochmals eine größere Rolle zuwachsen, um Fähigkeiten und Kenntnisse à jour zu halten. Diese Entwicklung unterstreicht den Befund, dass es An- und Ungelernte zukünftig schwerer haben werden, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es wird also in den kommenden Jahren mehr noch als bisher darauf ankommen, Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen eine umfassende berufliche Erstausbildung zukommen zu lassen, die sie auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorbereitet.

### 1.3. Längerfristige Perspektiven (bis 2030)

Das Bild, welches sich bis 2020 insbes. im MINT-Bereich abzeichnet, findet sich in längerfristigen Arbeitsmarktprognosen (bis 2030 und darüber hinaus) über alle Berufsbereiche hinweg wieder. So zeigen aktuelle Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), dass zukünftig insbesondere mit Engpässen im mittleren Qualifikationsbereich, d.h. bei beruflich Qualifizierten, zu rechnen ist:

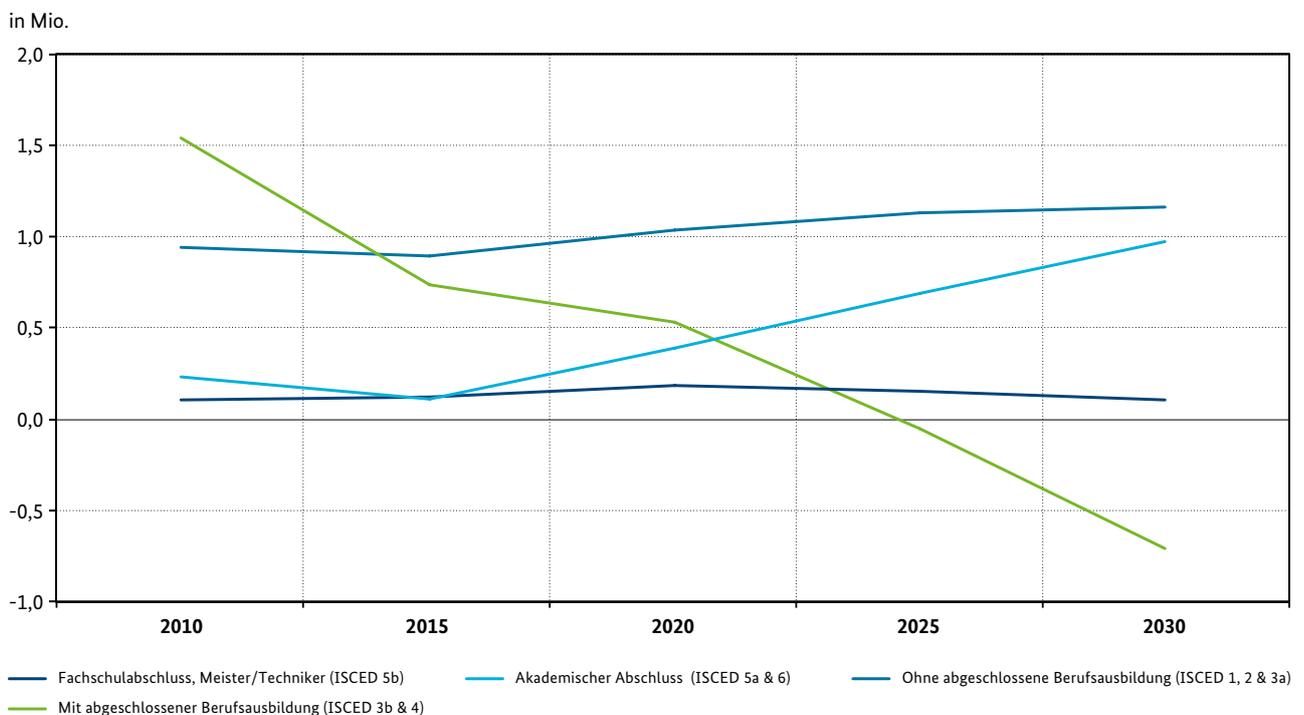
#### Kasten 4: Prognostizierte Veränderung der Qualifikationsstruktur des Arbeitsmarktes<sup>2</sup>

▶ Während 60 Prozent (10,5 Millionen) der Personen, die den Arbeitsmarkt verlassen, eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, liegt dieser Anteil bei den Neueintritten bei nur 49 Prozent (7,5 Millionen).

- ▶ Umgekehrt verhält es sich mit dem Anteil der Akademiker: Rund 18 Prozent (3,1 Millionen) aller Austritte haben einen akademischen Abschluss. Unter den Personen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten, ist dieser Anteil mit 30 Prozent (4,7 Millionen) weitaus höher.
- ▶ Insgesamt wird 2030 immer noch die Mehrheit (52,4 Prozent) aller Personen auf dem Arbeitsmarkt einen beruflichen Abschluss haben, ihr Anteil sinkt jedoch von 57,1 Prozent im Jahr 2012. Dies hat zur Folge, dass der relativ konstante Fachkräftebedarf auf mittlerer Qualifikationsebene nicht durch das Fachkräfteangebot befriedigt werden kann.

Abbildung 4 stellt die Differenz aus prognostiziertem Fachkräfteangebot und Fachkräftenachfrage für die verschiedenen Qualifikationsniveaus dar. Aus ihr lässt sich Folgendes ablesen:

**Abbildung 4: Projizierte Differenz zwischen Fachkräfteangebot und -nachfrage nach Qualifikationsstufen 2010 – 2030**



Quelle: Wissenschaftsrat (2014), Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung - Erster Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, S. 42.

2 Quelle: Tobias Maier, Gerd Zika, Marc Ingo Wolter, Michael Kalinowski und Robert Helmrich (2014), Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung – Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Flexibilität, BIBB Report, Heft 23, Februar 2014.

- ▶ Im Bereich der Akademiker geht das steigende Fachkräfteangebot zunächst mit einem stärker steigenden Bedarf der Wirtschaft nach dieser Qualifikation einher. Langfristig wird das Angebot an akademisch qualifizierten Fachkräften jedoch die Nachfrage übersteigen. Aufgrund der besonderen Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für akademisch Qualifizierte dank technologischer Entwicklungen (siehe auch Kasten 3) ist für diese Gruppe dennoch nicht mit einem steigenden Arbeitslosigkeitsrisiko zu rechnen.
- ▶ Bei Personen ohne Berufsabschluss zeichnet sich ab, dass das Angebot an Geringqualifizierten langsamer sinkt als die Nachfrage.
- ▶ Die größte Veränderung zeichnet sich im Bereich der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung ab. Ab Mitte der 2020er Jahre ist in diesem Qualifikationsbereich mit verstärkten Engpässen zu rechnen, da die Nachfrage nach dieser Qualifikation weitaus größer ist als das Fachkräfteangebot.

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie der Prognos AG<sup>3</sup>, die bis 2035 von einem Arbeitskräftemangel von vier Millionen Personen ausgeht, wobei mit 2,2 Millionen die größte Lücke bei den beruflich Qualifizierten erwartet werde.

## 2. Ausgewählte Maßnahmen

Das Fachkräftekonzept der Bundesregierung bringt alle verantwortlichen Akteure aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen, um einem drohenden Mangel insbesondere auch an nicht-akademischen Fachkräften entgegenzuwirken. Es sieht vor, an erster Stelle die Menschen im Inland in den Blick zu nehmen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt voranzubringen. Zugleich sollen aber auch die Chancen genutzt werden, auf dem globalen Arbeitsmarkt qualifizierte Fachkräfte für unser Land zu gewinnen.

Aus der Vielzahl an Aktivitäten von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich Fachkräftesicherung und Demografie seien an dieser Stelle nur folgende beispielhaft genannt:

### 2.1. Imagekampagne der Bundesregierung: „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“

Die Bundesregierung hat mit Unterstützung der Wirtschaft bereits im November 2011 eine Imagekampagne zugunsten der beruflichen Bildung gestartet, die auch in der aktuellen Legislaturperiode fortgesetzt werden soll: Noch immer gibt es Vorbehalte bei Jugendlichen und deren Eltern, aber auch bei Lehrern allgemeinbildender Schulen im Hinblick auf die duale Berufsausbildung. Anstelle der guten Arbeitsmarktverwertbarkeit, der niedrigen Jugendarbeitslosigkeit im Bereich der beruflich Qualifizierten und der Karrierechancen u. a. durch berufliche Aufstiegsfortbildung, steht das im Vergleich zum akademischen Bereich schlechtere Image bei mutmaßlich geringerer Entlohnung im Vordergrund.

Martin Henning, Fluggerätmechaniker.

**Mit Bodenhaftung nach den Sternen greifen. Dank einer guten Ausbildung geht das.**

Mein Beruf ist mein Traumjob, der am Markt gefragt ist – beste Aufstiegschancen inklusive.  
[www.praktisch-unschlagbar.de](http://www.praktisch-unschlagbar.de)

 Bundesministerium für Bildung und Forschung
  Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 

3 Quelle: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (2012), Arbeitslandschaft 2035 – Ein Studie der Prognos AG im Auftrag der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., Stand: Dezember 2012.

Berufsorientierung spielt bislang allenfalls im Bereich der mittleren allgemeinbildenden Schulabschlüsse eine Rolle. Eine verstärkte Berufsorientierung in Gymnasien würde daher aus Sicht der Bundesregierung ausdrücklich begrüßt, insbesondere wenn diese flächendeckend erfolgte. Begleitend wären eine verstärkte Lehrerinformation sowie eine verbesserte Information der Eltern über die breite Palette an möglichen Ausbildungsberufen sinnvoll. Denn insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer sind wichtige Vorbilder für die Jugendlichen, können häufig mangels eigener Erfahrung jedoch keine Informationen zur dualen Ausbildung im Rahmen des Unterrichts vermitteln. Auch bei Eltern bestehen vielfach Vorurteile bezüglich der beruflichen Bildung: Eltern, deren Kinder die Hochschulreife erwerben, bestehen nicht selten darauf, dass diese im Anschluss auch studieren, um den aus ihrer Sicht höchstmöglichen Abschluss – einen akademischen Grad – zu erreichen.

Nur fundierte Informationen über die Berufswelt im Verhältnis zu eigenen Interessen und Fähigkeiten bilden eine ausreichende Grundlage, damit Jugendliche Berufswege beurteilen können. Die Kampagne „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung dient dazu, diese Informationen zielgruppengerecht zu vermitteln. Die Ressorts wollen insbesondere darauf hinweisen, dass den Jugendlichen mit einer beruflichen Aus- und Fortbildung alle Karrierewege offenstehen. Dies umfasst insbes. auch den Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen, da sich die Möglichkeiten, an eine berufliche Ausbildung eine akademische Ausbildung anzuschließen, deutlich verbessert haben.

## 2.2. MINT-Aktivitäten der Wirtschaft

Zur Stärkung der Ausbildung von MINT-Fachkräften hat die Wirtschaft eine Reihe von Maßnahmen ins Leben gerufen, wie zum Beispiel

- ▶ das nationale MINT-Forum, das die gesamte MINT-Bildungskette von der frühkindlichen über die schulische, berufliche und akademische Bildung bis zur Weiterbildung und zum lebenslangen Lernen fördert.
- ▶ die Initiative „MINT Zukunft schaffen“ will zu einer positiven Einstellung von jungen Menschen, Eltern, Lehrkräften und einer breiten Öffentlichkeit zu den MINT-Fächern beitragen.

- ▶ den Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen – „Komm, mach MINT“ ist eine bundesweite Initiative, die Mädchen und Frauen für MINT-Studiengänge und -Berufe begeistert.
- ▶ den Verein mathematisch-naturwissenschaftlicher Excellence-Center an Schulen e.V. (MINT-EC), der der MINT-Bildung an Schulen mit Sekundarstufe II dient.

## 2.3. Duale Ausbildung, Allianz für Aus- und Weiterbildung

Ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Fachkräfte von morgen ist die duale Ausbildung in Deutschland. Sie ist ein Erfolgsmodell, das eine fundierte praxisbezogene Ausbildung vor allem für den mittleren Qualifikationsbereich sicherstellt, aber weitere berufliche Karrierewege auf Basis einer fundierten Ausbildung eröffnet. Die EU-weit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland (derzeit 7,7 Prozent) ist auch ein Verdienst dieses bewährten Ausbildungssystems.

Die Ausgangslage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt: Es wird zunehmend schwieriger, geeignete Auszubildende und offene Stellen vor allem in bestimmten Branchen und Regionen zusammenzubringen. So standen 2013 21.000 unversorgte Ausbildungsbewerber 33.500 unbesetzten Ausbildungsplätzen gegenüber und 37 Prozent der Unternehmen bewerten in der DIHK-Konjunkturumfrage Winter 2013/2014 den Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko. Diesem „Passungsproblem“ auf dem Ausbildungsmarkt gilt es konkrete Lösungen entgegenzusetzen – daran arbeiten Bundesregierung



Wirtschaft, Gewerkschaft und Länder zurzeit gemeinsam. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, wird der bisherige „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ zu einer „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterentwickelt. Der Abschluss der Verhandlungen zwischen Bundesregierung, Sozialpartnern und Ländern wird für Herbst 2014 angestrebt.

#### 2.4. Fachkräfte-Offensive „Make it in Germany“

In Ergänzung zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie die Bundesagentur für Arbeit im Juni 2012 eine öffentlichkeitswirksame Informationskampagne, die Fachkräfte-Offensive, ins Leben gerufen. Sie sensibilisiert und aktiviert Fachkräfte, Unternehmen und die Bevölkerung zum Thema Fachkräftesicherung.

Neben der Ausschöpfung aller inländischen Fachkräftepotenziale ist Deutschland auch auf internationale Fachkräfte angewiesen. Hierzu wurde das mehrsprachige Willkommensportal [www.make-it-in-germany.com](http://www.make-it-in-germany.com) im Rahmen der Offensive durch das BMWi gestartet. „Make it in Germany“ setzt ein Zeichen einer offenen Willkommenskultur. Ziel ist, internationale Fachkräfte für Deutschland zu begeistern und die Attraktivität Deutschlands im Wettbewerb um kluge Köpfe zu steigern. Das Portal informiert umfassend zum Thema Leben und Arbeiten und bündelt bestehende Serviceangebote. Das Portal, welches federführend vom BMWi umgesetzt wird, läuft seit dem Start im Juni 2012 sehr erfolgreich: Es zählt bereits über vier Millionen Besucher, davon 90 Prozent aus dem Ausland.



Zuwanderungsinteressierten Fachkräften aus Indien, Indonesien und Vietnam bietet „Make it in Germany“ im Rahmen von Pilotprojekten zudem ein besonderes Angebot: Fachkräfte – insbesondere aus dem MINT-Bereich – werden persönlich vor Ort beim Schritt nach Deutschland unterstützt. Der Service der „Make it in Germany“-Beraterinnen und Berater reicht von Informationsveranstaltungen über individuelle Beratung bis hin zu Tipps für die Vorbereitung der Ausreise nach Deutschland.



[www.make-it-in-germany.com](http://www.make-it-in-germany.com)

### 3. Ausblick: Neue Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur beruflichen Bildung

Der Wissenschaftsrat hat erst vor wenigen Wochen eine Angleichung der gesellschaftlichen Anerkennung von beruflicher und akademischer Bildung empfohlen. Es handelt sich hierbei um einen Meilenstein, der aus wirtschaftspolitischer Sicht ausdrücklich begrüßt wird.

Ebenso ist die Empfehlung des Wissenschaftsrates zu unterstützen, die Berufs- und Studienorientierung nicht nur in die Curricula der Haupt- und Real- bzw. Mittelschulen, sondern auch der gymnasialen Oberstufe zu integrieren. Hintergrund ist, dass alle Jugendlichen Unterstützung bei ihrer Ausbildungsentscheidung benötigen. Reflektierte Bildungsentscheidungen setzen eine klare Vorstellung der persönlichen Interessen und Fähigkeiten voraus. Wichtige Praxiserfahrungen liefern Betriebspraktika sowie Mentoringprogramme. Gleichmaßen bedeutsam sind Informationen über die Karriereperspektiven von Berufsausbildungs- bzw. Hochschulabsolventinnen und -absolventen.

Der Wissenschaftsrat unterstreicht zudem die Bedeutung von Kenntnissen der Lehrkräfte und der Eltern zur Berufs- und Studienorientierung. Auch dies ist aus wirtschaftspolitischer Sicht ausdrücklich zu begrüßen.

Kontakt: Rita Ulrich, Dr. Karola Wolprecht,  
Annette Schnopp  
Referat: Fachkräfte, Bildungspolitik und Berufliche  
Bildung

## II. Wirtschaftliche Lage

# Internationale Wirtschaftsentwicklung

## Weltwirtschaft: Zurzeit nur moderates Wachstum.

Die Weltwirtschaft befindet sich auf einem moderaten Wachstumskurs.<sup>1</sup> Die Industrieländer bleiben vorerst die maßgeblichen Treiber von Wachstum und Handel. Stützend wirken dabei die weiterhin expansive Geldpolitik in diesen Ländern, günstige Finanzierungsbedingungen und eine weniger restriktive Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte. Wesentliche Impulse kommen von der US-Wirtschaft. Die Erholung der Eurozone entwickelt sich nur zögerlich. In Japan werden mittelfristig die notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, zum Beispiel die Erhöhung der Konsumsteuer, das Wachstum bremsen. Dämpfend für die Weltwirtschaft wirkt insbesondere auch das schwächere Wachstum in China und in den meisten übrigen Schwellenländern. Die einschlägigen Frühindikatoren signalisieren, dass die Weltwirtschaft vorerst in dem derzeitigen moderaten Tempo weiter expandieren wird. Der Markt-Einkaufsmanager-Index erhöhte sich im April leicht und liegt zirka vier Punkte über seiner Wachstumsschwelle. Der OECD Composite Leading Indicator für die OECD-Staaten verharrte im März den fünften Monat in Folge auf seinem hohen Niveau. Die OECD nahm jüngst ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr leicht zurück und rechnet mit einem Anstieg des Welt-BIP im Jahr 2014 um 3,4%. Für 2015 erwar-

tet sie eine Zunahme des Wachstums auf +3,9%. Beim Welt-handel wird mit einer Expansion von +4,4% bzw. +6,1% gerechnet. Die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur bleiben dabei beachtlich. Neben den nach wie vor bestehenden Schwächen im Weltfinanzsystem belasten geopolitische Unwägbarkeiten.

## USA: Zunahme der Wachstumsdynamik wahrscheinlich.

Die amerikanische Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Das schwache Wachstum im ersten Quartal von annualisiert 0,1% war dem ungewöhnlich strengen Winter geschuldet. Sobald die Produktionsbehinderungen abklingen, wird sich die wirtschaftliche Dynamik beschleunigt fortsetzen. Trotz des schwachen Einstiegs rechnet z. B. die OECD mit einem Wachstum von 3,5% im Jahr 2014 nach +1,9% im Jahr 2013. Die günstigen Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen und die verbesserte Vermögensposition der privaten Haushalte wirken hierbei stützend. Während die privaten Konsumausgaben, die rund zwei Drittel des US-BIPs ausmachen, weiter kräftig expandieren, sorgen insbesondere auch die verstärkten privaten Investitionen für die Beschleunigung des Wachstums. Die aktuellen Konjunkturindikatoren bestärken diese optimistische Erwartung. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich mit +288.000 im April erneut stärker als erwartet. Gleichzeitig ging die saisonbereinigte Arbeitslosenquote auf 6,3% nach 6,7% im März zurück. Das ISM-Geschäftsklima in der Industrie verbesserte sich im April den dritten Monat in Folge. In der Industrie erhöhten sich darüber hinaus im März die Auftragseingänge saisonbereinigt den zweiten Monat in Folge. Die Industrieproduktion sank im April um 0,6% gegenüber dem Vormonat. Sie verblieb aber leicht über dem Niveau des ersten Quartals. Die Verbraucherpreise erhöhten sich leicht beschleunigt auf eine Jahresrate von 2,0% im April.

## Japan: Vorzieheffekte im ersten Quartal.

Das japanische Bruttoinlandsprodukt hat sich im ersten Quartal aufgrund von Vorzieheffekten stark beschleunigt um 1,5% erhöht. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen stiegen im Vorfeld der Erhöhung der Konsumsteuer von 5 auf 8 Prozent zum 1. April kräftig. Zuvor

**Industrieproduktion International**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Mai 2014 vorlagen.

## Internationale Wirtschaftsentwicklung

### Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q1	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1
Euroraum	-0,2	0,3	0,1	0,2	0,2
USA	0,3	0,6	1,0	0,7	0,0
Japan	1,1	1,0	0,2	0,2	1,4

### Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Euroraum	11,8	11,8	11,8	11,8	-
USA	6,7	6,6	6,7	6,7	6,3
Japan	3,7	3,7	3,6	3,6	-

### Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Euroraum	0,8	0,8	0,7	0,5	0,7
USA	1,5	1,6	1,1	1,5	2,0
Japan	1,6	1,4	1,5	1,6	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

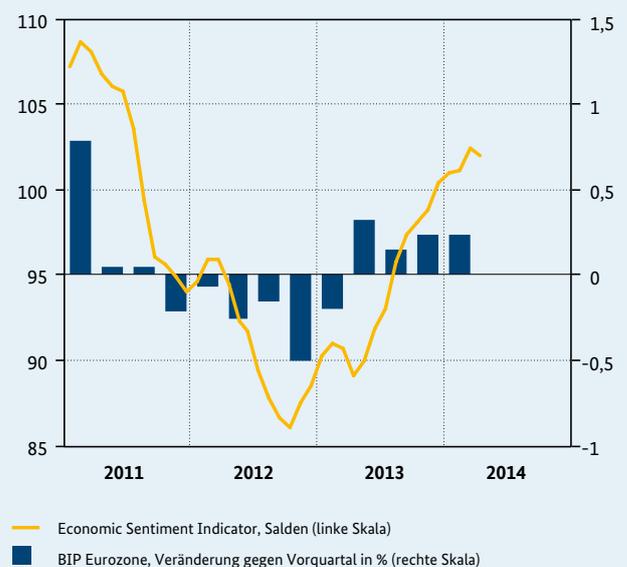
war das BIP im dritten und vierten Quartal 2013 trotz der geld- und fiskalpolitischen Impulse lediglich um 0,3% bzw. 0,1% expandiert. Nach den Vorzieheffekten ist für das zweite Quartal trotz des zusätzlichen Konjunkturpakets von Anfang Dezember 2013 ein Gegeneffekt zu erwarten. Die Konjunkturindikatoren zeigen derzeit ein gemischtes Bild. Die Industrieproduktion nahm im ersten Quartal gegenüber dem vierten Quartal 2013 weiter zu. Die Auftragseingänge gingen im Februar allerdings wieder leicht zurück, sie lagen im Januar und Februar zusammengenommen aber über dem Stand im November/Dezember. Während sich der ESRI Composite Leading Indicator im März weiter abschwächte, hat sich die Unternehmensstimmung nach dem Tankan Business Condition Index im ersten Quartal weiter verbessert. Der Index für das Konsumentenvertrauen zeigte sich auch im April rückläufig. Die Jahresrate der Verbraucherpreise erhöhte sich im März leicht auf 1,6%. Ob der Übergang in einen sich selbst tragenden Aufschwung gelingt, bleibt weiterhin offen. Es sind noch weitere fiskalische Strafungsmaßnahmen erforderlich und vorgesehen, wie z. B. eine weitere Erhöhung der Konsumsteuer. Die OECD rechnet in ihrer Prognose vom April für die Jahre 2014 und 2015 mit einem BIP-Wachstum von jeweils 1,2%.

### Euroraum: Erholung ins Stocken gekommen.

Die Erholung im Euroraum kommt weiterhin nur zögerlich voran. Im ersten Quartal 2014 erhöhte sich das BIP in der

Eurozone weiter um 0,2% nach einem Anstieg von 0,2% im Jahresschlussquartal 2013. Zum Wachstum im ersten Quartal trugen vor allem Deutschland, Belgien und Spanien bei. Dagegen stagnierte das BIP in größeren Ländern wie Frankreich und Italien und ging in anderen Ländern teilweise kräftig zurück, z. B. in den Niederlanden, aber auch in Portugal und Finnland. Von den Eurozonenländern der südlichen Peripherie weist derzeit nur Spanien eine zunehmende konjunkturelle Dynamik auf. Belastend wirken sich in den Krisenländern weiterhin die hohen öffentlichen Schuldenstände und die angespannten Kreditbedingungen aus. Darüber hinaus ist die immer noch schwache Bilanzverfassung im privaten Sektor eine Bürde für Vertrauen und Wachstum. Insgesamt bleibt die konjunkturelle Erholung im Euroraum fragil. Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass das Wachstumstempo vorerst verhalten bleiben dürfte. Die Industrieproduktion im Euroraum ging im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal leicht um 0,3% zurück. Der Economic Sentiment Indicator gab im April 2014 geringfügig nach und unterbrach seine seit einem Jahr bestehende Aufwärtsentwicklung. Die Jahresrate der Verbraucherpreise stieg im April dagegen wieder leicht auf +0,7% an. Die OECD rechnet in ihrer aktuellen Prognose für das Gesamtjahr 2014 mit einem BIP-Wachstum im Euroraum von +1,2%. Für das Jahr 2015 erwartet sie ein Wachstum von +1,7%.

### Eurozone: BIP und Economic Sentiment (saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, European Commission

# Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

## 1. Gesamtwirtschaft

Der milde Winter ermöglicht das kräftige Wachstum im ersten Quartal.

Die deutsche Wirtschaft hat im Winterhalbjahr, unterstützt durch die milde Witterung, weiter an Dynamik gewonnen.<sup>2</sup> Nach dem bereits beschleunigten Wachstum von 0,4% im Jahresschlussquartal 2013<sup>3</sup> hat im ersten Quartal 2014 das Bruttoinlandsprodukt nochmals kräftiger um 0,8% zugenommen.<sup>4</sup> Allerdings wird im Gegenzug die Frühjahrsbelegung etwas schwächer ausfallen als gewohnt. Insgesamt hat sich der Aufschwung gefestigt und an Breite gewonnen. Er wurde im ersten Quartal nachfrageseitig ausschließlich von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften getragen. Eine zentrale Rolle kam dabei der guten Verfassung des Arbeitsmarktes zu. Positive Impulse leisteten sowohl die privaten und staatlichen Konsumausgaben als auch die Investitionen. Die Bauinvestitionen zogen, von der Witterung begünstigt,

kräftig an und mit zunehmender Kapazitätsauslastung wurde auch verstärkt in Ausrüstungen investiert. Der Außenhandel bremste demgegenüber per saldo das Wachstum. Es wurde weniger exportiert und aufgrund der starken Binnennachfrage mehr importiert als im Vorquartal. Wie stark und nachhaltig sich der Aufschwung im Verlauf des Jahres fortsetzt, wird trotz der robusten binnenwirtschaftlichen Entwicklung auch vom außenwirtschaftlichen Umfeld abhängen.

## 2. Produzierendes Gewerbe

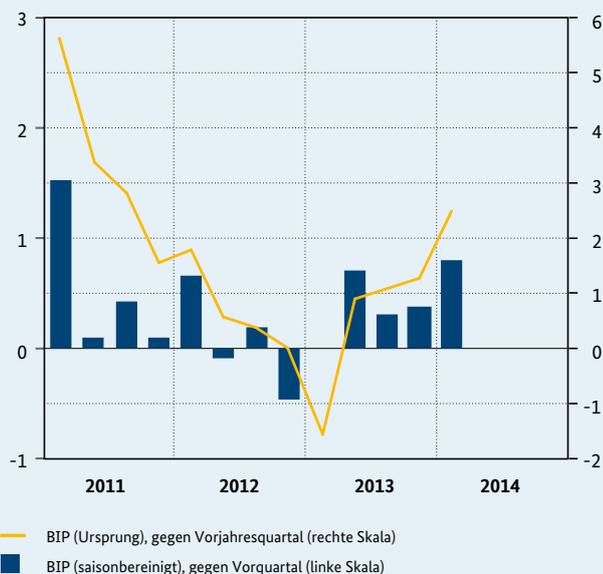
Kräftiges Wachstum im Produzierenden Gewerbe im ersten Quartal; Frühjahrsbelegung fällt nach dem milden Winter aber schwächer aus als gewohnt.

Auftragseingänge in der Industrie zuletzt wenig dynamisch.

Das Produzierende Gewerbe lieferte im ersten Quartal wichtige Wachstumsimpulse. Die Gesamterzeugung erhöhte sich beschleunigt um 1,2%. Hierzu trugen sowohl die Industrie als auch das Baugewerbe bei, das durch den milden Winter besonders begünstigt wurde. Dieser führte aber zugleich zu einer geringeren Energieerzeugung. Im März ging die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe allerdings nach viermonatigem Anstieg in Folge gegen den Trend um 0,5% zurück. Jedoch deuten die Stimmungsindikatoren aus den Unternehmensbefragungen darauf hin, dass sich der Aufschwung im Produzierenden Gewerbe fortsetzen wird. Nach dem milden Winter dürfte die Frühjahrsbelegung in den witterungsabhängigen Wirtschaftsbereichen allerdings etwas schwächer ausfallen als gewohnt.

Die Industrie bleibt trotz eines leichten Rückgangs am aktuellen Rand (März: -0,4%) der konjunkturelle Impulsgeber. Im ersten Quartal insgesamt erhöhte sie ihre Produktion weiter um 1,2%, nach einem Anstieg von 1,1% im Vorquartal. Dabei umfasst der Aufschwung alle Industriebereiche: Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern weiteten ebenso wie die Produzenten von Konsumgütern ihre Produktion spürbar aus. Umsatzzuwächse wurden sowohl im Inland als auch in Ländern außerhalb des Euroraums

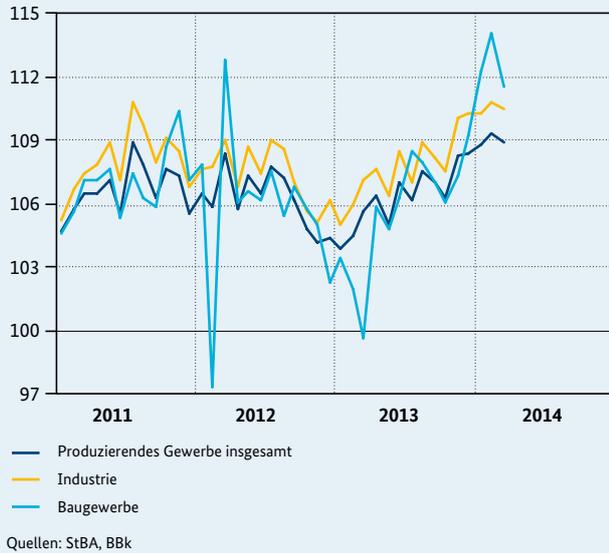
**Bruttoinlandsprodukt**  
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

- In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Mai 2014 vorlagen.
- Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.
- Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 15. Mai 2014 zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2014.

**Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



erzielt. Dagegen blieb der Absatz in den Euroraum im ersten Quartal nahezu unverändert. Die Zunahme der inländischen Umsätze für Investitionsgüter zeigt an, dass sich die Ausrüstungsinvestitionen im Inland weiter belebt haben. Hierzu dürfte beigetragen haben, dass die Kapazitätsauslastung inzwischen etwa das Niveau ihres langjährigen Durchschnitts erreicht hat.

**Auftragseingang in der Industrie**  
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Die Auftragseingänge in der Industrie erlitten im März einen kräftigen Rückschlag (-2,8%), zu dem vor allem der geringe Umfang von Großaufträgen beitrug. Insbesondere die Auftragseingänge für Investitionsgüter und die Bestellungen aus dem Euroraum gingen zurück. Insgesamt bleibt die Grundtendenz der Bestellungen in der Industrie aber aufwärtsgerichtet. Im Ergebnis verharrten die Auftragseingänge im ersten Quartal auf dem Niveau des Vorquartals. Dabei ging lediglich die Nachfrage aus dem Euroraum zurück (-4,6%). Die Auftragseingänge aus dem Inland nahmen im ersten Quartal um 1,9% und die aus dem Nicht-Euroraum um 0,7% zu. Ohne die stark schwankenden und erst über einen längeren Zeitraum produktionswirksam werdenden Großaufträge erhöhten sich die Auftragseingänge im ersten Quartal weiter um 1,9%. Dies spricht dafür, dass der Aufwärtstrend bei den Bestellungen in der Industrie nach wie vor intakt ist. Allerdings könnte sich ihre Dynamik vorübergehend etwas abschwächen.

**Industrie**

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
<b>Produktion</b>					
Insgesamt	1,1	1,2	0,0	0,5	-0,4
Vorleistungsgüter	1,8	1,2	0,0	1,1	-0,9
Investitionsgüter	0,5	1,2	0,3	0,1	-0,2
Konsumgüter	1,2	0,7	-0,7	0,1	0,5
<b>Umsätze</b>					
Insgesamt	1,7	1,5	2,0	-1,1	-0,8
Inland	0,4	1,6	2,1	-0,8	-0,4
Ausland	3,1	1,3	1,9	-1,4	-1,2
<b>Auftragseingänge</b>					
Insgesamt	2,3	0,0	0,1	0,9	-2,8
Inland	0,1	1,9	2,0	1,2	-0,6
Ausland	3,8	-1,3	-1,3	0,7	-4,6
Vorleistungsgüter	2,9	0,4	1,1	1,7	-1,2
Investitionsgüter	1,9	-0,3	-1,0	0,6	-3,6
Konsumgüter	2,3	0,3	4,1	-0,9	-5,3

Quellen: StBA, BBk

Die Stimmungsindikatoren zeichnen ein ähnliches Bild. Zwar befinden sie sich durchweg auf einem überdurchschnittlichen Niveau, zuletzt entwickelten sie sich aber nicht einheitlich. Während der ifo Konjunkturtest für die Industrie auf eine neue Höchstmarke im laufenden Auf-

schwung stieg, schwächten sich die ZEW-Konjunkturerwartungen seit Jahresbeginn ab. Auch der Markit/BME-Einkaufsmanager-Index lag im April unter dem Niveau, das er noch zu Beginn des Jahres aufwies. Eine gewisse Verunsicherung und Zurückhaltung aufgrund der aktuellen geopolitischen Ereignisse könnten hierbei ebenso eine Rolle spielen wie die fragile Erholung im Euroraum.

## Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

### Produktion

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Insgesamt	-0,2	4,7	2,7	1,6	-2,2
Bauhauptgewerbe	0,2	4,7	2,2	1,8	-1,0
Ausbaugewerbe	-0,6	4,8	3,4	1,4	-3,4

### Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
Insgesamt	-1,1	3,5	-1,5	4,3	-3,1
Hochbau	-4,2	4,8	-4,3	7,7	-4,1
Wohnungsbau*	-0,8	0,2	7,9	4,1	5,1
Gewerblicher*	-5,4	10,1	-12,4	8,0	-5,7
Öffentlicher*	-8,4	-3,5	-2,0	18,2	-24,1
Tiefbau	2,7	1,8	1,9	0,6	-1,9
Straßenbau*	-3,9	6,0	6,9	-11,8	41,8
Gewerblicher*	1,1	2,3	-8,5	27,2	-23,6
Öffentlicher*	14,3	-3,5	9,2	-14,1	-21,5
Öffentlicher Bau insg.	1,2	0,8	6,1	-7,6	5,9

Quellen: StBA, BBk

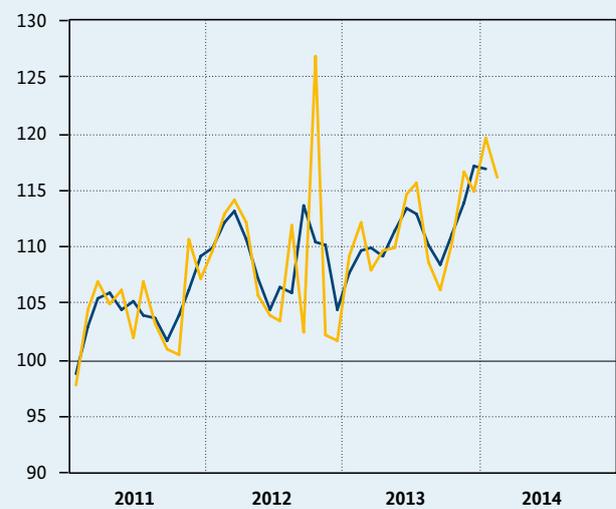
\* Angaben in jeweiligen Preisen

Der milde Winter hat dem Baugewerbe zusätzliche Impulse verliehen. Die Bauproduktion erhöhte sich daher im ersten Quartal kräftig um 4,7%. Das bereits auch durch Vorzieheffekte erreichte hohe Niveau der Bauproduktion führt allerdings dazu, dass die Frühjahrsbelebung entsprechend weniger ausgeprägt ausfällt. Erste Anzeichen hierfür waren bereits im März zu beobachten: Die Erzeugung im Baugewerbe ging gegenüber dem Vormonat um 2,2% zurück.

Insgesamt bleiben die Perspektiven für das Baugewerbe aber aufgeheitert. Die Auftragseingänge zogen seit Oktober vergangenen Jahres kräftig an. Trotz Abschwächung im Februar um 3,1% lagen sie im Dreimonatsvergleich Stand Februar um 5,2% höher als in der Vorperiode. Die Zahl der Baugenehmigungen lag im Dreimonatsvergleich Stand Februar um knapp 14% über dem Stand vor einem Jahr; die laut Baugenehmigungen veranschlagten Baukosten übertrafen den Vorjahresstand um mehr als 7%. Zu den

positiven Perspektiven für die Bauwirtschaft trägt neben dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung vor allem das günstige Finanzierungsumfeld bei. Die Stimmungsindikatoren bewegten sich trotz leichter Eintrübung der Erwartungen in den letzten drei Monaten auf einem Niveau, das zuletzt Anfang der Neunziger Jahre beobachtet worden ist.

## Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



— Monate  
— gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Quellen: StBA, BBk

## 3. Privater Konsum

Deutliche Zunahme der privaten Konsumausgaben im ersten Quartal 2014.

Frühindikatoren und günstige Rahmenbedingungen signalisieren anhaltende Belegung.

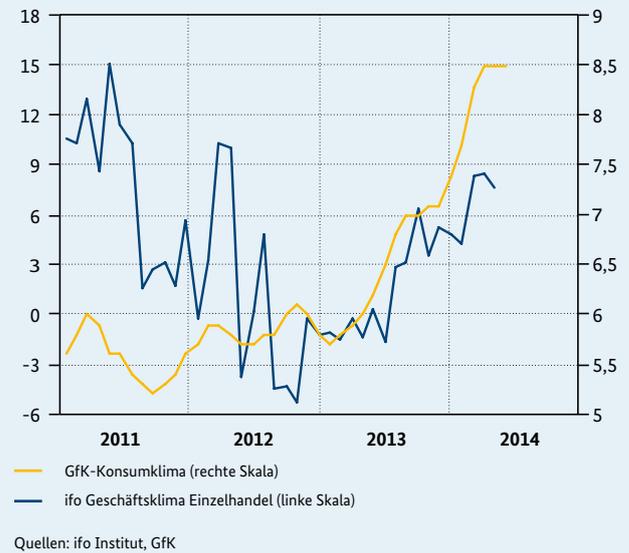
Der private Konsum bleibt auch im laufenden Jahr eine Stütze des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Die privaten Konsumausgaben haben nach der Abschwächung im Jahreschlussquartal im ersten Quartal dieses Jahres wieder kräftig zugenommen. Die Belegung kommt in der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze zum Ausdruck. Sie blieben (ohne Kfz-Handel) im März zwar nahezu unverändert, im ersten Quartal insgesamt lag ihr Volumen aber um 1,6% über dem Ergebnis des Vorquartals. Der Kraftfahrzeughandel zeigt sich in den ersten beiden Monaten im Trend weiter recht

lebhaft. Auch wenn der Umsatz des Kfz-Handels Käufe für investive Zwecke mit umfasst, liegt es nahe, dass der Anstieg der Pkw-Umsätze auch durch zunehmende Käufe für die private Verwendung gestützt wurde. Dafür sprechen die Zulassungszahlen für private Pkw, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen sind.



Die Rahmenbedingungen für den privaten Konsum bleiben günstig. Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin in einer guten Verfassung. Die erzielten Tarifvereinbarungen sind eine Grundlage für allgemein kräftiger steigende Einkommen. Diese stärken angesichts eines ruhigen Preisklimas die Kaufkraft der privaten Haushalte. Vor diesem Hintergrund bleiben sowohl die Unternehmen des Einzelhandels als auch die Verbraucher zuversichtlich. Dies kommt in der Entwicklung der einschlägigen Stimmungsindikatoren zum Ausdruck. So haben sich die Geschäftserwartungen der Einzelhändler für die kommenden sechs Monate im April wieder aufgehellt. Auch der Indikator für das Konsumklima bewegt sich im Mai auf unverändert hohem Niveau. Für eine leichte Verunsicherung unter den Verbrauchern sorgten aber offensichtlich die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine. Dies dämpfte zuletzt die Ausgabenbereitschaft und hatten einen leichten Anstieg der Sparneigung zur Folge.

#### Klimaindikatoren für den privaten Konsum (Salden)



Insgesamt signalisieren die Indikatoren eine sich fortsetzende positive Entwicklung des privaten Konsums. In ihrer aktuellen Frühjahrsprojektion rechnet die Bundesregierung für das laufende Jahr mit einem Anstieg dieser Verwendungskomponente des BIP um 1,5 %.

## 4. Außenwirtschaft

**Schwache Entwicklung der Ausfuhren im ersten Quartal; vorerst allenfalls moderate Belegung zu erwarten.**

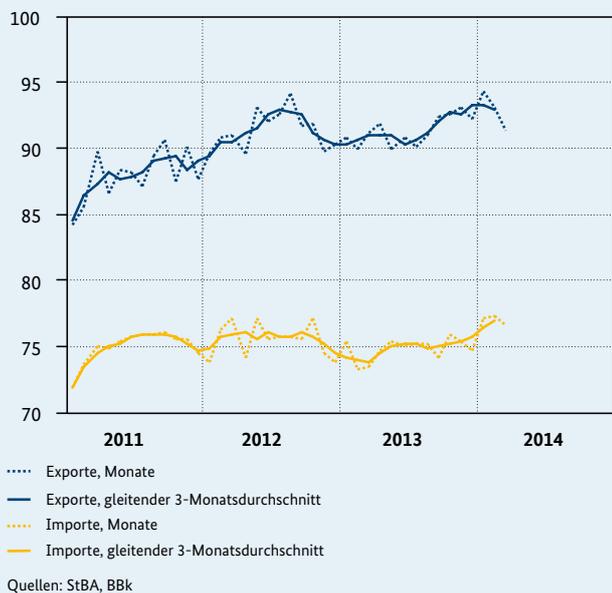
**Starke Binnendynamik lässt Importe weiter spürbar anziehen.**

Nach einer recht lebhaften Entwicklung im Jahresschlussquartal 2013 startete die deutsche Exportwirtschaft recht verhalten in das laufende Jahr. Gleichzeitig hat sich der Aufwärtstrend der Einfuhren mit der zunehmenden Binnendynamik verstärkt. Im Ergebnis hat der Außenbeitrag das gesamtwirtschaftliche Wachstum im ersten Quartal dieses Jahres gedämpft.

Die deutschen Warenausfuhren gingen im März saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen den zweiten Monat in Folge zurück. Im ersten Quartal erhöhten sie sich dadurch lediglich um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. In preisbereinigter Rechnung dürfte die Ausfuhrentwicklung tenden-

ziell noch geringfügig schwächer zugenommen haben, da die Ausfuhrpreise im gleichen Zeitraum leicht anstiegen. Im Vorjahresvergleich verzeichnen Ausfuhren in die EU-Länder (innerhalb wie außerhalb der Eurozone) tendenziell die größten Zuwächse. Drittländer außerhalb der EU nahmen dagegen nur geringfügig mehr Waren ab als im Vorjahr.

**Außenhandel mit Waren**  
(in Mrd. Euro, saisonbereinigt)



Die nominalen Wareneinfuhren gingen im März saisonbereinigt erstmals in diesem Jahr zurück (-0,9%). Im ersten Quartal insgesamt nahmen sie dennoch um 2,3% gegenüber dem Vorquartal zu. Da die Einfuhrpreise im gleichen Zeitraum geringfügig rückläufig waren, dürfte der Anstieg real noch deutlicher ausgefallen sein. Dies ist ein weiteres Indiz für eine zurzeit lebhaftere Binnenkonjunktur.

Die Handelsbilanz wies im März einen Überschuss von 16,4 Mrd. Euro auf. Dies waren 2,5 Mrd. Euro weniger als im Vorjahr. Der Leistungsbilanzsaldo war im März mit +19,5 Mrd. Euro um 1,6 Mrd. Euro niedriger als vor einem Jahr.

Die nationalen Konjunkturindikatoren zeigen mit Bezug auf die weitere Entwicklung des deutschen Außenhandels derzeit ein eher etwas gemischtes Bild. Die Auslandsumsätze in der Industrie sind im März erneut zurückgegangen. Der Aufwärtstrend blieb zwar bestehen, er ist allerdings merklich schwächer ausgeprägt. Das Volumen der ausländischen Auftragseingänge in der Industrie zeigt dagegen

## Außenhandel\*

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>Ausfuhr</b>	1,6	0,3	2,3	-1,3	-1,8
<b>Einfuhr</b>	0,6	2,3	3,2	0,4	-0,9
Veränderung gegen Vorjahresperiode in % (Ursprungswerte)					
<b>Ausfuhr</b>	1,9	3,1	2,9	4,6	1,9
Eurozone	1,7	2,3	3,3	3,7	0,1
EU Nicht-Eurozone	6,3	10,6	8,9	12,1	10,4
Drittländer	2,6	0,3	1,8	5,6	-0,4
<b>Einfuhr</b>	0,0	4,5	1,5	6,5	5,6
Eurozone	4,1	4,9	4,2	9,1	2,3
EU Nicht-Eurozone	7,4	7,8	3,2	11,5	10,8
Drittländer	-6,6	2,2	-4,3	0,0	7,1

Quellen: StBA, BBk

\* Warenhandel, in jeweiligen Preisen

einen rückläufigen Trend. Andererseits haben sich die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im April auf hohem Niveau wieder leicht verbessert. Die Aufwertung des realen Wechselkurses des Euro wirkt dagegen tendenziell dämpfend. Insgesamt zeichnet sich damit eine vorerst nur moderate Aufwärtsentwicklung der deutschen Ausfuhren ab.

## 5. Arbeitsmarkt

### Verstärkter Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal.

### Arbeitslosigkeit den fünften Monat in Folge rückläufig.

Im konjunkturellen Aufschwung halten die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt an und stärken ihrerseits die Binnendynamik. Von der einsetzenden Frühjahrsbelegung gehen zusätzliche Impulse aus. Diese fallen angesichts des zuvor milden Winters allerdings etwas geringer aus als gewohnt. Der Beschäftigungsaufbau nahm angesichts der lebhaften konjunkturellen Entwicklung seit Beginn dieses Jahres wieder stärker zu als 2013. Er wird weiterhin durch den kräftigen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit setzte sich im April den fünften Monat in Folge fort. Die Unterbeschäftigung war sogar den siebten Monat in Folge rückläufig. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt aufwärtsgerichtet.

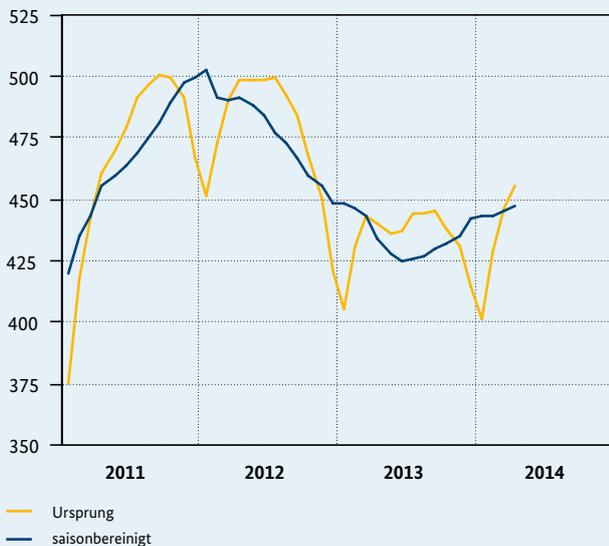
**ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**



Quellen: BA, ifo Institut

Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt signalisieren eine weiterhin hohe Kräftenachfrage. Der BA-X Stellenindex stieg im April wieder leicht um einen auf 156 Punkte. Das ifo Beschäftigungsbarometer hielt zuletzt seinen recht hohen Stand von 107,4 Punkten.

**Gemeldete Arbeitsstellen (in 1000)**

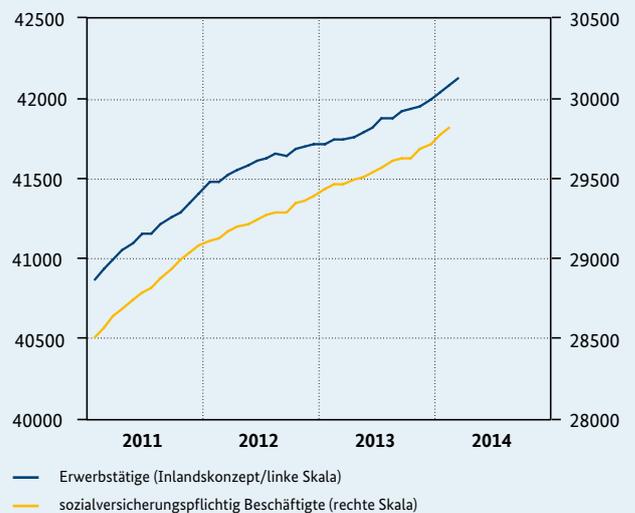


Quellen: BA, BBk

Auch die Entwicklung der gemeldeten Stellen bleibt leicht aufwärtsgerichtet. Der Zugang an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im April saisonbereinigt sogar um 4.000. Ihr Bestand stieg damit per saldo weiter leicht um 2.000 an. Nicht saisonbereinigt waren insgesamt 455.000 Arbeitsstellen gemeldet.

Die Erwerbstätigkeit nahm in den ersten Monaten dieses Jahres wieder stärker zu als in 2013. Hierzu trug neben der guten Konjunktur wohl auch der milde Winter bei. Saisonbereinigt erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im März um 33.000 Personen. Nicht saisonbereinigt stieg sie im Zuge der einsetzenden Frühjahrsbelebung auf insgesamt 41,81 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde mit zunehmender Tendenz deutlich überschritten (+372.000).

**Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)**



Quellen: BA, StBA, BBk

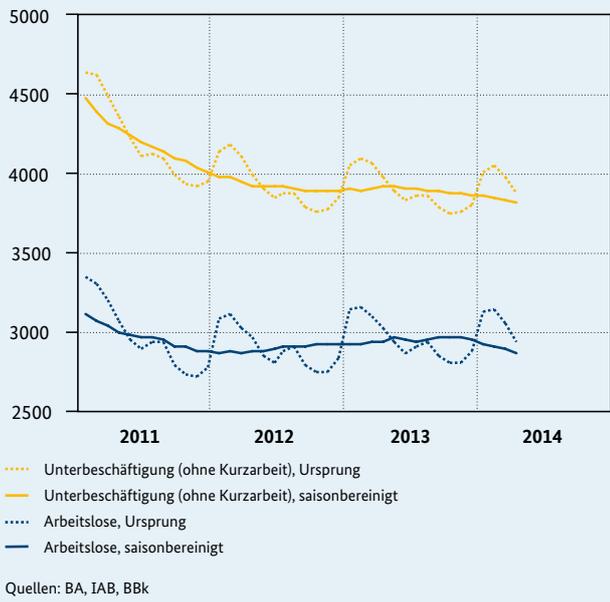
Der Beschäftigungsaufbau wird weiterhin in erster Linie durch die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. In saisonbereinigter Rechnung gab es im Februar 64.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als im Monat zuvor. Ihr Bestand erhöhte sich gemäß Ursprungszahlen im Februar auf 29,42 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 436.000 Beschäftigten.

Spürbare Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatten im Vorjahresvergleich nahezu alle Branchen zu verzeichnen. Den stärksten Zuwachs verbuchten die wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. In der Arbeitnehmerüberlassung hält der Aufwärtstrend ebenfalls an.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich spürbar verstärkt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im April saisonbereinigt um 25.000 Personen zurück. Nicht saisonbereinigt sank die Zahl der Arbeitslosen etwas stärker als saisonüblich auf 2,943 Mio. Personen und damit erstmals in diesem Jahr wieder unter die Drei-Millionen-Schwelle. Gegenüber dem Stand vor einem Jahr wurden im April 77.000 weniger Arbeitslose gezählt. Der Vorjahresabstand nimmt seit Beginn dieses Jahres wieder zu. Die Arbeitslosenquote sank auf 6,8%.

Die nach dem Konzept der ILO erhobene saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im März wie im Monat zuvor 5,1%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland damit eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

**Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung**  
(in 1000)



**Internationale Arbeitslosenquoten**  
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: März 2014)



**Arbeitsmarkt**

**Arbeitslose (SGB III)**

	Q4	Q1	Feb.	März	April
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,782	3,131	3,138	3,055	2,943
gg. Vorjahr in 1.000	45	-21	-18	-43	-77
gg. Vorperiode in 1.000*	13	-55	-16	-14	-25
Arbeitslosenquote	6,6	7,2	7,3	7,1	6,8

**Erwerbstätige (Inland)**

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
in Mio.	42,2	41,7	41,7	41,7	41,8
gg. Vorjahr in 1.000	253	345	321	341	372
gg. Vorperiode in 1.000*	66	127	53	48	33

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio.	29,5	29,7	29,5	29,4	29,4
gg. Vorjahr in 1.000	382	368	387	406	436
gg. Vorperiode in 1.000*	107	87	39	68	64

Quellen: BA, StBA, BBk

\* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die Unterbeschäftigung, die im Konzept weiter gefasst ist, ging im April saisonbereinigt etwas weniger stark zurück (-17.000) als die Arbeitslosigkeit. Nach den Ursprungszahlen belief sich die Zahl der Unterbeschäftigten auf 3,88 Mio. Personen (ohne Kurzarbeit). Im Vorjahresvergleich ist die Unterbeschäftigung um 107.000 Personen gesunken.

Insgesamt entwickeln sich die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung weniger günstig als die Beschäftigung. Hierzu trägt bei, dass sich gegenwärtig das Erwerbspersonenpotenzial entgegen dem langfristigen Trend erhöht. Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die höhere Zuwanderung überkompensieren die

Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung. Das IAB schätzt, dass das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2014 um 120.000 auf über 45,5 Mio. Personen anwächst. Dies dämpft den mit der verbesserten Konjunkturlage einhergehenden Abbau der Arbeitslosigkeit.

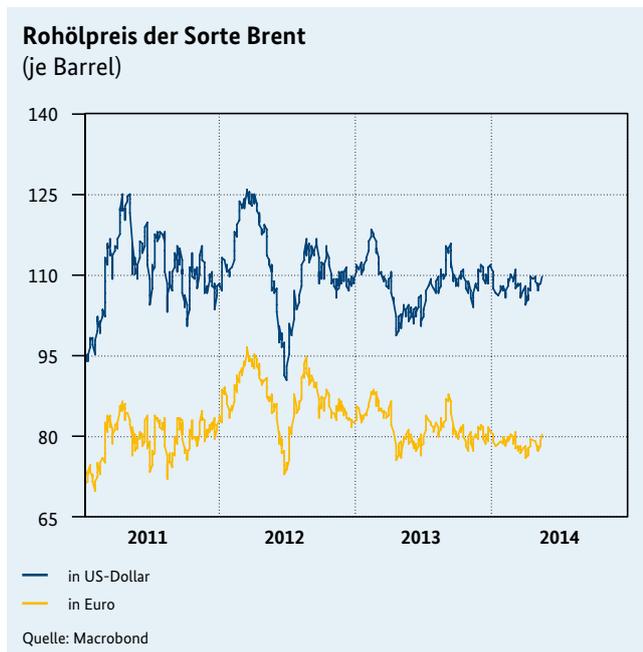
## 6. Preise

Ruhige Preisentwicklung setzt sich fort.

Einfuhr- und Erzeugerpreise in der Tendenz weiter leicht rückläufig.

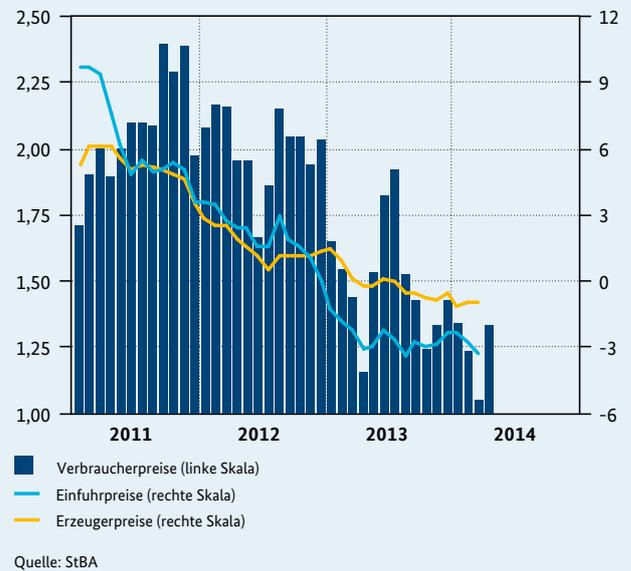
Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus blieb im April mit einer Jahresrate von 1,3% sehr moderat. Für das Jahr 2014 erwartet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion einen durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise von 1,4%, der sich im Jahr 2015 nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Belebung auf 1,9% erhöht.

Der Rohölpreis der Sorte Brent in US-Dollar verteuerte sich zuletzt etwas mit der Zuspitzung des Russland-Ukraine-Konflikts. Mitte Mai lag der Barrelnpreis mit knapp 110 US-Dollar ca. 7% über seinem Niveau vor einem Jahr. Umgerechnet in Euro verharnte er allerdings in etwa auf seinem Vorjahresniveau.



### Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die Preise für Importprodukte setzten im März ihren Abwärtstrend fort. Sie sanken von März 2013 bis März 2014 um 3,3%. Verantwortlich für den Rückgang waren in erster Linie Preissenkungen bei eingeführten Rohstoffen, Halbwaren und Fertigwaren. Auch im Vergleich zum Vormonat verringerten sich die Einfuhrpreise im März. Sie ermäßigten sich merklich um 0,6% und gingen damit den dritten Monat in Folge zurück.

Die Ausführpreise reduzierten sich im März binnen Jahresfrist um 1,0%. Damit ist die Jahresrate bereits seit einem Jahr rückläufig. Stärkere Preisnachlässe gab es vor allem im Energiebereich (-9,0%) sowie bei Rohstoffen und Halbwaren (-7,6%). Im Vergleich zum Vormonat verbilligten die deutschen Exporteure die Preise um 0,2%.

Insgesamt führte die Entwicklung der Außenhandelspreise zu einer leichten Verbesserung der Terms of Trade aus deutscher Sicht. Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis lag im März aufgrund des stärkeren Rückgangs der Einfuhrpreise um 2,3% über Vorjahresniveau.

Die Erzeugerpreise unterschritten im März weiterhin ihr Vorjahresniveau. Sie verringerten sich infolge der gedämpften Entwicklung der Weltwirtschaft insgesamt um 0,9%. Insbesondere die rückläufigen Preise im Energiebereich (-2,6%) und die Preisreduzierungen bei Vorleistungsgütern (-1,9%) sorgten für einen geringeren Kostendruck bei den

Unternehmen. Investitions- und Konsumgüter verteuerten sich dagegen moderat. Im Vormonatsvergleich gingen die Preise für Industrieprodukte im März um 0,3% zurück. Die Erzeugerpreise ohne Energie blieben von Februar auf März unverändert.

### Verbraucherpreisindex

Veränderung in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	März	April	März	April
Insgesamt	0,3	-0,2	1,0	1,3
Nahrungsmittel	-0,4	-0,3	2,2	1,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,4	-2,6	1,6	4,3
Pauschalreisen	1,4	-10,3	-2,2	10,4
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,3	0,0	2,1	1,9
Energie	-0,3	0,7	-1,6	-1,3
Haushaltsenergie	-0,4	0,2	-0,8	-0,2
Strom	0,0	0,3	1,9	1,8
Gas	-0,2	0,0	0,3	0,3
Heizöl	-1,9	0,8	-7,5	-3,7
Kraftstoffe	-0,2	1,6	-3,1	-3,4
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,3	-	-

Quellen: StBA, BBK

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im April erstmals in diesem Jahr. Die Jahresrate stieg binnen Jahresfrist um 0,3 Prozentpunkte auf 1,3%. In der Hauptsache war dafür ein Sondereffekt verantwortlich, da in diesem Jahr die Osterfeiertage im April lagen, während sie im Jahr 2013 teilweise in den März gefallen waren. Insgesamt bleibt die Preisentwicklung trotz des aktuellen Anstiegs sehr gemäßigt und bewegt sich weiterhin deutlich unter der Schwelle von zwei Prozent. Die niedrige Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere auf die gesunkenen Energiepreise zurückzuführen. Der Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln war im April mit +1,8% gegenüber dem Vorjahr weiterhin leicht überdurchschnittlich. Der Preisdruck hat aber im letzten Halbjahr spürbar abgenommen. Im Vergleich zum Vormonat gingen die Preise auf der Konsumentenstufe um 0,2% zurück. Insbesondere Nahrungsmittel sowie Pauschalreisen wurden von März auf April billiger. Preiserhöhungen mussten die Verbraucher allerdings aufgrund des jüngsten Rohölpreisanstiegs bei Kraftstoffen und Heizöl hinnehmen.

## 7. Monetäre Entwicklung<sup>5</sup>

Die Geldpolitik in den großen Industriestaaten bleibt expansiv.

Die Anleiherenditen im Euroraum sind überwiegend weiter rückläufig.

Die Europäische Zentralbank beließ den maßgeblichen Hauptrefinanzierungssatz bei 0,25%. Präsident Draghi betonte erneut, den expansiven geldpolitischen Kurs beizubehalten, auch unter Einsatz unkonventioneller Instrumente. Im April sind die europäischen Verbraucherpreise um 0,7% gestiegen (März: +0,5%). Für das laufende Jahr rechnet die EZB mit einer Inflationsrate von 0,9%, die in den kommenden zwei Jahren auf 1,3% (2015) bzw. 1,5% (2016) anziehen wird. Vor dem Hintergrund einer allmählichen konjunkturellen Erholung im Euroraum bleibt eine Deflation weiter unwahrscheinlich.

Die US-Zentralbank beließ ihren Leitzins auch im April bei 0,0 bis 0,25%. Die monatlichen Anleihekäufe wurden jedoch weiter auf 45 Mrd. US-Dollar gedrosselt. Auch die Zentralbanken Japans und Großbritanniens behalten ihre Niedrigzinspolitik bei.

### Geldmarktsätze in der Eurozone (in %)

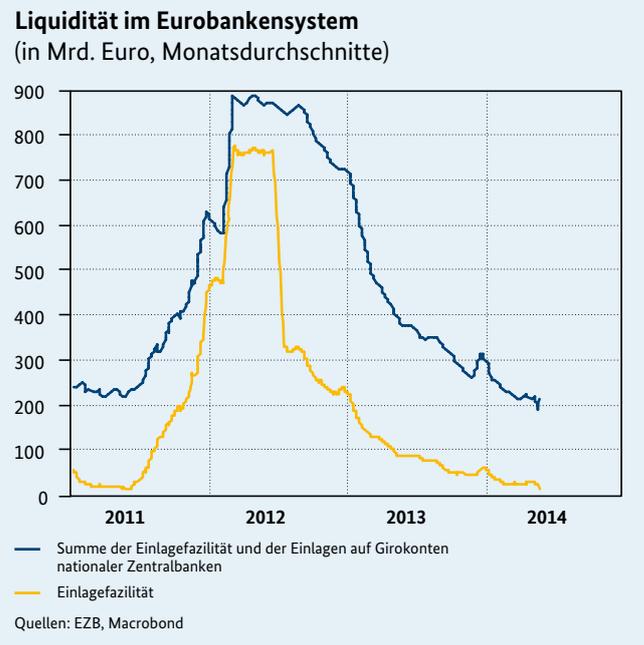


Quelle: Macrobond

Im Gegensatz zu den Industriestaaten haben viele Schwellenländer ihre Zentralbankzinsen erhöht. Im laufenden Jahr hat neben Brasilien und Indien vor allem die Türkei den Leitzins deutlich auf 10% angehoben. Im April hat Russland zum zweiten Mal in diesem Jahr die Leitzinsen angepasst, zuletzt auf 7,5%. Der Rubel, der seit Mitte letzten Jahres kräftig an Wert verloren hat, konnte dadurch vorerst stabilisiert werden.

Die wichtigsten Aktienmärkte haben sich im aktuellen Berichtsmonat insgesamt positiv entwickelt. Der europäische Stoxx 50 konnte deutlich um 4,8% zulegen, der japanische Nikkei stieg sogar um 5,7%. Der US-Index S&P 500 lag mit +2,7% ebenfalls im Plus. Der deutsche Aktienindex DAX ist seit Mitte April kräftig um 6,3% gestiegen und hatte zuletzt (14. Mai) die Marke von 9.750 Punkten übersprungen. Die implizite Aktienkursvolatilität sowohl im Euroraum als auch in den USA ist im April im Schnitt etwas zurückgegangen.

Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar etwas an Wert verloren und notierte zuletzt bei 1,37 US-Dollar. Dennoch hat der Euro seit Sommer 2012 über 10% gegenüber der US-Währung aufgewertet.

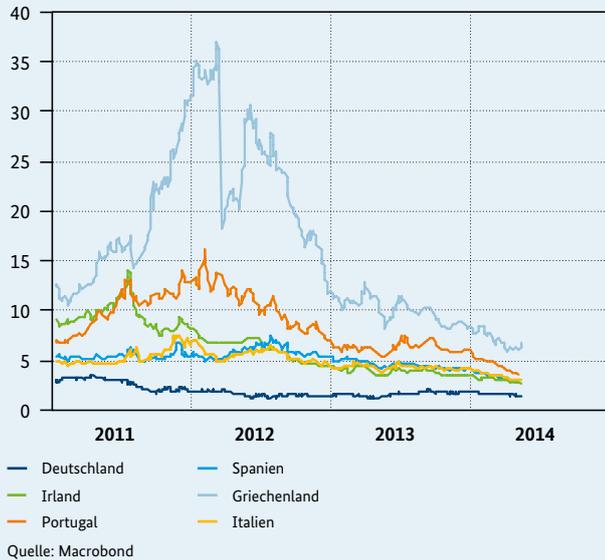


Der europäische Interbankenmarkt hat sich im Berichtsmonat nicht merklich weiter entspannt. Der Risikoaufschlag für unbesicherte Kredite zwischen Geschäftsbanken ist seit März um etwa einen Basispunkt auf zuletzt 17 Basispunkte gestiegen. Allerdings hat das durchschnittliche Volumen unbesicherter Interbankenkredite im März (26,8 Mrd. Euro) und April (31,6 Mrd. Euro) deutlich zugenommen. Im Vorjahr lag das Volumen noch bei durchschnittlich 20,8 Mrd. Euro. Spiegelbildlich sank die Überschussliquidität der Banken im April auf durchschnittlich 113 Mrd. Euro. Vor zwei Jahren hatte die überschüssige Liquidität noch das Siebenfache betragen, etwa 770 Mrd. Euro.

Die Renditen auf zehnjährige Staatsanleihen sind im Euroraum in den meisten Ländern weiter gesunken. Dies gilt unter anderem für Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien und Frankreich. Die Rendite deutscher Staatsanleihen ist im Berichtsmonat deutlich auf zuletzt 1,37% gefallen. Auch die Verzinsung von US-Staatsanleihen hat sich bis Mitte Mai auf 2,51% verringert.

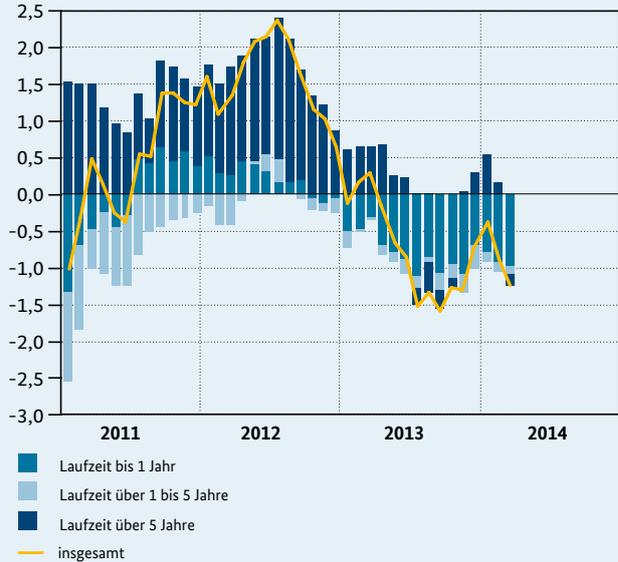
### Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



### Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Der Umfang der an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag zuletzt (Stand: März) 1,2 % unter dem Wert des Vorjahres. Die kurzfristigen Kredite bis zu einem Jahr unterschritten ihren Vorjahreswert deutlich um 5,6%. Auch längerfristige Kredite mit Laufzeiten von über 5 Jahren lagen erstmals seit 5 Monaten wieder unter dem Wert des Vorjahres (-0,2%). Die Kreditvergabe an private Haushalte blieb im März stabil (+1,1% zum Vorjahr).

Die Finanzierungsbedingungen deutscher Unternehmen bleiben laut der vom ifo Institut ermittelten Kredithürde weiterhin sehr gut. Im April wurde die Kreditvergabe von nur 16% der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe als restriktiv bezeichnet. Dies ist der niedrigste Wert seit dem Beginn der Erhebung. Im Vorjahr hatte der Wert im Durchschnitt noch bei 18,6% gelegen.

Das Wachstum der Geldmenge im Euroraum bleibt weiterhin schwach. Im März lag die Geldmenge M3 um lediglich 1,1% über dem Wert des Vorjahres. Zwischen 2000 und 2007 hatte die jährliche Zuwachsrates durchschnittlich 7,7% betragen.

# III.

## Übersichten und Grafiken

# 1. Gesamtwirtschaft

## 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung<sup>1</sup>

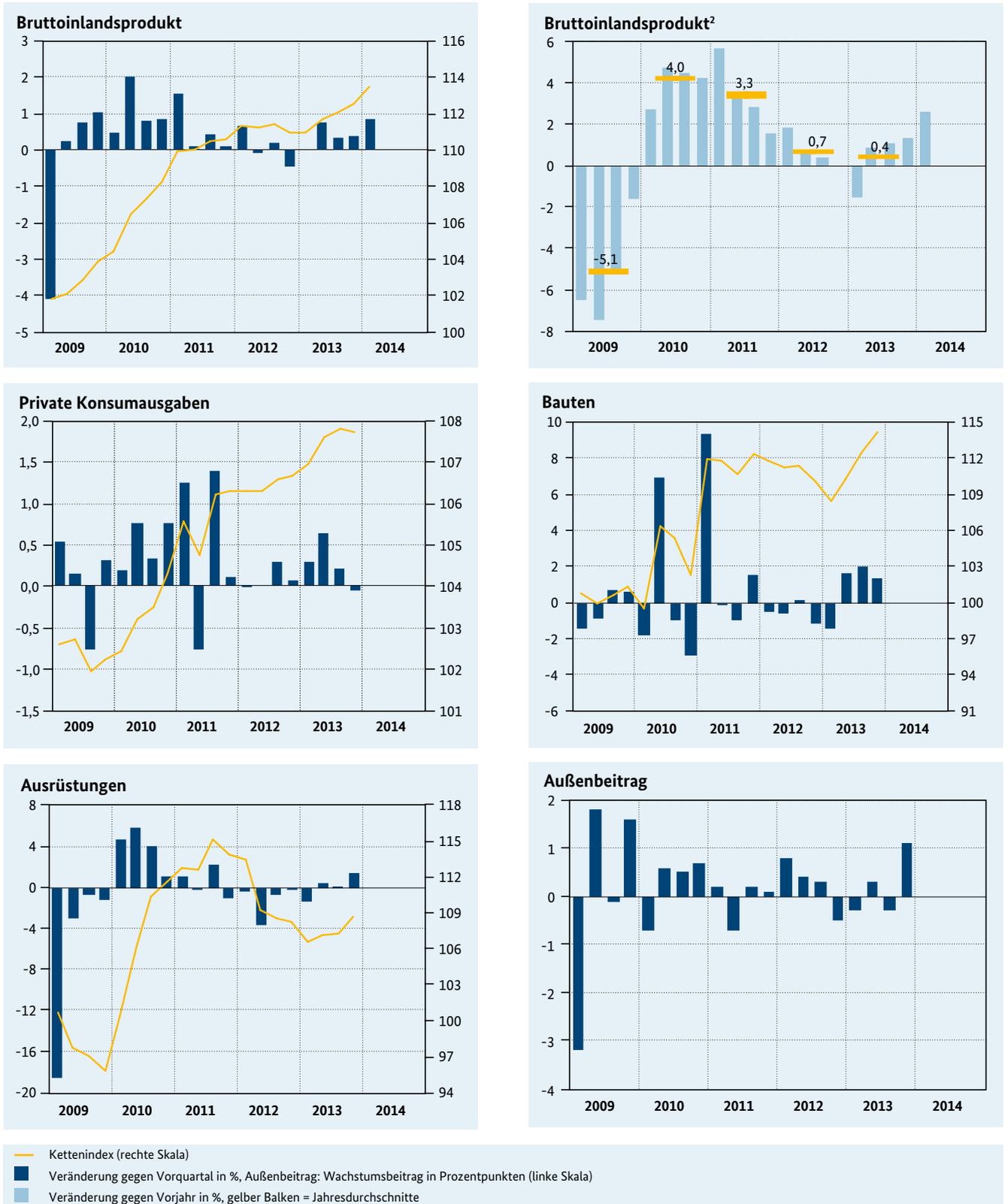
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>2</sup>							
	2012			2013				2014
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8
Inländische Verwendung	- 0,5	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	- 0,7	-
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1	-
Konsumausgaben des Staates	- 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	+ 1,2	0,0	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 1,7	- 0,1	- 0,7	- 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	-
Ausrüstungen	- 3,7	- 0,6	- 0,3	- 1,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,4	-
Bauten	- 0,6	+ 0,2	- 1,1	- 1,5	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,4	-
Sonstige Anlagen	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,1	- 0,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	-
Exporte	+ 1,4	+ 0,5	- 1,6	- 1,0	+ 2,4	+ 0,2	+ 2,6	-
Importe	+ 0,7	+ 0,1	- 0,9	- 0,5	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,6	-
<b>Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten<sup>4</sup></b>								
Inländische Verwendung	- 0,5	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	- 0,7	-
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	0,0	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	-
Konsumausgaben des Staates	- 0,1	+ 0,1	0,0	0,0	- 0,1	+ 0,2	0,0	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,3	0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-
Ausrüstungen	- 0,3	0,0	0,0	- 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	-
Bauten	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung <sup>5</sup>	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	0,0	- 0,8	-
Außenbeitrag	+ 0,4	+ 0,3	- 0,5	- 0,3	+ 0,3	- 0,3	+ 1,1	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>							
	2011	2012	2013	2013				2014
				1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,4	- 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,5
Inländische Verwendung	+ 2,8	- 0,3	+ 0,5	- 1,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,4	-
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,9	- 0,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,0	-
Konsumausgaben des Staates	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,0	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,9	- 2,1	- 0,7	- 7,2	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,9	-
Ausrüstungen	+ 5,8	- 4,0	- 2,4	- 8,9	- 1,1	- 0,2	0,0	-
Bauten	+ 7,8	- 1,4	+ 0,1	- 7,0	+ 0,6	+ 2,4	+ 3,3	-
Sonstige Anlagen	+ 5,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	-
Exporte	+ 8,0	+ 3,2	+ 0,8	- 2,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 4,1	-
Importe	+ 7,4	+ 1,4	+ 0,9	- 2,2	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,7	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten<sup>1</sup>



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>1</sup>							
	2012				2013			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>2</sup></b>								
Bruttowertschöpfung <sup>3</sup>	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,7
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,9	- 0,3	+ 0,3	- 2,0	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,1
Baugewerbe	- 0,1	- 1,8	- 0,8	- 2,4	+ 1,6	- 0,5	+ 1,4	+ 2,5
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,6	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	+ 0,2	+ 1,8	- 0,4	+ 0,9
Finanzierung und Versicherungsdienstleister	- 0,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,4	- 5,4	- 4,2	+ 1,2	- 0,4
Unternehmensdienstleister	+ 1,5	- 0,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	0,0	- 0,5	+ 0,4	0,0	+ 0,6

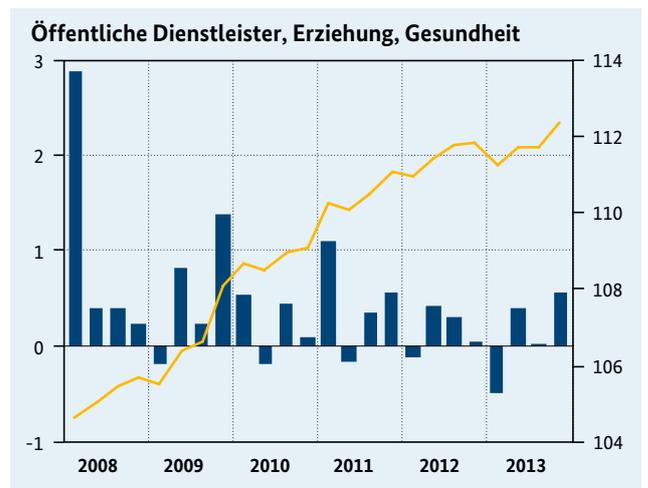
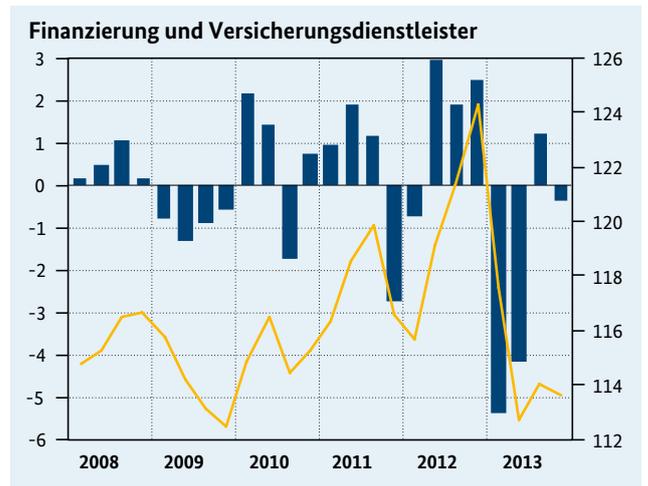
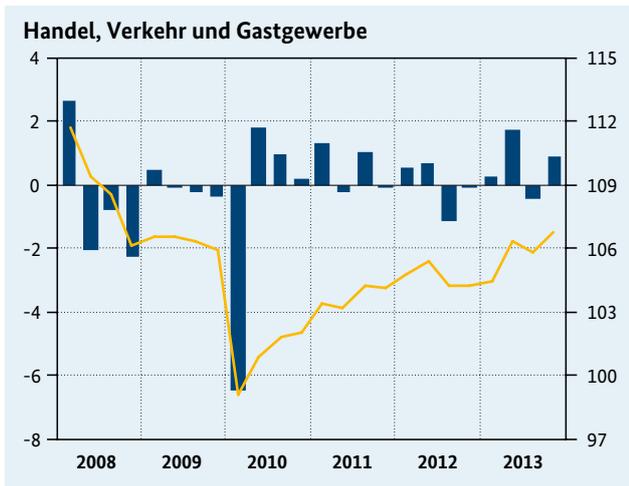
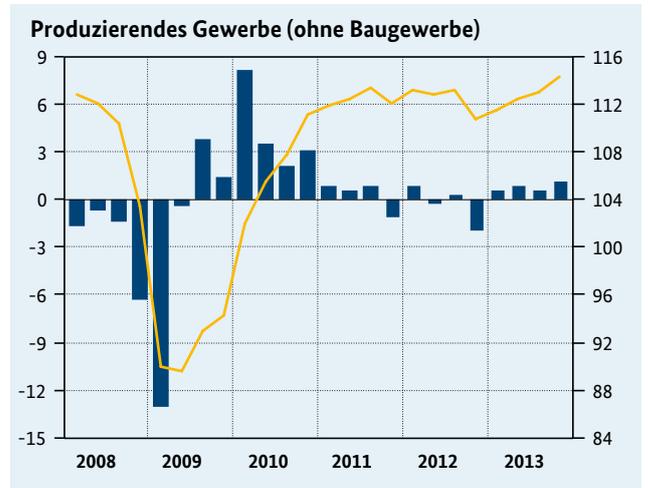
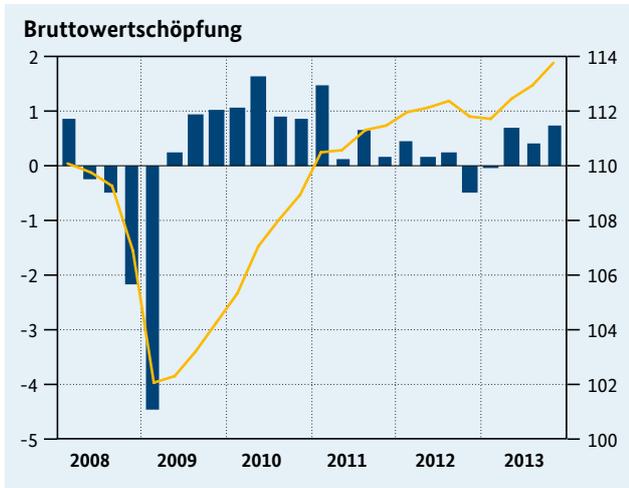
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>							
				2012	2013			
	2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Preisentwicklung</b>								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1
Inländische Verwendung	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,5
Private Konsumausgaben	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5
<b>Kennzahlen</b>								
Erwerbstätige <sup>3</sup>	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Arbeitsvolumen <sup>4</sup>	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	- 2,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,6
Arbeitsproduktivität <sup>5</sup>	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	- 0,8	- 2,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7
Lohnkosten je Arbeitnehmer <sup>6</sup>	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,8
Lohnstückkosten <sup>7</sup>	+ 1,0	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,6	+ 4,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,1
verfügbares Einkommen <sup>8</sup>	+ 3,8	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,6	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,5
Terms of Trade	- 2,3	- 0,4	+ 1,4	- 0,1	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,7

Prognose Bruttoinlandsprodukt <sup>9</sup>		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2014	2015
EU	Europäische Kommission	05/2014	+ 1,8	+ 2,0
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2014	+ 1,8	+ 2,0
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2014	+ 1,9	+ 2,0
IWF	Internationaler Währungsfonds	04/2014	+ 1,7	+ 1,6
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2014	+ 1,8	+ 2,1
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	03/2014	+ 1,7	+ 2,1
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2014	+ 1,9	+ 2,5
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	03/2014	+ 2,0	+ 2,0
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2014	+ 1,9	+ 2,1
ifo	ifo-Institut für Wirtschaftsforschung	12/2013	+ 1,9	-
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development <sup>10</sup>	11/2013	+ 1,7	+ 2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigter Werte in Ursprungswerte.

### 1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

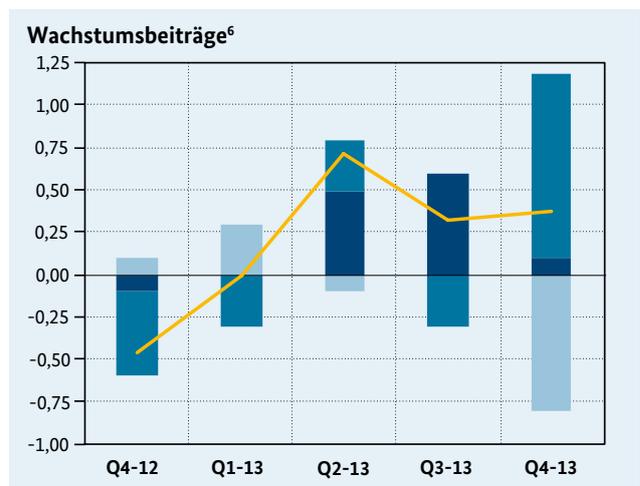
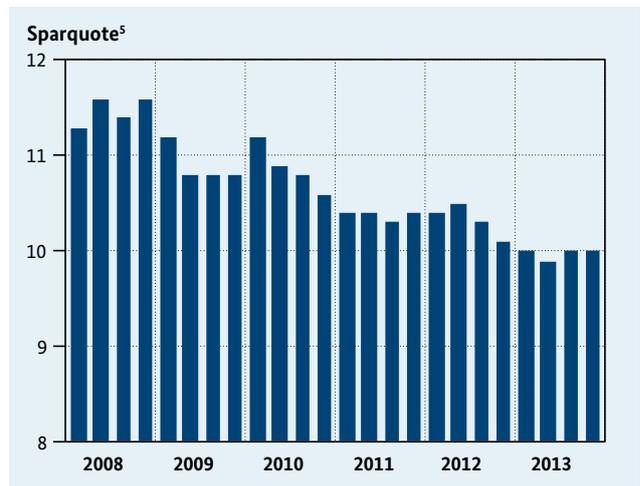
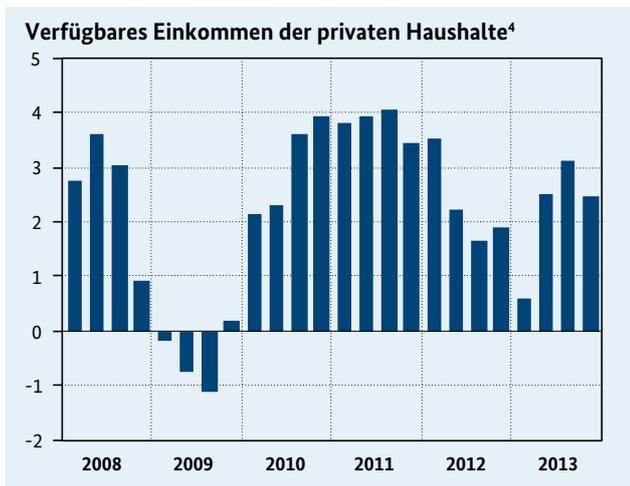
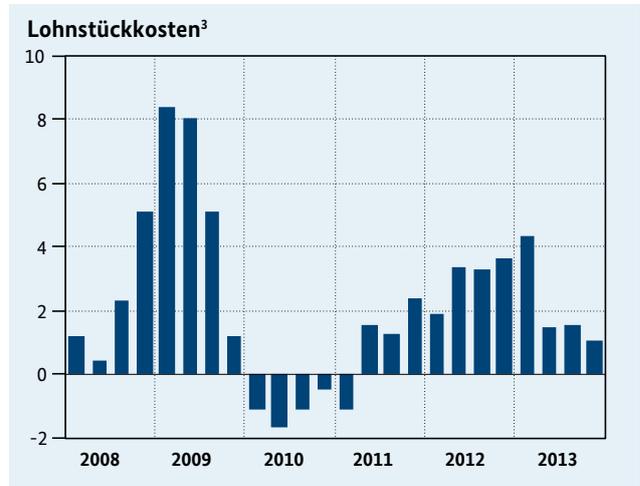


— Kettenindex (rechte Skala)  
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

### 1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen<sup>1</sup>



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen    ■ Außenbeitrag  
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)  
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 1.6 Internationaler Vergleich

					2011			2012				2013				2014
	2010	2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
	<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup></b>															
Deutschland	+ 1,1	- 5,1	+ 4,0	+ 3,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	+ 0,4	- 4,4	+ 2,0	+ 1,6	0,0	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 0,4	- 4,5	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	0,0	- 0,2	0,0	- 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Japan	- 1,0	- 5,5	+ 4,7	- 0,5	- 0,6	+ 2,6	+ 0,2	+ 0,9	- 0,4	- 0,8	0,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,4
USA	- 0,3	- 2,8	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,7	0,0
	<b>Leistungsbilanzsaldo in % des BIP<sup>4</sup></b>															
Deutschland	+ 6,2	+ 6,8	+ 7,5	+ 7,6	+ 6,4	+ 6,9	+ 6,7	+ 7,5	+ 7,3	+ 8,1	+ 7,2	+ 7,3	+ 7,8	+ 7,3	+ 7,9	+ 7,1
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	0,0	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,8	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	- 0,5	- 0,3	+ 0,6	+ 1,2	- 0,6	- 0,4	+ 0,3	0,0	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,2	-
Japan	+ 4,0	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,5	0,0	- 1,2
USA	- 3,0	- 2,9	- 2,7	- 2,2	- 3,1	- 2,7	- 2,9	- 3,0	- 2,7	- 2,6	- 2,5	- 2,5	- 2,3	- 2,3	- 1,9	-
	<b>Jahresdurchschnitt</b>			<b>2013</b>								<b>2014</b>				
	2011	2012	2013	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
	<b>Arbeitslosenquoten in %<sup>5</sup></b>															
Deutschland	6,0	5,5	5,3	5,4	5,4	5,4	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,1	-
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	10,1	11,3	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0	11,9	11,9	11,8	11,8	11,8	11,8	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	9,6	10,5	10,8	10,9	10,9	10,9	10,9	10,8	10,8	10,7	10,7	10,6	10,6	10,5	10,5	-
Japan	4,6	4,3	4,0	4,1	3,9	3,9	4,1	4,0	4,0	3,9	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	-
USA	8,9	8,1	7,4	7,5	7,5	7,5	7,3	7,2	7,2	7,2	7,0	6,7	6,6	6,7	6,7	6,3
	<b>Verbraucherpreise<sup>6</sup></b>															
Deutschland	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
Eurozone (EZ 18) <sup>2</sup>	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8
Japan	- 0,3	0,0	+ 0,4	- 0,7	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	-
USA	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungswerten berechnet, Quartalsangaben auf Basis saisonbereinigter Werte berechnet;
- 2 Zur Eurozone gehören folgende 18 Mitgliedstaaten (Stand seit dem 1. Januar 2014): Belgien, Deutschland, Estland (seit 2011), Finnland, Frankreich, Griechenland (seit 2001), Irland, Italien, Lettland (seit 2014), Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2008), Österreich, Portugal, Slowakei (seit 2009), Slowenien (seit 2007), Spanien, Zypern (seit 2008). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;
- 3 Der Europäischen Union gehören folgende 28 Mitgliedstaaten an (Stand seit dem 1. Juli 2013): Belgien, Bulgarien (seit 2007), Dänemark, Deutschland, Estland (seit 2004), Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien (seit 2013), Lettland (seit 2004), Litauen (seit 2004), Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2004), Österreich, Polen (seit 2004), Portugal, Rumänien (seit 2007), Schweden, Slowenien (seit 2004), die Slowakei (seit 2004), Spanien, Tschechische Republik (seit 2004), Ungarn (seit 2004), das Vereinigte Königreich, Zypern (seit 2004). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben (außer EU-28-Ursprungszahlen);
- 5 Abgrenzung nach IAO, Berechnung auf Basis saisonbereinigter Größen, für Deutschland, EZ 18 und EU 28 harmonisierte Daten;
- 6 Veränderung in % gegen Vorjahreszeitraum.

## 1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

	2013						2014					
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
<b>USA</b>												
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe <sup>1</sup>	52,5	54,9	56,3	56,0	56,6	57,0	56,5	51,3	53,2	53,7	54,9	-
Industrieproduktion <sup>2</sup>	+ 2,6	+ 1,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,7	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,6	2,7	2,8	2,6	2,7	2,9	2,9	2,7	2,7	2,7	-
Konsumentenvertrauen <sup>3</sup>	82,1	81,0	81,8	80,2	72,4	72,0	77,5	79,4	78,3	83,9	82,3	-
<b>Japan</b>												
All-Industry-Activity-Index <sup>4</sup>	97,1	97,4	97,6	97,9	97,8	98,0	98,0	99,7	98,6	-	-	-
Industrieproduktion <sup>5</sup>	- 4,7	+ 1,9	- 0,6	+ 5,3	+ 5,4	+ 4,8	+ 7,2	+10,6	+ 7,0	+ 7,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Konsumentenvertrauen <sup>6</sup>	44,3	43,5	43,1	45,4	41,4	42,4	41,3	40,3	38,5	37,5	37,0	-
<b>Eurozone</b>												
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>7</sup>	-11,2	-10,6	- 7,8	- 6,6	- 5,0	- 3,9	- 3,4	- 3,8	- 3,5	- 3,3	- 3,6	-
Industrieproduktion <sup>8</sup>	- 0,1	- 1,9	- 1,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 2,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	3,1	3,1	3,2	3,0	2,9	3,0	2,8	2,7	2,5	2,4	-
Konsumentenvertrauen <sup>9</sup>	-18,7	-17,3	-15,5	-14,8	-14,4	-15,3	-13,5	-11,7	-12,7	- 9,3	- 8,6	-

1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 FED, Index 2007 = 100, preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

3 University of Michigan;

4 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index 2005 = 100, saisonbereinigt;

5 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index 2010 = 100, preisbereinigt, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

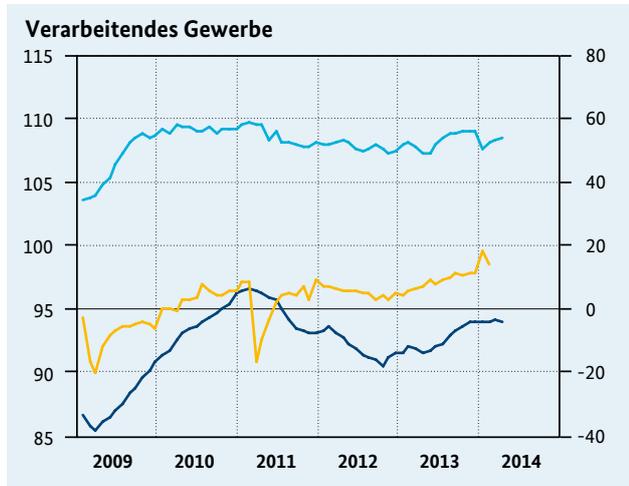
6 Ministry of Economy, Trade and Industry, ohne Einpersonenhaushalte, Index, saisonbereinigt;

7 EU-Kommission, Salden, saisonbereinigt;

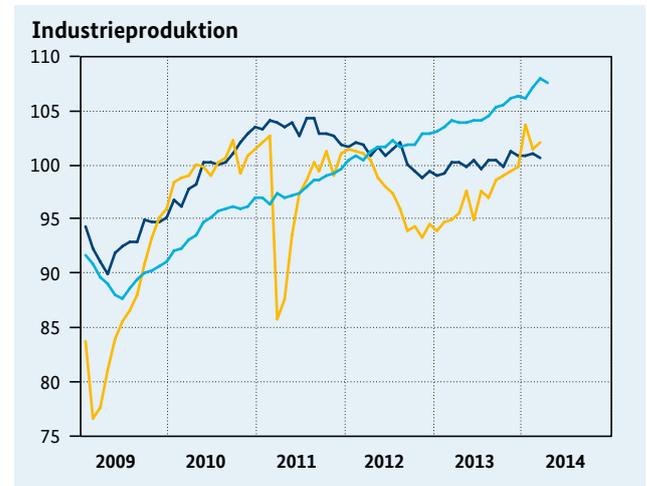
8 Eurostat, Index 2010 = 100, preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

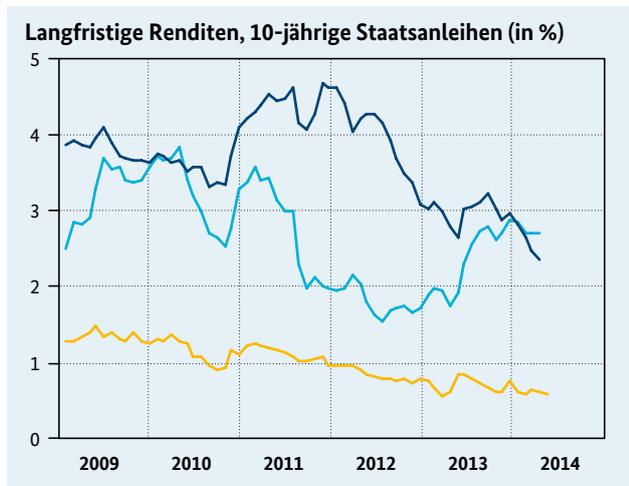
## 1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



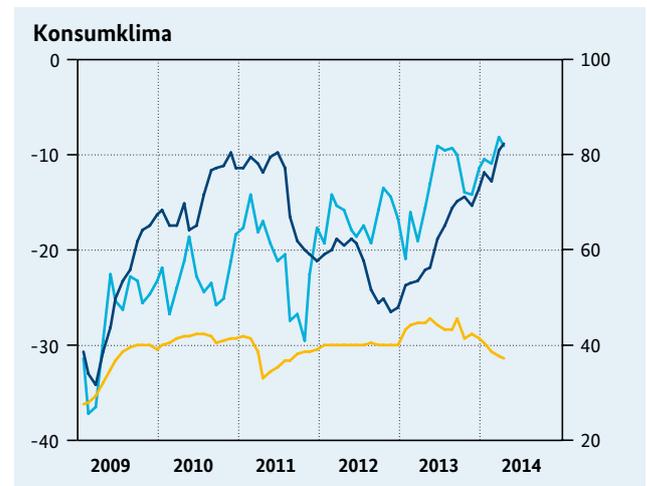
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)<sup>1</sup>  
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)<sup>2</sup>  
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)<sup>3</sup>



— Eurozone<sup>6</sup>  
 — USA<sup>4</sup>  
 — Japan<sup>5</sup>



— Eurozone  
 — USA  
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)<sup>9</sup>  
 — USA (rechte Skala)<sup>7</sup>  
 — Japan (rechte Skala)<sup>8</sup>  
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;  
 2 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index 2005 = 100, saisonbereinigt;  
 3 EU-Kommission, Salden, saisonbereinigt;  
 4 FED, Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;  
 5 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;  
 6 Eurostat, Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;  
 7 University of Michigan;  
 8 Ministry of Economy, Trade and Industry, ohne Einpersonenhaushalte, Index, saisonbereinigt;  
 9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

## 2. Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

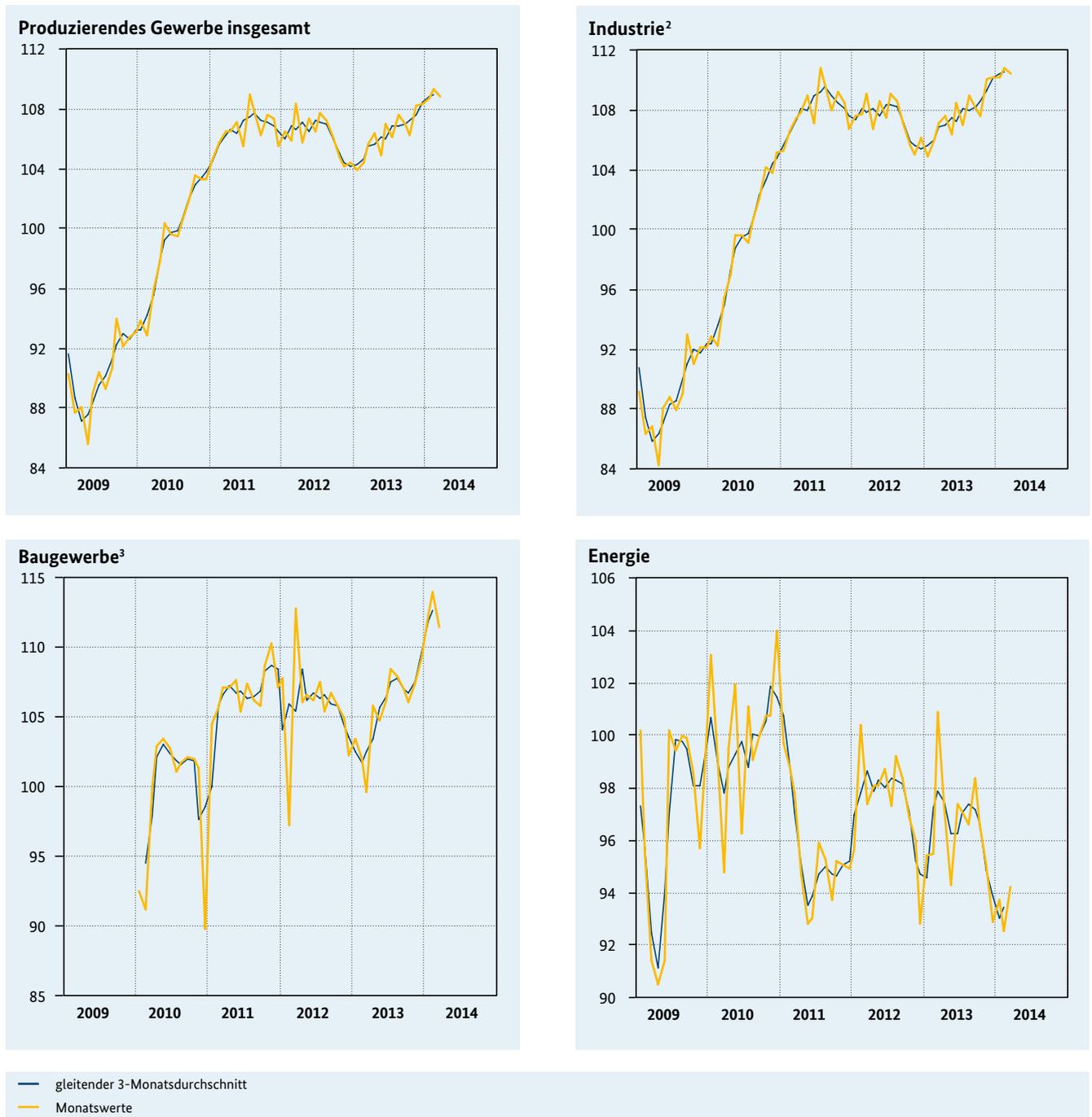
Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014			2013			2014			
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
<b>Produktion<sup>1</sup></b>														
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	Index	106,7	106,3	106,4	106,2	107,0	107,7	109,0	106,3	108,3	108,4	108,8	109,4	108,9
	gg. Vp. in %	7,3	-0,4	0,1	1,4	0,8	0,7	1,2	-0,7	1,9	0,1	0,4	0,6	-0,5
	gg. Vj. in %	7,3	-0,5	0,2	-0,3	-0,1	3,0	4,2	1,3	3,9	3,8	5,0	4,7	3,0
<b>Industrie<sup>2</sup></b>	Index	108,1	107,5	107,8	107,5	108,1	109,3	110,6	107,6	110,1	110,3	110,3	110,9	110,5
	gg. Vp. in %	8,9	-0,6	0,3	1,3	0,6	1,1	1,2	-0,6	2,3	0,2	0,0	0,5	-0,4
	gg. Vj. in %	8,8	-0,6	0,3	-0,1	-0,1	3,3	4,1	1,6	4,7	3,8	5,0	4,5	3,0
Vorleistungsgüter	Index	106,9	104,6	104,4	104,1	104,3	106,2	107,5	105,4	106,1	107,0	107,0	108,2	107,2
	gg. Vp. in %	7,4	-2,2	-0,2	0,9	0,2	1,8	1,2	0,8	0,7	0,8	0,0	1,1	-0,9
	gg. Vj. in %	7,5	-2,2	-0,2	-1,4	-0,5	3,5	4,0	2,2	3,8	4,5	3,9	5,4	3,0
Investitionsgüter	Index	111,8	113,4	113,9	113,9	114,9	115,5	116,9	112,8	117,3	116,5	116,9	117,0	116,8
	gg. Vp. in %	12,8	1,4	0,4	2,2	0,9	0,5	1,2	-1,8	4,0	-0,7	0,3	0,1	-0,2
	gg. Vj. in %	12,7	1,3	0,6	0,6	0,1	4,0	4,7	1,9	6,0	4,0	7,2	4,2	3,3
Konsumgüter	Index	101,8	99,9	100,6	100,1	100,5	101,7	102,4	100,5	101,8	102,9	102,2	102,3	102,8
	gg. Vp. in %	2,3	-1,9	0,7	0,3	0,4	1,2	0,7	0,0	1,3	1,1	-0,7	0,1	0,5
	gg. Vj. in %	2,3	-1,9	0,7	0,8	0,1	1,8	2,7	-0,1	3,7	2,0	2,1	3,2	2,7
<b>Baugewerbe</b>	Index	107,0	105,8	105,7	105,7	107,8	107,6	112,7	106,1	107,4	109,3	112,3	114,1	111,6
	gg. Vp. in %	7,8	-1,1	-0,1	3,9	2,0	-0,2	4,7	-0,8	1,2	1,8	2,7	1,6	-2,2
	gg. Vj. in %	7,9	-1,1	-0,2	-0,5	1,0	2,6	14,3	0,3	1,8	5,8	14,0	16,5	12,9
Bauhauptgewerbe <sup>3</sup>	Index	112,7	111,3	113,9	115,8	117,8	118,0	123,5	115,6	118,5	119,9	122,5	124,7	123,4
	gg. Vp. in %	13,5	-1,2	2,3	11,3	1,7	0,2	4,7	-1,7	2,5	1,2	2,2	1,8	-1,0
	gg. Vj. in %	13,5	-1,2	2,2	3,4	4,1	5,9	25,2	2,2	3,5	15,5	27,5	27,6	21,7
Ausbaugewerbe	Index	101,8	100,8	98,2	96,5	98,7	98,1	102,8	97,4	97,3	99,6	103,0	104,4	100,9
	gg. Vp. in %	2,6	-1,0	-2,6	-3,1	2,3	-0,6	4,8	0,1	-0,1	2,4	3,4	1,4	-3,4
	gg. Vj. in %	2,5	-0,9	-2,6	-4,9	-2,3	-0,2	4,6	-1,9	0,3	0,7	2,0	6,8	4,4
<b>Energie<sup>4</sup></b>	Index	95,6	97,4	96,5	96,3	97,4	94,9	93,5	96,6	95,1	92,9	93,7	92,5	94,2
	gg. Vp. in %	-4,5	1,9	-0,9	-1,0	1,1	-2,6	-1,5	-1,8	-1,6	-2,3	0,9	-1,3	1,8
	gg. Vj. in %	-4,5	1,8	-0,9	-2,1	-0,8	-0,4	-3,9	-0,3	-0,9	-0,1	-1,9	-3,1	-6,6
<b>Umsätze in der Industrie<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	106,5	105,8	105,7	105,5	105,7	107,5	109,1	106,1	108,4	108,0	110,2	109,0	108,1
	gg. Vp. in %	7,3	-0,7	-0,1	1,2	0,2	1,7	1,5	-0,2	2,2	-0,4	2,0	-1,1	-0,8
	gg. Vj. in %	7,1	-0,7	0,0	-0,8	-0,6	3,7	4,5	1,9	5,2	3,8	6,6	4,9	2,5
Inland	Index	106,5	104,8	103,2	102,6	103,7	104,1	105,8	103,1	104,9	104,3	106,5	105,7	105,3
	gg. Vp. in %	7,3	-1,6	-1,5	0,2	1,1	0,4	1,6	-0,9	1,7	-0,6	2,1	-0,8	-0,4
	gg. Vj. in %	7,1	-1,7	-1,4	-2,7	-1,2	1,9	3,2	0,4	2,8	2,5	4,2	3,7	2,2
darunter: Investitionsgüter	Index	108,7	109,5	107,6	106,5	108,0	109,0	111,1	106,5	111,0	109,5	111,9	110,4	111,0
	gg. Vp. in %	9,8	0,7	-1,7	-0,2	1,4	0,9	1,9	-2,7	4,2	-1,4	2,2	-1,3	0,5
	gg. Vj. in %	9,7	0,6	-1,6	-2,9	-2,0	2,8	3,9	0,6	5,5	2,4	6,5	4,3	1,7
Ausland	Index	106,6	107,0	108,4	108,6	107,9	111,2	112,6	109,4	112,2	112,0	114,1	112,5	111,1
	gg. Vp. in %	7,4	0,4	1,3	2,4	-0,6	3,1	1,3	0,6	2,6	-0,2	1,9	-1,4	-1,2
	gg. Vj. in %	7,1	0,5	1,4	1,1	0,2	5,3	5,8	3,3	7,7	5,0	9,1	6,0	2,9
darunter: Eurozone	Index	104,5	98,9	97,1	96,2	96,6	99,5	99,7	97,0	99,9	101,6	99,1	100,0	100,1
	gg. Vp. in %	5,1	-5,4	-1,8	0,1	0,4	3,0	0,2	-0,1	3,0	1,7	-2,5	0,9	0,1
	gg. Vj. in %	5,0	-5,5	-1,7	-3,6	-2,2	3,7	3,8	0,8	4,2	6,6	3,4	4,5	3,5
		2011	2012			2013			2014					
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung<sup>5</sup></b>		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	85,8	86,0	84,8	84,5	84,4	83,1	81,5	82,5	82,1	83,2	83,2	83,4	84,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

## 2.2 Entwicklung der Produktion<sup>1</sup>



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

## 2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014				2013			2014		
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	107,3	103,2	106,0	104,9	106,5	108,9	108,9	108,3	109,1	109,2	109,3	110,3	107,2
	gg. Vp. in %	7,7	-3,8	2,7	1,1	1,5	2,3	0,0	-0,3	0,7	0,1	0,1	0,9	-2,8
	gg. Vj. in %	7,7	-3,7	2,8	1,4	4,5	5,8	4,9	3,7	7,3	6,4	7,0	6,5	1,5
Inland	Index	106,9	100,8	101,8	100,1	102,8	102,9	104,9	102,0	104,5	102,2	104,2	105,5	104,9
	gg. Vp. in %	7,4	-5,7	1,0	-1,3	2,7	0,1	1,9	-0,9	2,5	-2,2	2,0	1,2	-0,6
	gg. Vj. in %	7,3	-5,6	1,0	-1,7	3,5	4,0	3,6	3,2	5,9	2,7	4,2	4,3	2,1
Ausland	Index	107,6	105,1	109,4	108,8	109,5	113,7	112,2	113,4	112,9	114,9	113,4	114,2	109,0
	gg. Vp. in %	7,9	-2,3	4,1	2,8	0,6	3,8	-1,3	0,1	-0,4	1,8	-1,3	0,7	-4,6
	gg. Vj. in %	8,0	-2,3	4,2	3,8	5,2	7,1	5,9	4,1	8,5	8,9	9,2	8,2	0,9
Eurozone	Index	106,6	95,6	98,9	97,6	97,9	104,2	99,4	102,3	101,8	108,6	98,4	104,8	94,9
	gg. Vp. in %	6,9	-10,3	3,5	1,9	0,3	6,4	-4,6	-0,8	-0,5	6,7	-9,4	6,5	-9,4
	gg. Vj. in %	7,1	-10,4	3,8	1,5	4,0	10,3	3,8	8,2	8,9	14,0	4,4	11,5	-3,9
Nicht-Eurozone	Index	108,3	111,7	116,8	116,5	117,5	120,4	121,2	121,1	120,7	119,3	123,9	120,8	118,8
	gg. Vp. in %	8,7	3,1	4,6	3,3	0,9	2,5	0,7	0,5	-0,3	-1,2	3,9	-2,5	-1,7
	gg. Vj. in %	8,7	3,2	4,6	5,2	6,0	5,3	7,1	1,6	8,4	5,9	12,3	6,1	3,8
<b>Vorleistungsgüter</b>	Index	104,6	99,7	100,1	98,7	99,8	102,7	103,1	104,3	102,4	101,3	102,4	104,1	102,8
	gg. Vp. in %	4,9	-4,7	0,4	-0,4	1,1	2,9	0,4	4,0	-1,8	-1,1	1,1	1,7	-1,2
	gg. Vj. in %	5,1	-4,7	0,3	-1,4	1,2	4,2	4,0	5,4	4,1	2,8	4,8	6,4	1,3
Inland	Index	104,8	99,0	99,4	97,6	99,6	101,0	102,0	100,3	101,1	101,7	101,9	103,1	101,0
	gg. Vp. in %	5,2	-5,5	0,4	-1,6	2,0	1,4	1,0	0,3	0,8	0,6	0,2	1,2	-2,0
	gg. Vj. in %	5,3	-5,5	0,3	-2,1	1,5	3,7	2,9	3,4	3,3	4,7	3,8	5,4	-0,3
Ausland	Index	104,4	100,6	100,9	100,0	100,1	104,6	104,4	109,0	103,9	100,8	102,9	105,3	104,9
	gg. Vp. in %	4,7	-3,6	0,3	1,0	0,1	4,5	-0,2	8,2	-4,7	-3,0	2,1	2,3	-0,4
	gg. Vj. in %	4,8	-3,6	0,3	-0,6	0,7	4,7	5,4	7,6	5,3	0,7	6,1	7,4	3,1
<b>Investitionsgüter</b>	Index	109,7	105,8	110,5	109,4	111,5	113,6	113,3	111,5	114,0	115,4	114,2	114,9	110,8
	gg. Vp. in %	10,1	-3,6	4,4	1,6	1,9	1,9	-0,3	-2,8	2,2	1,2	-1,0	0,6	-3,6
	gg. Vj. in %	10,3	-3,6	4,6	3,3	7,1	7,0	5,0	2,6	9,4	8,8	8,1	6,3	1,3
Inland	Index	109,7	103,3	104,9	102,7	107,0	105,6	108,3	104,5	108,7	103,5	106,9	108,7	109,3
	gg. Vp. in %	10,3	-5,8	1,5	-1,4	4,2	-1,3	2,6	-2,1	4,0	-4,8	3,3	1,7	0,6
	gg. Vj. in %	10,2	-5,7	1,5	-1,8	5,8	4,4	4,0	3,4	8,6	0,9	4,4	3,4	4,0
Ausland	Index	109,8	107,3	114,0	113,4	114,3	118,6	116,4	115,8	117,2	122,7	118,7	118,8	111,7
	gg. Vp. in %	10,2	-2,3	6,2	3,3	0,8	3,8	-1,9	-3,3	1,2	4,7	-3,3	0,1	-6,0
	gg. Vj. in %	10,2	-2,3	6,4	6,3	7,9	8,4	5,7	2,2	10,0	12,9	10,3	8,0	-0,2
<b>Konsumgüter</b>	Index	102,7	101,9	103,5	103,6	104,1	106,5	106,8	105,5	108,9	105,1	109,4	108,4	102,7
	gg. Vp. in %	3,1	-0,8	1,6	3,8	0,5	2,3	0,3	-1,3	3,2	-3,5	4,1	-0,9	-5,3
	gg. Vj. in %	3,2	-1,0	1,7	1,8	1,5	4,6	7,0	3,4	8,1	2,1	10,2	8,1	2,9
Inland	Index	102,2	97,0	97,8	98,4	97,3	98,2	101,3	97,6	99,5	97,6	102,4	100,3	101,3
	gg. Vp. in %	2,6	-5,1	0,8	1,1	-1,1	0,9	3,2	0,5	1,9	-1,9	4,9	-2,1	1,0
	gg. Vj. in %	2,7	-5,1	0,8	1,4	0,8	2,9	4,3	0,6	5,4	2,9	5,9	2,8	3,9
Ausland	Index	103,2	106,0	108,4	108,1	109,9	113,6	111,5	112,2	116,9	111,6	115,3	115,3	103,9
	gg. Vp. in %	3,6	2,7	2,3	6,1	1,7	3,4	-1,8	-2,6	4,2	-4,5	3,3	0,0	-9,9
	gg. Vj. in %	3,7	2,6	2,2	2,3	2,0	6,0	9,3	5,7	10,3	1,5	13,8	12,4	2,0
<b>Industrie ohne Großaufträge<sup>2</sup></b>	Index	106,4	103,4	104,9	104,3	106,0	105,9	109,2	107,4	106,7	103,6	110,1	109,6	108,0
	gg. Vp. in %	6,8	-2,8	1,5	0,9	1,6	-0,1	3,1	1,2	-0,7	-2,9	6,3	-0,5	-1,5
	gg. Vj. in %	6,8	-2,7	1,4	0,2	2,9	4,1	5,7	3,7	5,1	3,5	6,8	6,2	4,0

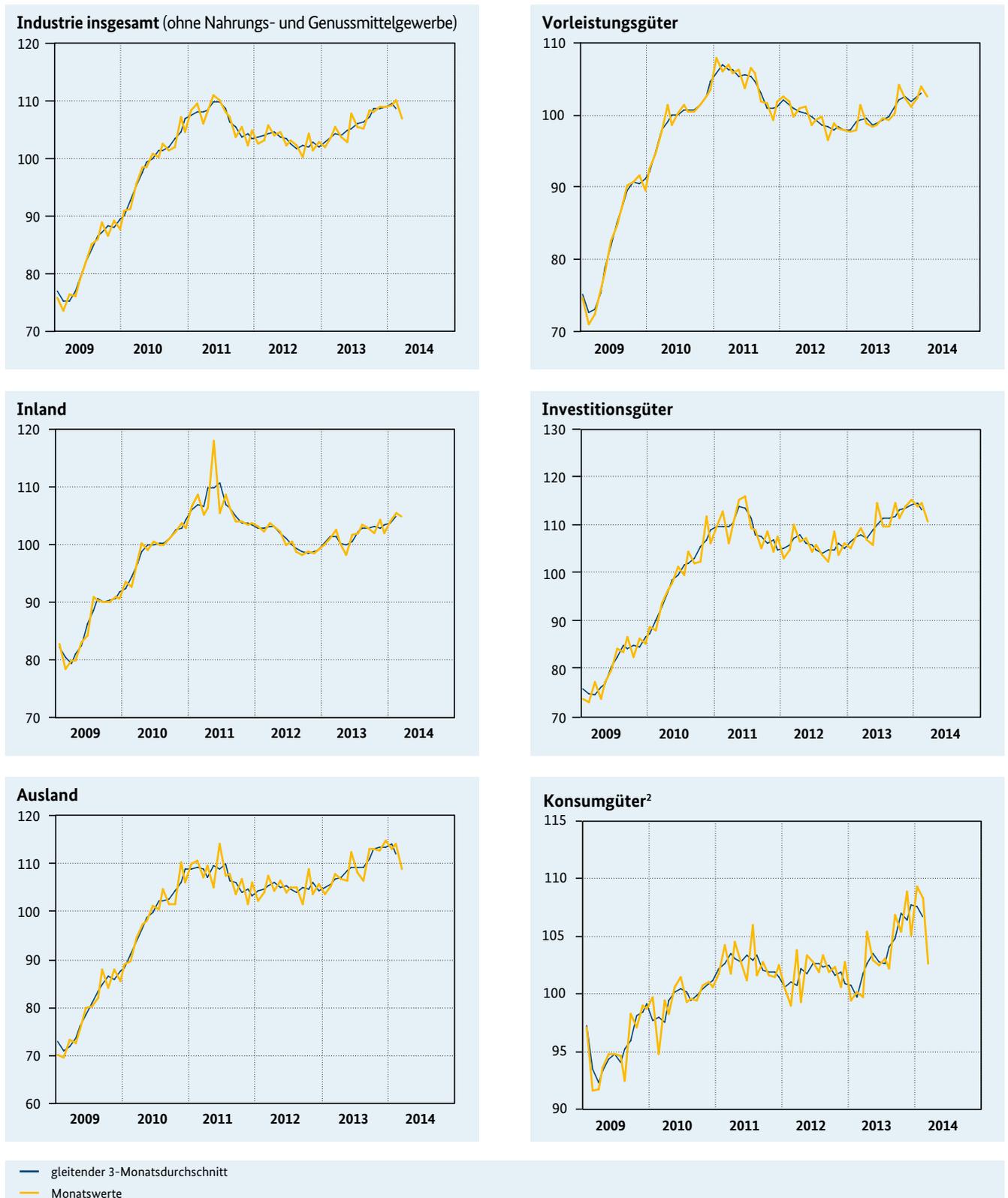
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

## 2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

<sup>2</sup> Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

## 2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

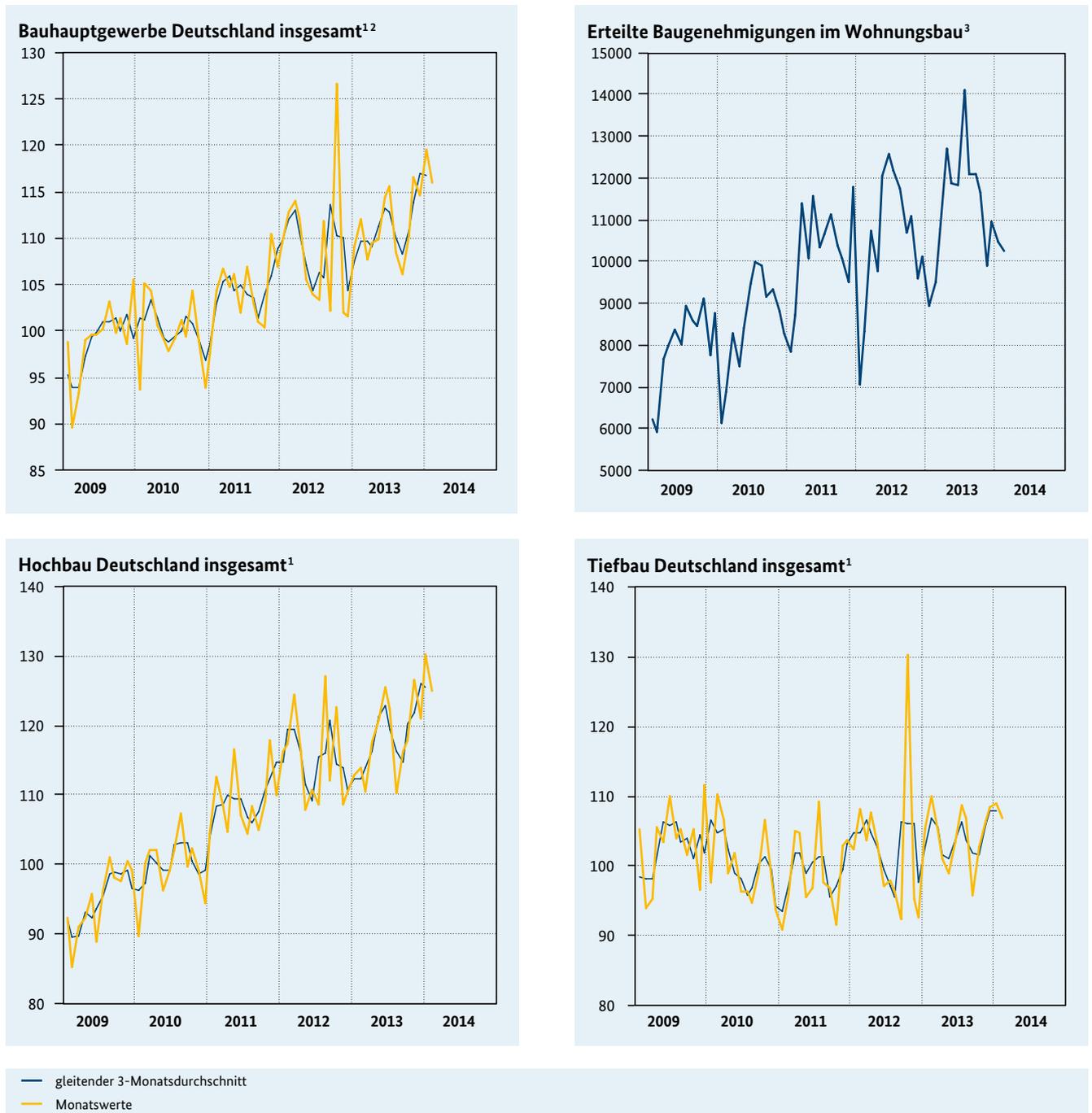
					2013				2013				2014		
		2011	2012	2013	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>															
<b>Bauhauptgewerbe</b>		Index	104,3	108,9	111,3	109,7	111,3	110,1	113,9	106,1	110,4	116,6	114,8	119,7	116,0
	gg. Vp. in %	4,4	4,4	2,2	-0,5	1,5	-1,1	3,5	-2,3	4,1	5,6	-1,5	4,3	-3,1	
	gg. Vj. in %	4,4	4,2	2,2	-2,6	3,9	4,4	2,5	3,3	-12,6	14,7	12,0	11,6	2,2	
Hochbau		Index	109,2	115,4	118,1	112,6	121,5	116,4	122,0	116,4	118,0	126,7	121,2	130,5	125,2
	gg. Vp. in %	9,6	5,7	2,3	-1,3	7,9	-4,2	4,8	5,4	1,4	7,4	-4,3	7,7	-4,1	
	gg. Vj. in %	9,3	5,8	2,3	-6,3	8,9	0,4	6,2	3,2	-4,0	16,5	9,1	15,9	9,8	
Wohnungsbau		Index	117,5	126,2	131,1	127,6	132,8	131,8	132,1	130,4	131,0	127,6	137,7	143,4	150,7
	gg. Vp. in %	18,6	7,4	3,9	-0,1	4,1	-0,8	0,2	0,0	0,5	-2,6	7,9	4,1	5,1	
	gg. Vj. in %	17,9	7,2	4,3	-1,3	6,1	8,1	3,4	8,1	2,0	-1,2	9,5	8,7	20,9	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	105,1	110,0	111,7	105,1	115,9	108,8	117,0	109,4	111,6	126,3	113,0	124,1	112,5
	gg. Vp. in %	5,2	4,7	1,5	-2,1	10,3	-6,1	7,5	8,9	2,0	13,2	-10,5	9,8	-9,3	
	gg. Vj. in %	5,0	5,1	1,4	-8,9	10,7	-3,7	7,8	0,4	-7,1	28,2	8,8	20,3	3,6	
Tiefbau		Index	99,3	102,3	104,5	106,9	101,2	103,9	105,8	95,8	102,7	106,4	108,4	109,0	106,9
	gg. Vp. in %	-0,8	3,0	2,2	0,7	-5,3	2,7	1,8	-10,4	7,2	3,6	1,9	0,6	-1,9	
	gg. Vj. in %	-0,3	2,5	2,0	1,6	-1,3	8,8	-1,8	3,4	-21,1	12,6	15,8	6,2	-5,8	
Straßenbau		Index	96,4	98,3	103,4	109,3	102,1	98,1	104,0	86,7	107,0	99,1	105,9	93,4	132,4
	gg. Vp. in %	-3,7	2,0	5,2	11,1	-6,6	-3,9	6,0	-16,0	23,4	-7,4	6,9	-11,8	41,8	
	gg. Vj. in %	-2,8	2,1	3,7	9,2	-3,0	6,7	4,9	4,0	3,9	-1,2	14,1	-19,2	29,2	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	101,1	104,7	105,1	105,4	100,6	107,4	107,0	101,3	100,1	110,9	109,9	118,4	91,4
	gg. Vp. in %	1,0	3,6	0,4	-5,0	-4,6	6,8	-0,4	-7,1	-1,2	10,8	-0,9	7,7	-22,8	
	gg. Vj. in %	1,2	2,9	1,0	-1,9	-0,1	10,2	-4,9	2,9	-31,5	20,3	16,7	19,2	-19,9	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	109,9	112,7	114,2	109,8	115,3	111,8	119,8	113,2	114,0	129,8	115,5	133,0	115,6
	gg. Vp. in %	10,3	2,5	1,3	-1,9	5,0	-3,0	7,2	6,6	0,7	13,9	-11,0	15,2	-13,1	
	gg. Vj. in %	9,7	2,8	1,2	-5,4	5,6	-1,2	5,8	1,5	-10,4	28,7	6,4	26,0	0,4	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	93,2	98,0	100,4	102,4	98,6	99,8	100,6	89,1	98,4	98,7	104,7	96,7	102,4
	gg. Vp. in %	-7,2	5,2	2,4	1,0	-3,7	1,2	0,8	-13,1	10,4	0,3	6,1	-7,6	5,9	
	gg. Vj. in %	-6,2	4,4	2,2	0,0	1,1	8,8	-2,1	2,8	-21,4	7,2	22,3	-5,2	-4,7	
<b>Baugenehmigungen (Neubau)<sup>2</sup></b>															
<b>Hochbau (veranschlagte Kosten)</b>		Mio. €	68220	70395	76490	16627	19365	21801	18697	6916	6862	5608	6228	5640	5879
	gg. Vj. in %	15,8	3,2	8,7	12,9	2,6	14,2	5,6	21,3	9,3	0,5	6,6	5,4	9,2	
Wohngebäude		Mio. €	37290	39266	43680	9193	11467	12364	10656	3924	3793	3324	3538	3357	3307
	gg. Vj. in %	22,3	5,3	11,2	12,3	8,1	14,7	10,1	18,4	9,1	10,4	10,8	16,7	12,5	
Nichtwohngebäude		Mio. €	30930	31129	32809	7434	7897	9437	8041	2992	3068	2284	2690	2283	2573
	gg. Vj. in %	8,8	0,6	5,4	13,7	-4,4	13,5	0,3	25,3	9,6	-11,1	1,5	-7,7	5,2	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	22956	23531	23624	5008	5850	6802	5964	2251	2153	1722	2090	1658	2007
	gg. Vj. in %	22,7	2,5	0,4	-0,5	-9,2	8,9	2,7	30,8	3,0	-11,6	18,2	-4,5	36,7	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7975	7598	9185	2426	2047	2635	2077	742	915	562	600	626	566
	gg. Vj. in %	-17,9	-4,7	20,9	61,6	12,3	27,7	-6,1	11,3	29,0	-9,3	-32,0	-15,1	-42,1	
Wohngebäude (Rauminhalt) <sup>3</sup>		Mio. m <sup>3</sup>	124	126	137	29,3	36,5	38,4	32,6	12,1	11,7	9,9	11,0	10,5	10,3
	gg. Vj. in %	20,8	2,0	8,5	12,0	5,9	10,7	5,8	13,4	5,4	3,4	8,4	16,9	8,0	
	gg. Vp. in %	21,0	2,4	8,9	3,4	5,7	3,5	-6,2	6,1	-6,5	-1,5	0,6	14,1	-6,6	
<b>ifo Konjunkturtest<sup>4</sup></b>															
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung</b>		Salden	71,5	71,7	71,8	71,9	79,5	78,0	63,7	78,8	76,1	65,9	60,1	65,2	71,6
<b>witterungsbedingte Baubehinderungen</b>		Salden	19,9	18,1	28,4	34,7	2,7	7,7	24,7	7,0	13,0	18,0	40,0	16,0	3,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

## 2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2013			2014		2013		2014		
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
<b>ifo Konjunkturtest<sup>1</sup></b>														
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>														
Geschäftsklima	Salden	15,0	2,8	6,3	3,3	7,0	10,2	14,1	11,5	13,7	14,9	13,8	14,8	-
Geschäftslage	Salden	26,4	13,6	9,3	6,6	10,9	12,1	16,4	11,8	13,4	17,1	18,7	18,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	-7,5	3,4	0,0	3,1	8,2	11,9	11,1	13,9	12,7	9,0	10,8	-
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	20,7	4,0	9,3	5,7	10,4	14,1	18,9	15,6	17,7	19,8	19,1	20,2	-
Geschäftslage	Salden	36,7	17,8	12,3	9,1	14,3	15,4	22,0	15,6	18,3	22,6	25,0	24,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	5,8	-8,9	6,4	2,4	6,5	12,8	15,9	15,5	17,2	17,0	13,4	15,9	-
<b>Vorleistungsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	20,7	2,9	8,1	4,1	8,0	14,2	19,2	15,9	17,9	20,2	19,6	19,6	-
Geschäftslage	Salden	38,0	15,2	7,8	4,0	9,0	12,9	22,2	13,4	17,1	20,8	28,6	26,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,7	-8,7	8,5	4,4	7,1	15,5	16,4	18,3	18,7	19,5	10,9	12,5	-
<b>Investitionsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	26,6	4,4	10,5	7,0	12,9	15,3	21,5	18,2	20,3	20,7	23,5	27,9	-
Geschäftslage	Salden	46,3	23,2	14,8	12,1	17,2	18,5	24,3	20,0	22,6	23,8	26,6	29,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	8,8	-12,7	6,3	2,1	8,7	12,2	18,7	16,5	18,0	17,6	20,5	26,5	-
<b>Konsumgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	8,7	5,7	8,7	4,8	10,3	11,9	13,1	11,7	12,7	15,7	10,9	8,7	-
Geschäftslage	Salden	15,7	13,6	16,2	13,0	18,7	16,4	18,0	12,8	16,4	22,9	14,8	14,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,9	-1,9	1,5	-3,0	2,2	7,6	8,2	10,7	9,1	8,6	7,0	3,2	-
<b>Bauhauptgewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	-6,2	-5,1	-0,1	1,5	-3,8	-2,5	-0,2	1,3	2,4	0,6	-3,5	-3,4	-
Geschäftslage	Salden	-6,6	-3,8	0,8	1,9	1,2	0,7	-3,3	0,7	-2,2	-3,9	-3,8	-2,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	-5,8	-6,2	-1,0	1,1	-8,7	-5,6	3,1	1,9	7,2	5,2	-3,2	-4,8	-
<b>Dienstleistungen</b>														
Geschäftsklima	Salden	23,1	17,2	17,1	13,1	18,7	19,5	21,8	23,5	25,4	20,9	19,2	22,1	-
Geschäftslage	Salden	32,8	28,5	23,1	18,6	24,2	25,7	31,8	30,9	32,8	30,3	32,4	33,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	13,8	6,4	11,3	7,8	13,3	13,4	12,3	16,3	18,3	11,9	6,7	11,5	-
<b>ZEW-Konjunkturerwartungen<sup>2</sup></b>														
konjunkturelle Lage	Salden	67,2	24,8	16,9	8,9	19,8	30,3	47,5	32,4	41,2	50,0	51,3	59,5	62,1
Konjunkturerwartungen	Salden	-17,2	-5,0	44,7	37,1	42,6	56,5	54,7	62,0	61,7	55,7	46,6	43,2	33,1

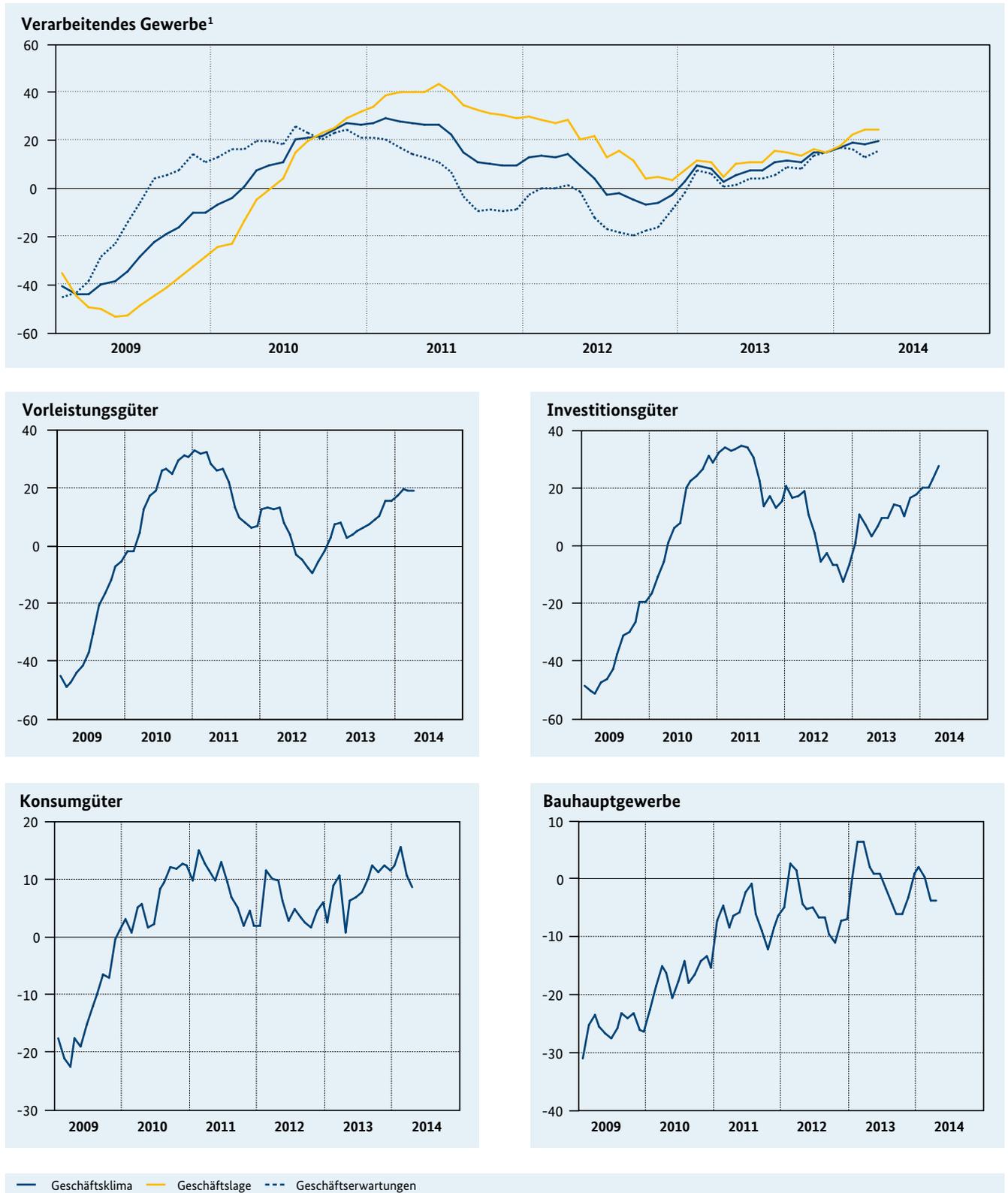
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

### 3. Privater Konsum

#### 3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2011		2012		2013					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung<sup>1</sup></b>														
Private Konsumausgaben <sup>1</sup>	Index	105,7	106,5	107,5	106,2	106,3	106,3	106,3	106,6	106,6	106,9	107,6	107,8	107,7
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	0,8	0,9	1,4	0,1	0,0	0,0	0,3	0,1	0,3	0,6	0,2	-0,1
	gg. Vj. in %	2,3	0,8	0,9	2,6	1,6	1,7	0,8	0,0	0,5	-0,4	1,2	1,6	1,0
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1642	1680	1717	412	415	417	418	421	422	424	429	432	433
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	3,8	2,3	2,2	1,5	0,7	0,5	0,2	0,6	0,4	0,5	1,0	0,7	0,3
	gg. Vj. in %	3,8	2,3	2,2	4,1	3,5	3,5	2,2	1,7	1,9	0,6	2,5	3,1	2,5
<b>Einzelhandelsumsätze<sup>1</sup></b>														
		2011	2012	2013	2013		2014		2013	2014				
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
<b>Einzelhandel</b>	Index	101,1	101,0	101,3	101,5	101,3	100,9	102,5	100,1	102,0	102,7	102,8	-	-
<b>(ohne Handel mit Kfz)</b>	gg. Vp. In %	1,0	-0,1	0,3	0,1	-0,2	-0,4	1,6	-1,7	1,9	0,7	0,1	-	-
	gg. Vj. in %	1,1	-0,2	0,3	0,2	0,3	-0,1	1,3	-1,1	0,6	1,8	1,6	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,4	100,3	101,3	100,9	101,5	101,1	102,1	99,8	100,6	101,9	103,7	-	-
	gg. Vp. In %	0,1	-0,1	1,0	-0,7	0,6	-0,4	1,0	-2,2	0,8	1,3	1,8	-	-
	gg. Vj. in %	0,1	-0,1	1,0	0,1	0,9	0,8	0,6	-0,9	-0,7	0,4	2,1	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,7	99,2	99,4	100,6	100,3	99,2	102,8	97,5	102,0	103,9	102,5	-	-
	gg. Vp. In %	0,7	-1,5	0,2	3,4	-0,3	-1,1	3,6	-4,7	4,6	1,9	-1,3	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	-1,4	0,2	2,8	1,2	0,6	6,7	-1,7	2,4	5,9	11,3	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	108,8	115,7	117,7	116,4	119,4	116,8	116,7	114,6	116,7	117,3	116,2	-	-
	gg. Vp. In %	8,8	6,3	1,7	-1,5	2,6	-2,2	-0,1	-3,0	1,8	0,5	-0,9	-	-
	gg. Vj. in %	9,3	5,9	1,7	-1,5	4,4	0,5	-1,1	-1,9	0,6	1,6	-5,4	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	103,0	102,7	99,9	101,0	99,0	98,7	101,1	98,3	99,0	103,0	101,2	-	-
	gg. Vp. In %	3,0	-0,3	-2,7	0,3	-2,0	-0,3	2,4	-0,9	0,7	4,0	-1,7	-	-
	gg. Vj. in %	3,0	-0,3	-2,8	-1,2	-3,8	-3,0	0,4	-3,1	-2,3	1,6	1,6	-	-
<b>Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur</b>	Index	105,5	103,3	102,5	102,3	102,6	104,9	-	105,6	107,8	106,7	-	-	-
	gg. Vp. In %	6,5	-2,1	-0,8	2,2	0,3	2,2	-	0,9	2,1	-1,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	6,2	-2,1	-0,8	-0,5	-0,3	3,9	-	4,6	8,0	6,4	-	-	-
<b>Umsätze im Gastgewerbe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	102,4	102,2	101,2	100,7	101,7	101,5	-	100,1	101,4	101,9	-	-	-
	gg. Vp. In %	2,4	-0,2	-1,0	-0,3	1,0	-0,2	-	-2,1	1,3	0,5	-	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	0,0	-1,1	-1,5	-0,5	-0,5	-	-2,4	0,2	1,1	-	-	-
<b>Pkw-Neuzulassungen<sup>2</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	in Tsd.	3174	3083	2952	829	714	735	712	215	206	209	296	274	-
	gg. Vj. in %	8,8	-2,9	-4,2	-3,7	-1,4	1,6	5,6	5,4	7,2	4,3	5,4	-3,6	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1274	1176	1120	335	280	264	259	73	73	76	110	105	-
	gg. Vj. in %	2,4	-7,7	-4,8	-0,3	0,0	0,5	7,4	3,8	11,5	11,1	2,5	-7,5	-
<b>Verbraucherpreise<sup>3</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	102,1	104,1	105,7	105,4	106,1	106,2	106,3	106,5	105,9	106,4	106,7	106,5	-
	gg. Vj. in %	2,1	2,0	1,5	1,5	1,6	1,3	1,2	1,4	1,3	1,2	1,0	1,3	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	2,2	3,4	4,4	5,0	5,1	3,7	3,1	3,8	3,6	3,5	2,2	1,8	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	9,4	5,8	4,1	4,6	4,0	2,7	-0,6	3,4	-0,3	-0,7	-0,8	-0,2	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	4,5	2,5	-0,5	-0,5	-0,5	-1,0	-0,9	-0,3	-0,8	-1,5	-0,5	-0,7	-
<b>Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum</b>														
<b>ifo Geschäftsklima<sup>4</sup></b>	Salden	7,9	0,8	1,7	-0,9	4,1	4,6	7,1	4,8	4,3	8,4	8,5	7,7	-
Geschäftslage	Salden	13,5	8,5	5,7	4,4	6,4	7,7	11,7	9,0	6,4	12,5	16,1	12,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	2,5	-6,7	-2,2	-6,1	1,8	1,5	2,6	0,6	2,2	4,4	1,2	2,7	-
<b>GfK – Konsumklima<sup>5</sup></b>	Punkte	5,6	5,9	6,5	6,2	6,9	7,2	8,2	7,4	7,7	8,3	8,5	8,5	8,5
Anschaffungsneigung	Punkte	34,9	33,6	40,0	38,2	41,7	45,0	48,4	45,9	47,3	48,6	49,2	49,7	-

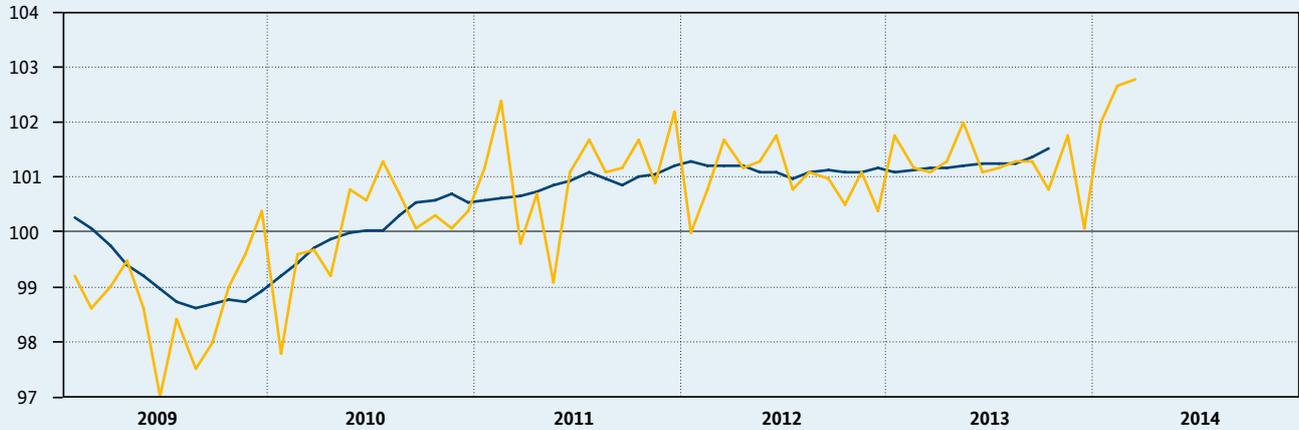
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

## 3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)<sup>1</sup>



— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)<sup>2</sup>



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)<sup>3</sup>



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

## 4. Außenwirtschaft

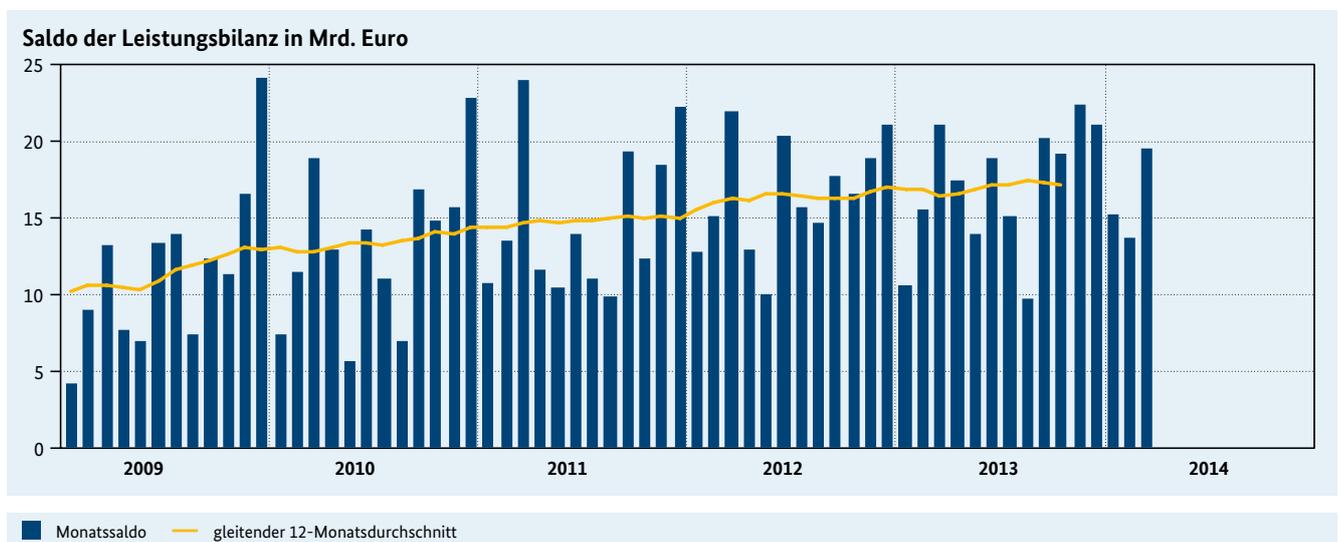
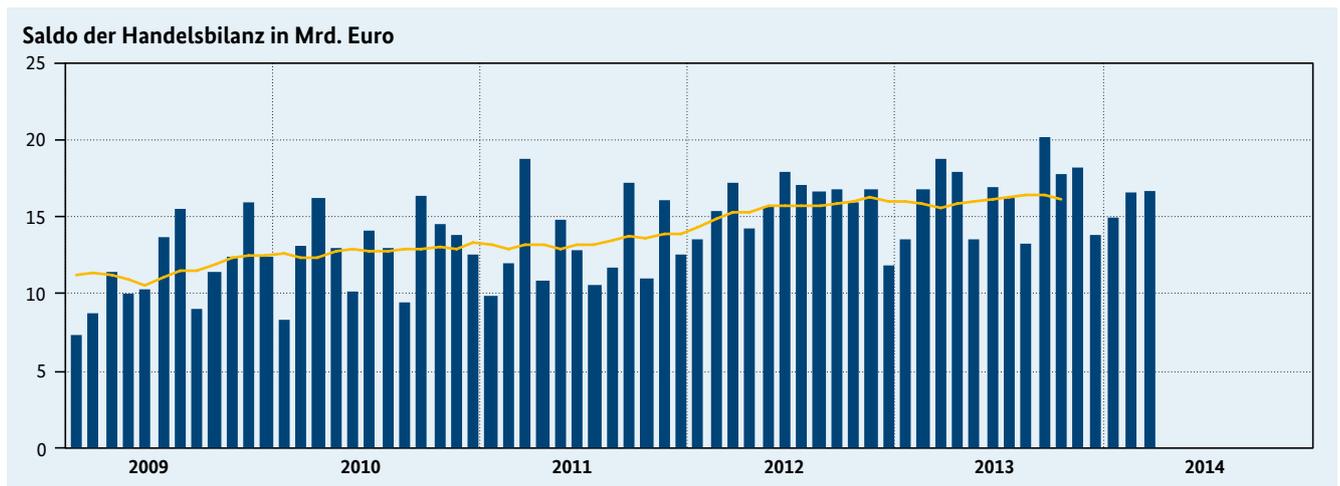
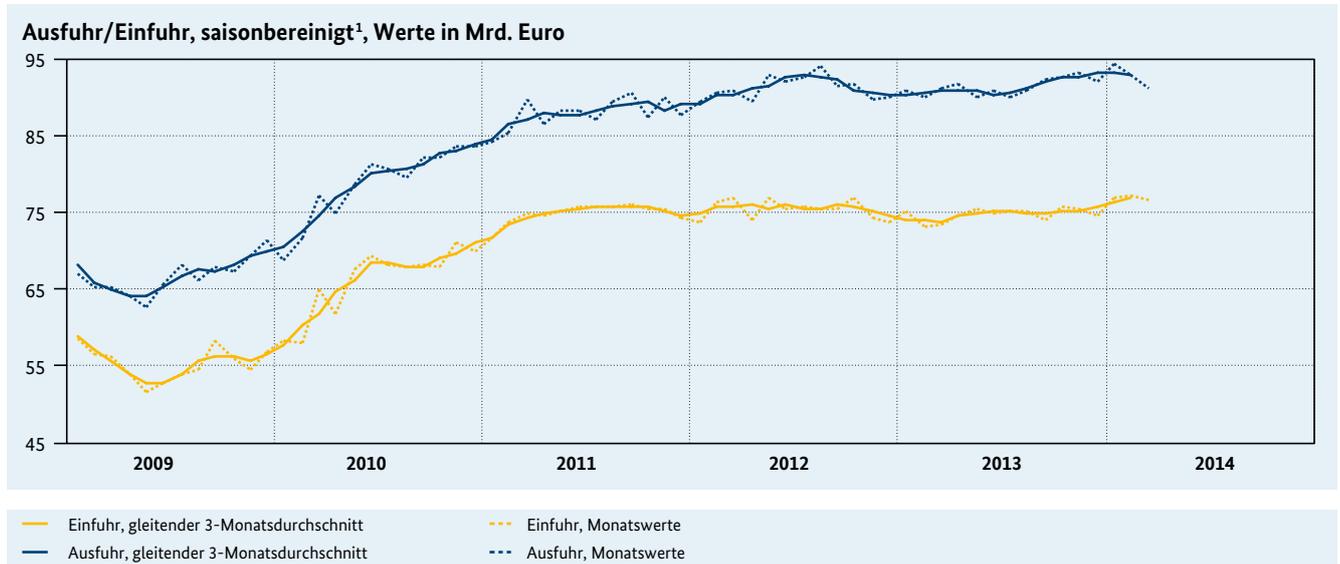
### 4.1 Einfuhr, Ausfuhr, Leistungsbilanz

		2013			2014				2013			2014		
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
<b>Ausfuhr an Waren (Ursprungszahlen)</b>														
Ausfuhren insgesamt	in Mrd. €	1061	1096	1094	275	273	276	279	99,1	94,7	82,1	90,7	92,4	96,0
	gg. Vj. in %	11,5	3,3	-0,2	0,2	-0,8	1,9	3,1	0,7	1,1	4,5	2,9	4,6	1,9
EU-Länder	in Mrd. €	630	623	623	156	153	157	-	57,4	53,5	46,4	54,5	54,7	-
	gg. Vj. in %	10,0	-1,2	0,1	-0,8	0,9	3,3	-	2,2	1,9	6,4	5,3	6,6	-
Eurozone <sup>1</sup>	in Mrd. €	422	408	404	101	98	102	-	36,9	34,4	30,3	35,1	34,9	-
	gg. Vj. in %	8,4	-3,4	-1,0	-1,8	0,2	1,8	-	0,3	0,2	5,5	3,3	3,7	-
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	208	215	220	55	55	56	-	20,5	19,0	16,1	19,4	19,8	-
	gg. Vj. in %	13,2	3,3	2,1	1,0	2,1	6,1	-	5,7	4,9	8,1	8,9	12,0	-
Drittländer	in Mrd. €	431	473	471	119	119	119	-	41,7	41,2	35,7	36,2	37,7	-
	gg. Vj. in %	13,8	9,7	-0,5	1,5	-2,9	0,2	-	-1,3	0,0	2,1	-0,5	1,8	-
<b>Einfuhren an Waren (Ursprungszahlen)</b>														
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	903	906	896	226	223	226	231	81,3	76,5	68,2	75,7	76,2	79,6
	gg. Vj. in %	13,2	0,4	-1,1	-0,1	-0,5	0,0	4,5	-1,5	-0,4	2,4	1,5	6,5	5,6
EU-Länder	in Mrd. €	506	504	515	131	125	132	-	47,8	44,4	40,0	42,7	45,1	-
	gg. Vj. in %	13,7	-0,3	2,0	2,5	1,6	5,3	-	5,9	1,4	9,2	3,9	9,9	-
Eurozone	in Mrd. €	339	339	344	88	83	88	-	31,6	29,3	26,9	28,5	29,8	-
	gg. Vj. in %	12,7	0,0	1,4	2,4	0,7	4,4	-	5,5	0,1	8,3	4,2	9,1	-
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	167	165	171	42	42	44	-	16,1	15,1	13,1	14,1	15,3	-
	gg. Vj. in %	15,8	-1,1	3,2	2,7	3,6	7,0	-	6,9	3,9	11,0	3,2	11,6	-
Drittländer	in Mrd. €	396	401	381	95	97	94	-	33,5	32,1	28,3	33,0	31,1	-
	gg. Vj. in %	12,6	1,3	-5,0	-3,4	-3,2	-6,6	-	-10,4	-2,8	-5,9	-1,3	2,0	-
<b>Saldo der ... (Ursprungszahlen)</b>														
Handelsbilanz	in Mrd. €	159	190	198	49	50	50	48	17,9	18,2	13,9	15,0	16,2	16,4
	gg. Vj. in Mrd. €	4	31	8	1	-1	5	-2	1,9	1,3	1,9	1,4	-0,6	-2,4
Ergänzungen zum Warenverkehr	in Mrd. €	-20	-33	-29	-4	-8	-9	-8	-2,1	-3,0	-3,9	-2,5	-2,9	-2,3
	gg. Vj. in Mrd. €	-8	-13	4	7	0	0	0	0,7	-0,2	-0,4	0,0	-0,9	1,0
Dienstleistungen	in Mrd. €	3	3	2	1	-5	6	5	-0,7	2,5	4,4	1,7	1,7	1,2
	gg. Vj. in Mrd. €	3	-0	-1	-1	1	2	5	0,3	1,7	-0,2	3,2	1,3	0,0
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	in Mrd. €	71	76	77	12	19	23	20	7,3	7,6	8,6	5,7	6,2	7,7
	gg. Vj. in Mrd. €	16	6	1	2	-2	-0	-2	-0,7	-0,1	0,6	-1,0	-1,2	0,1
laufenden Übertragungen	in Mrd. €	-34	-38	-42	-8	-10	-8	-16	-3,1	-2,7	-1,9	-4,8	-7,4	-3,5
	gg. Vj. in Mrd. €	4	-4	-4	-2	-1	-1	0	0,4	0,7	-1,9	1,0	-0,4	-0,3
Leistungsbilanz	in Mrd. €	178	199	206	50	45	63	48	19,3	22,5	21,1	15,2	13,8	19,5
	gg. Vj. in Mrd. €	19	20	7	7	-3	6	1	2,6	3,5	0,0	4,5	-1,9	-1,6
<b>saisonbereinigte Angaben<sup>2</sup></b>														
Ausfuhr an Waren	in Mrd. €	1057	1098	1098	273	274	278	279	92,7	93,3	92,4	94,5	93,2	91,6
	gg. Vp. in %	11,6	3,9	0,0	0,3	0,3	1,6	0,3	0,7	0,6	-1,0	2,3	-1,3	-1,8
Einfuhr an Waren	in Mrd. €	901	907	899	225	225	226	231	76,0	75,5	74,7	77,2	77,4	76,7
	gg. Vp. in %	13,3	0,7	-1,0	1,4	-0,3	0,6	2,3	-1,6	-0,6	-1,0	3,2	0,4	-0,9
Handelsbilanz (Saldo)	in Mrd. €	156	191	200	48	49	52	48	16,8	17,8	17,6	17,3	15,8	14,8
	gg. Vp. in Mrd. €	4	35	9	-2	1	3	-4	1,9	1,0	-0,2	-0,3	-1,5	-1,0
<b>saisonbereinigte Angaben<sup>2</sup>, in konstanten Preisen<sup>3</sup></b>														
Ausfuhr an Waren	in Mrd. €	977	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	gg. Vp. in %	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einfuhr an Waren	in Mrd. €	788	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	gg. Vp. in %	5,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Handelsbilanz (Saldo)	in Mrd. €	189	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	gg. Vp. in Mrd. €	23	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Ursprungslandprinzip;
- 2 Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Preisbasis 2005, vorübergehend keine Daten.

## 4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

<sup>1</sup> Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5. Arbeitsmarkt

### 5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

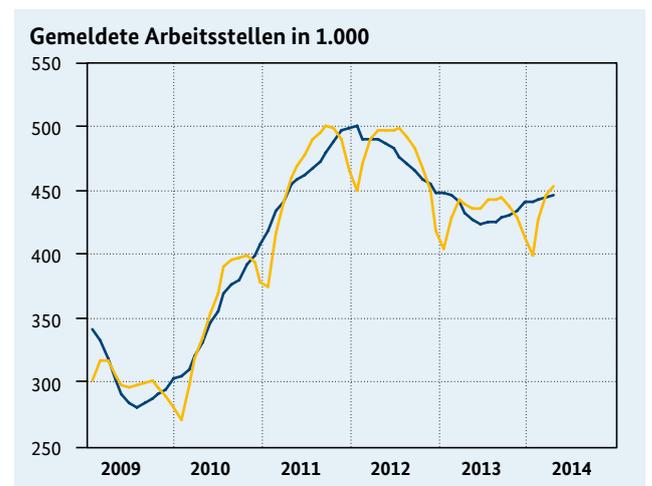
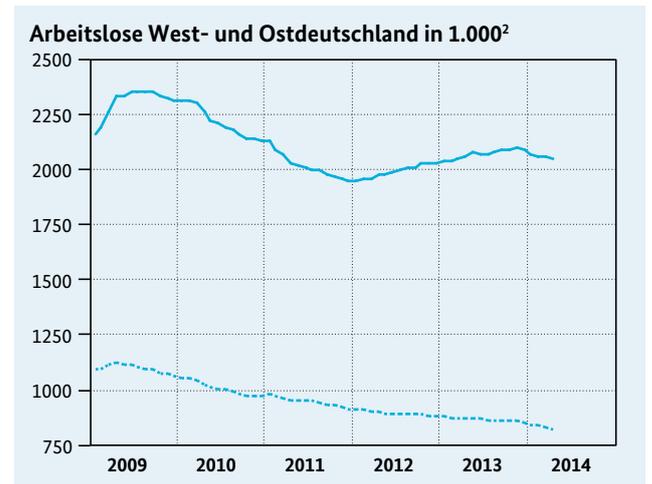
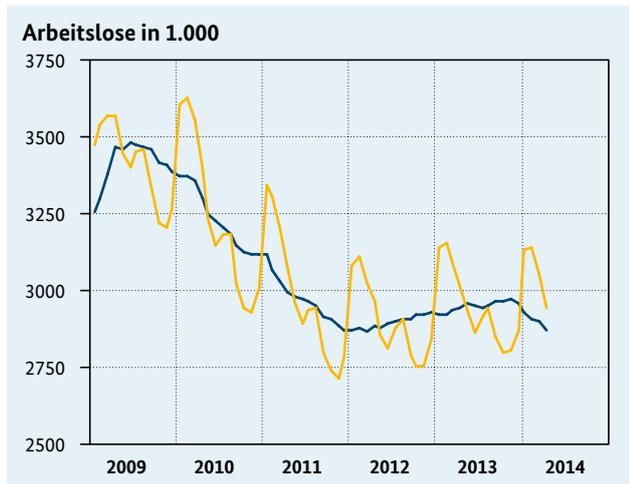
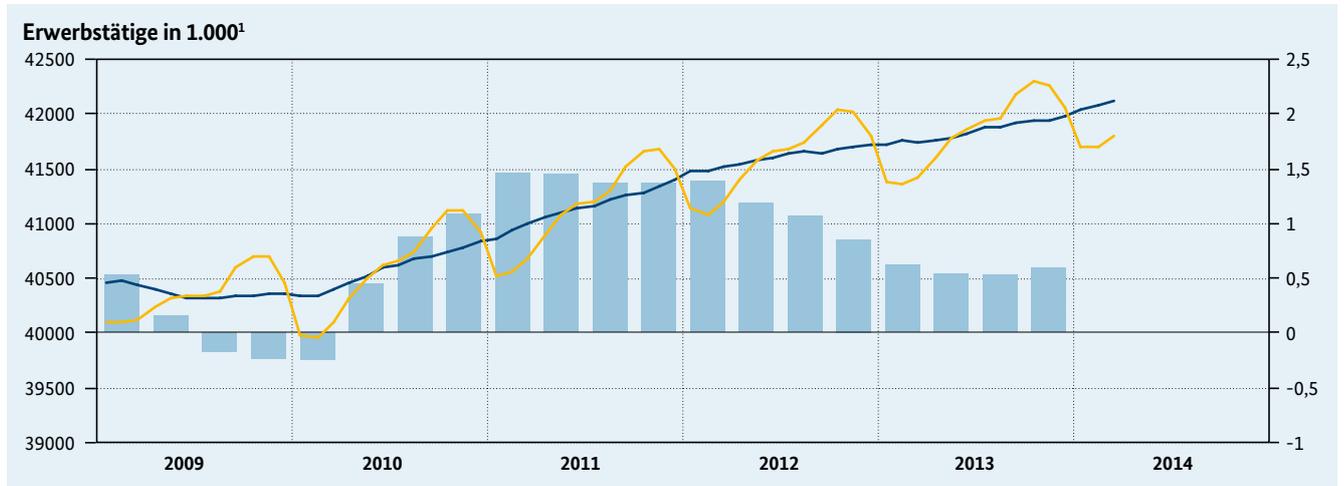
		2013			2014				2013		2014			
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
<b>Ursprungszahlen</b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	in Tsd.	41152	41607	41847	41749	42029	42214	41738	42271	42073	41701	41709	41805	-
	gg. Vj. in Tsd.	+565	+456	+239	+205	+250	+253	+345	+237	+269	+321	+341	+372	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	28471	29006	29377	29249	29542	29714	-	29805	29530	29370	29417	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+692	+535	+370	+355	+382	+368	-	+380	+387	+406	+436	-	-
Erwerbslose <sup>2</sup>	in Tsd.	2501	2316	2270	2250	2203	2155	2354	2156	2122	2394	2348	2319	-
	gg. Vj. in Tsd.	-445	-185	-46	-17	-85	-67	-119	-66	-120	-105	-198	-53	-
Erwerbslosenquote	in %	6,0	5,5	5,3	5,3	5,1	5,0	5,5	5,0	5,0	5,6	5,5	5,5	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	in Tsd.	2976	2897	2950	2941	2903	2827	3109	2806	2873	3136	3138	3055	2943
	gg. Vj. in Tsd.	-263	-79	+53	+65	+46	+45	-21	+55	+33	-2	-18	-43	-77
SGB II	in Tsd.	2084	1995	1981	1996	1969	1935	2031	1925	1949	2032	2033	2029	2005
	gg. Vj. in Tsd.	-79	-89	-14	-33	-2	+32	+9	+38	+34	+15	+10	+3	-14
SGB III	in Tsd.	892	902	970	945	934	891	1078	881	923	1104	1105	1026	938
	gg. Vj. in Tsd.	-184	+10	+67	+98	+49	+13	-30	+17	-1	-17	-28	-46	-63
Westdeutschland	in Tsd.	2026	2000	2080	2068	2074	2009	2192	1996	2033	2207	2210	2160	2094
	gg. Vj. in Tsd.	-201	-26	+80	+90	+75	+66	+22	+70	+60	+36	+22	+9	-14
Ostdeutschland	in Tsd.	950	897	870	873	829	817	917	810	839	928	928	895	850
	gg. Vj. in Tsd.	-62	-53	-27	-25	-29	-21	-43	-16	-27	-38	-40	-52	-63
Arbeitslosenquote	in %	7,1	6,8	6,9	6,8	6,7	6,6	7,2	6,5	6,7	7,3	7,3	7,1	6,8
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,1	6,0	6,0	5,8	6,3	5,8	5,9	6,4	6,4	6,2	6,0
Ostdeutschland	in %	11,3	10,7	10,3	10,3	9,8	9,7	10,9	9,6	9,9	11,0	11,0	10,6	10,0
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	685	648	648	593	668	635	688	611	623	802	634	628	612
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	704	643	645	671	673	627	628	606	557	539	632	711	724
Kurzarbeit <sup>4</sup>	in Tsd.	100	67	77	87	57	61	-	67	45	68	60	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-329	-34	+10	+22	+14	-15	-	-18	-27	-35	-43	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	4212	3927	3901	3909	3841	3777	4022	3767	3813	4019	4062	3985	3879
	gg. Vj. in Tsd.	-535	-285	-26	-7	-6	-19	-55	-16	-31	-42	-45	-80	-107
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	466	478	434	438	445	428	426	431	414	401	429	447	455
	gg. Vj. in Tsd.	+107	+11	-43	-61	-48	-19	-1	-20	-6	-4	-2	+4	+15
<b>saisonbereinigte Angaben<sup>5</sup></b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	gg. Vp. in Tsd.	+565	+456	+239	+47	+103	+66	+127	+13	+40	+53	+48	+33	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+692	+536	+370	+75	+107	+87	-	+63	+39	+68	+64	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-442	-194	-52	-25	-21	-26	-26	-11	-10	-9	-8	-5	-
Erwerbslosenquote	in %	6,0	5,5	5,3	5,3	5,3	5,2	5,1	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	gg. Vp. in Tsd.	-262	-76	+53	+23	+1	+13	-55	+7	-19	-29	-16	-14	-25
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-201	-24	+80	+3	+14	+19	-29	+2	-7	-16	-10	-7	-14
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	+20	-14	-6	-26	+5	-12	-14	-5	-7	-11
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-201	-24	+80	+27	+11	+14	-30	+6	-8	-19	-9	-4	-14
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-3	-11	-1	-25	0	-10	-10	-7	-10	-11
Arbeitslosenquote	in %	7,0	6,8	6,9	6,9	6,8	6,9	6,7	6,9	6,8	6,8	6,7	6,7	6,7
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,0	6,0	6,0	6,1	6,0	6,1	6,1	6,0	6,0	6,0	5,9
Ostdeutschland	in %	11,3	10,6	10,3	10,3	10,2	10,2	9,9	10,2	10,1	10,0	9,9	9,8	9,7
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-535	-282	-25	+15	-15	-24	-29	-3	-11	-8	-9	-21	-17
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+107	+12	-43	-17	-1	+9	+8	+3	+7	+1	+1	+2	+2
<b>Indizes</b>														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	109,4	107,1	106,1	104,9	106,3	107,1	107,5	107,8	107,5	107,0	108,0	107,4	107,4
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,7	98,7	99,7	98,8	100,4	100,1	101,8	99,7	100,8	101,4	102,3	101,8	101,5
BA-X Stellenindex	Index	168,3	166,3	150,4	147,0	149,0	151,0	155,0	150,0	152,0	156,0	154,0	155,0	156,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)   
 — Ursprungswerte   
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA  
— Arbeitslose Westdeutschland   
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 6. Preise

### 6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

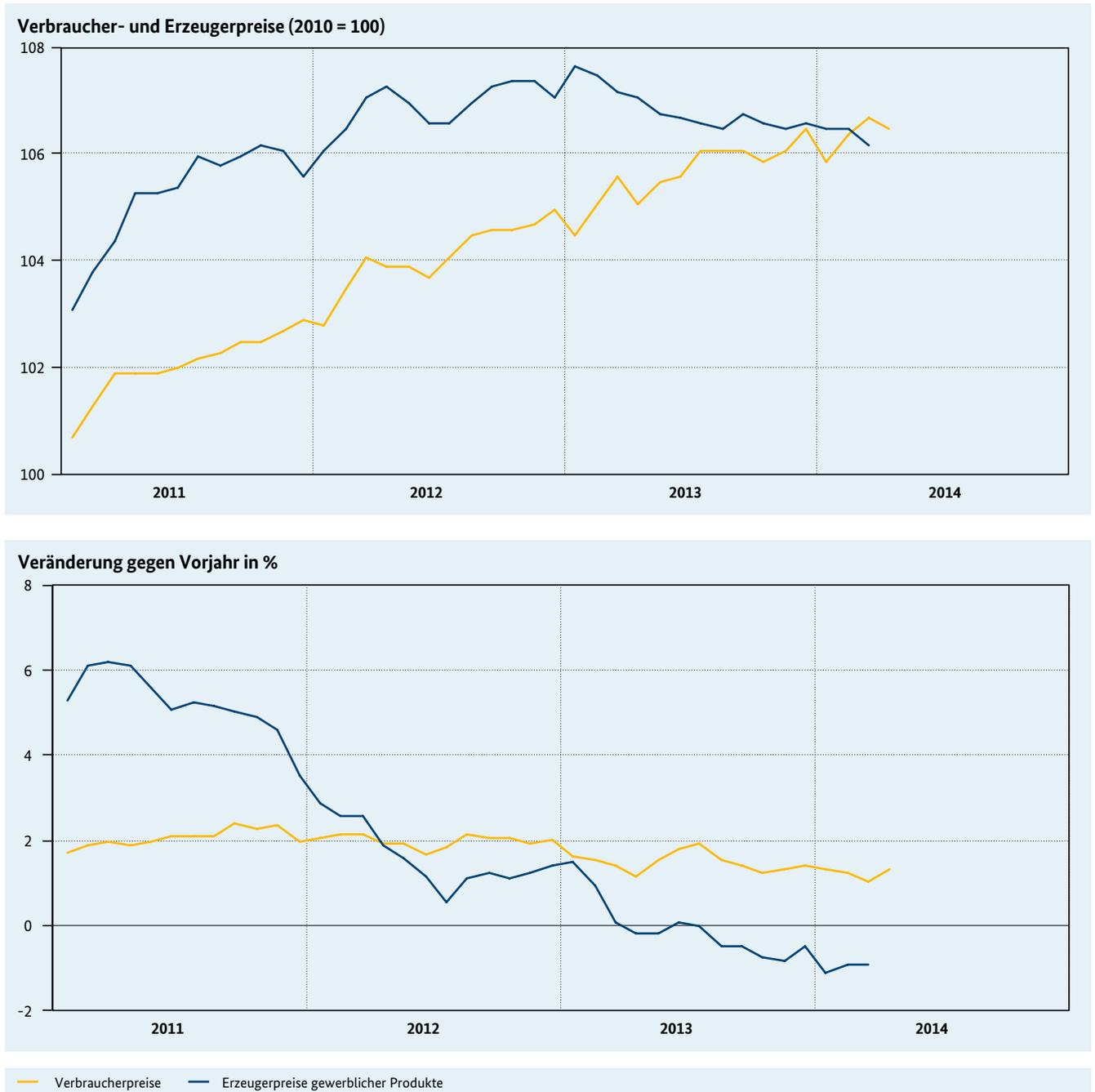
Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014			2013			2014			
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
<b>Verbraucherpreise<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt (Ursprungszahlen)</b>	Index	102,1	104,1	105,7	105,4	106,1	106,2	106,3	106,1	106,5	105,9	106,4	106,7	106,5
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,5	+1,6	+1,3	+1,1	+1,3	+1,4	+1,3	+1,2	+1,0	+1,3
Waren	Index	103,1	105,9	107,7	107,9	107,8	108,0	107,9	107,9	108,0	107,6	107,9	108,3	108,4
	gg. Vj. in %	+3,1	+2,7	+1,7	+1,9	+1,8	+1,2	+0,7	+1,1	+1,4	+0,8	+0,6	+0,6	+0,5
Verbrauchsgüter	Index	104,9	109,0	111,5	111,4	111,9	111,6	112,0	111,3	111,9	112,0	112,1	111,9	112,1
	gg. Vj. in %	+4,9	+3,9	+2,3	+2,4	+2,5	+1,8	+0,9	+1,6	+2,2	+1,1	+0,7	+0,8	+0,7
darunter:	Index	102,2	105,7	110,4	110,9	110,5	110,9	112,6	110,4	112,1	112,9	112,7	112,3	112,0
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+4,4	+5,0	+5,1	+3,7	+3,0	+3,2	+3,8	+3,6	+3,5	+2,2	+1,8
darunter:	Index	109,4	115,8	120,6	120,2	120,9	120,3	120,2	120,1	120,2	120,2	120,4	119,9	120,1
Haushaltsenergie <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+9,4	+5,9	+4,1	+4,7	+4,0	+2,6	-0,6	+2,3	+3,4	-0,3	-0,7	-0,8	-0,2
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	100,9	102,7	104,1	104,8	103,1	105,6	104,0	106,1	104,6	102,3	103,6	106,2	106,1
	gg. Vj. in %	+0,9	+1,8	+1,4	+1,7	+1,4	+0,8	+1,1	+0,9	+0,5	+1,3	+1,3	+0,9	+0,7
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,8	98,0	97,4	97,6	97,3	97,2	97,0	97,2	97,2	97,1	97,0	96,9	96,8
	gg. Vj. in %	-1,2	-0,8	-0,6	-0,5	-0,9	-0,5	-0,7	-0,4	-0,4	-0,3	-0,7	-1,0	-0,9
Dienstleistungen	Index	101,1	102,4	103,8	103,2	104,5	104,4	104,8	104,3	105,1	104,3	105,0	105,2	104,9
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,3	+1,4	+1,3	+1,6	+1,4	+1,7	+1,5	+1,4	+1,9	+1,8	+1,5	+2,3
darunter:	Index	101,3	102,5	103,8	103,6	104,0	104,3	104,8	104,4	104,5	104,7	104,8	104,9	105,1
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	+1,5	+1,6	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5
<b>Insgesamt ohne Energie</b>	Index	101,1	102,6	104,2	103,9	104,5	104,9	105,2	104,8	105,3	104,7	105,2	105,6	105,3
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,5	+1,6	+1,5	+1,7	+1,5	+1,7	+1,6	+1,5	+1,8	+1,7	+1,4	+1,7
Energie	Index	110,1	116,4	118,0	117,8	118,8	116,9	116,1	116,4	116,8	116,0	116,3	115,9	116,7
	gg. Vj. in %	+10,1	+5,7	+1,4	+1,6	+1,0	+0,1	-2,0	-0,3	+1,1	-1,8	-2,7	-1,6	-1,3
<b>Insgesamt (saisonbereinigt<sup>3</sup>)</b>	Index	102,1	104,1	105,7	105,5	106,1	106,0	106,4	106,0	106,1	106,3	106,4	106,4	106,7
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,6	+1,7	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	+1,3	+1,1	+1,1	+1,3
<b>HVPI<sup>4</sup></b>	Index	111,1	113,5	115,3	115,0	115,7	115,7	115,9	115,6	116,2	115,4	116,0	116,4	116,1
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,2	+1,6	+1,5	+1,7	+1,3	+1,0	+1,6	+1,2	+1,2	+1,0	+0,9	+1,1
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte<sup>5</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	105,3	107,0	106,9	106,9	106,6	106,6	106,4	106,5	106,6	106,5	106,5	106,2	-
	gg. Vj. in %	+5,3	+1,6	-0,1	-0,1	-0,4	-0,7	-1,0	-0,8	-0,5	-1,1	-0,9	-0,9	-
Vorleistungsgüter	Index	105,6	105,8	104,6	104,9	104,0	103,8	103,7	103,7	103,7	103,8	103,7	103,6	-
	gg. Vj. in %	+5,6	+0,2	-1,1	-1,2	-1,6	-1,9	-1,9	-2,0	-1,8	-1,8	-1,9	-1,9	-
Investitionsgüter	Index	101,2	102,2	103,0	102,9	103,0	103,1	103,3	103,1	103,1	103,3	103,3	103,3	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+0,8	+0,7	+0,7	+0,7	+0,5	+0,7	+0,7	+0,5	+0,5	+0,5	-
Konsumgüter	Index	103,5	106,3	108,4	108,1	108,8	109,0	109,2	109,0	109,0	109,1	109,2	109,2	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,7	+2,0	+2,0	+2,4	+1,5	+1,3	+1,5	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3	-
Gebrauchsgüter	Index	101,7	103,3	104,3	104,3	104,4	104,6	105,4	104,6	104,6	105,2	105,4	105,5	-
	gg. Vj. in %	+1,7	+1,6	+1,0	+1,0	+1,0	+1,1	+1,2	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	+1,3	-
Verbrauchsgüter	Index	103,8	106,8	109,0	108,7	109,5	109,6	109,7	109,6	109,7	109,6	109,7	109,8	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+2,9	+2,1	+2,2	+2,6	+1,6	+1,3	+1,5	+1,5	+1,2	+1,3	+1,3	-
Energie	Index	109,7	113,0	112,0	111,8	111,6	111,3	110,4	111,2	111,4	110,8	110,6	109,7	-
	gg. Vj. in %	+9,7	+3,0	-0,9	-0,9	-1,3	-1,7	-2,7	-2,1	-1,1	-3,0	-2,6	-2,6	-
<b>Baupreise<sup>6</sup></b>														
Wohngebäude	Index	102,8	105,4	107,5	107,4	107,8	108,1	108,9	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,8	+2,5	+2,0	+2,1	+2,0	+2,0	+2,0	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	102,5	106,3	108,9	108,7	109,4	109,6	109,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+3,7	+2,4	+2,4	+2,5	+2,2	+1,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

## 6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



## 6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014			2013			2014			
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
<b>Weltmarktpreise für Rohstoffe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	128,6	125,1	122,5	117,8	124,8	122,4	121,6	120,6	123,5	120,2	122,6	122,0	122,9
	gg. Vj. in %	+28,6	-2,8	-2,0	-4,1	+1,9	+0,9	-2,8	+0,3	+1,9	-4,1	-4,1	0,0	+4,6
Nahrungs- und Genussmittel	Index	129,0	122,5	109,1	113,4	104,5	101,2	108,0	100,3	101,7	99,8	108,2	116,0	119,1
	gg. Vj. in %	+29,2	-5,1	-10,9	-2,9	-21,2	-17,8	-7,8	-17,9	-15,4	-15,4	-7,7	-0,3	+6,1
Industrie-Rohstoffe	Index	114,4	96,3	93,6	91,5	91,2	93,0	91,1	92,4	93,8	93,0	91,1	89,2	91,3
	gg. Vj. in %	+14,4	-15,8	-2,7	-6,4	+0,3	-0,5	-7,7	+0,9	-2,1	-6,0	-9,5	-7,7	-2,7
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	131,4	130,9	129,1	123,2	132,7	129,6	128,5	127,4	130,8	126,9	129,8	128,7	129,4
	gg. Vj. in %	+31,4	-0,4	-1,4	-3,8	+3,8	+2,3	-1,7	+1,4	+3,6	-3,1	-3,1	+1,1	+5,6
<b>Außenhandelspreise<sup>2</sup></b>														
<b>Einfuhrpreise insgesamt</b>	Index	106,4	108,7	105,9	105,9	105,5	104,9	104,5	104,9	104,9	104,8	104,7	104,1	-
	gg. Vj. in %	+6,4	+2,2	-2,6	-2,7	-2,9	-2,7	-2,8	-2,9	-2,3	-2,3	-2,7	-3,3	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	107,5	111,6	112,6	113,3	111,5	111,6	113,1	111,0	112,7	112,5	113,5	113,2	-
	gg. Vj. in %	+7,5	+3,8	+0,9	+2,1	+0,2	-0,9	-0,6	-1,3	-0,2	-0,4	-0,1	-1,5	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	106,3	108,4	105,3	105,1	104,9	104,2	103,7	104,2	104,1	104,0	103,8	103,2	-
	gg. Vj. in %	+6,3	+2,0	-2,9	-3,2	-3,2	-2,9	-3,0	-3,1	-2,5	-2,6	-2,9	-3,4	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	122,7	126,8	118,1	116,9	116,9	115,3	113,7	115,2	115,4	114,7	114,4	112,1	-
	gg. Vj. in %	+22,7	+3,3	-6,9	-7,9	-7,2	-7,0	-7,9	-7,3	-6,0	-7,0	-8,0	-8,7	-
Fertigwaren	Index	101,2	102,7	101,3	101,5	101,1	100,7	100,6	100,8	100,6	100,7	100,6	100,4	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,5	-1,4	-1,5	-1,7	-1,4	-1,1	-1,5	-1,3	-0,9	-0,9	-1,5	-
<b>Ausfuhrpreise insgesamt</b>	Index	103,3	104,9	104,3	104,4	104,2	103,9	103,9	103,9	103,8	104,0	104,0	103,8	-
	gg. Vj. in %	+3,3	+1,5	-0,6	-0,5	-0,9	-1,0	-0,8	-1,1	-1,0	-0,8	-0,7	-1,0	-
<b>Terms of Trade</b>	Verhältnis	97,1	96,6	98,5	98,6	98,8	99,0	99,4	99,0	99,0	99,2	99,3	99,7	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-0,5	+2,0	+2,3	+2,1	+1,7	+1,9	+1,7	+1,4	+1,5	+2,1	+2,3	-
<b>Wechselkurs des Euro</b>														
in US-Dollar	Kurs	1,39	1,29	1,33	1,31	1,32	1,36	1,37	1,35	1,37	1,36	1,37	1,38	1,38
	gg. Vj. in %	+4,9	-7,6	+3,3	+1,9	+5,8	+4,9	+3,7	+5,2	+4,5	+2,4	+2,2	+6,6	+6,0
in Yen	Kurs	111,0	102,6	129,7	129,0	131,0	136,7	140,8	135,0	141,7	141,5	139,4	141,5	141,6
	gg. Vj. in %	-4,7	-7,6	+26,3	+25,6	+33,2	+29,7	+15,5	+29,9	+29,1	+19,5	+12,0	+15,0	+11,0
in Pfund-Sterling	Kurs	0,87	0,81	0,85	0,85	0,85	0,84	0,83	0,84	0,84	0,83	0,83	0,83	0,83
	gg. Vj. in %	+1,1	-6,5	+4,7	+5,0	+7,9	+4,1	-2,8	+4,2	+3,0	-0,7	-4,3	-3,3	-3,0
<b>Effektive Wechselkurse des Euro<sup>3</sup></b>														
nominal	Index	103,4	97,9	101,7	100,9	101,9	103,1	103,9	102,6	103,9	103,4	103,6	104,6	104,5
	gg. Vj. in %	-0,3	-5,3	+3,8	+2,7	+6,2	+5,3	+3,1	+5,6	+5,2	+3,0	+1,9	+4,4	+4,0
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	100,7	95,6	98,9	98,3	99,2	100,0	100,7	99,5	100,7	100,3	100,5	101,3	101,1
	gg. Vj. in %	-0,9	-5,1	+3,5	+2,5	+5,8	+4,6	+2,4	+4,8	+4,5	+2,3	+1,4	+3,5	+3,3
<b>Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft<sup>4</sup></b>														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,2	96,0	98,3	97,9	98,5	99,0	99,1	99,0	99,2	99,1	99,0	99,3	99,3
	gg. Vj. in %	-0,5	-2,3	+2,4	+2,0	+3,5	+3,0	+1,4	+3,3	+2,7	+1,7	+0,9	+1,6	+1,8
56 Länder	Index	91,7	88,8	90,8	90,1	91,1	91,9	92,5	91,8	92,3	92,3	92,4	92,9	92,6
	gg. Vj. in %	-0,6	-3,1	+2,2	+1,2	+3,8	+3,5	+2,8	+3,8	+3,5	+2,7	+2,3	+3,5	+3,5

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

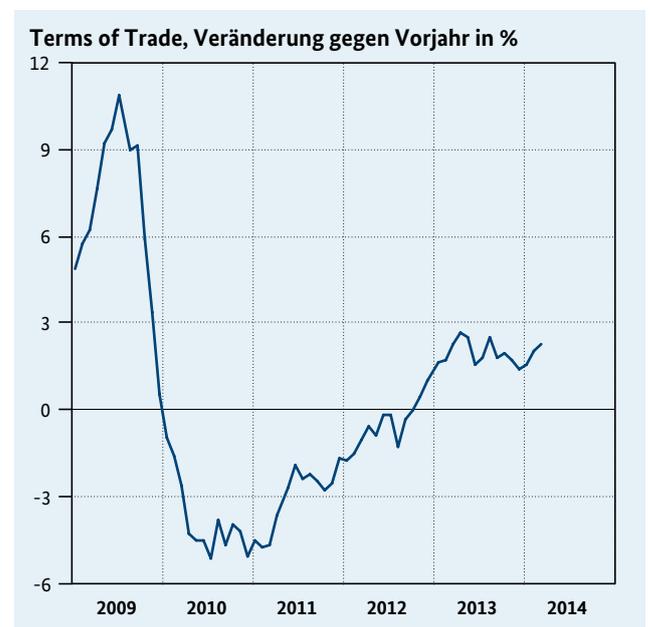
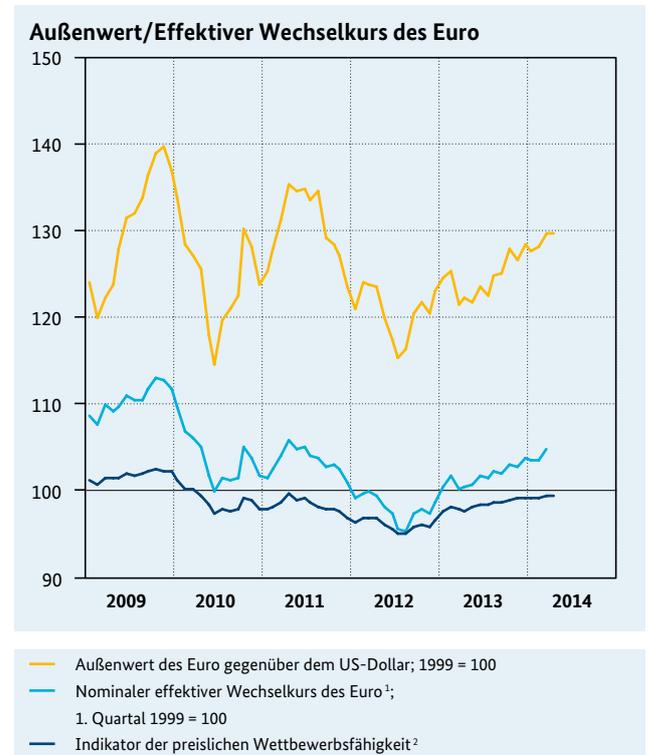
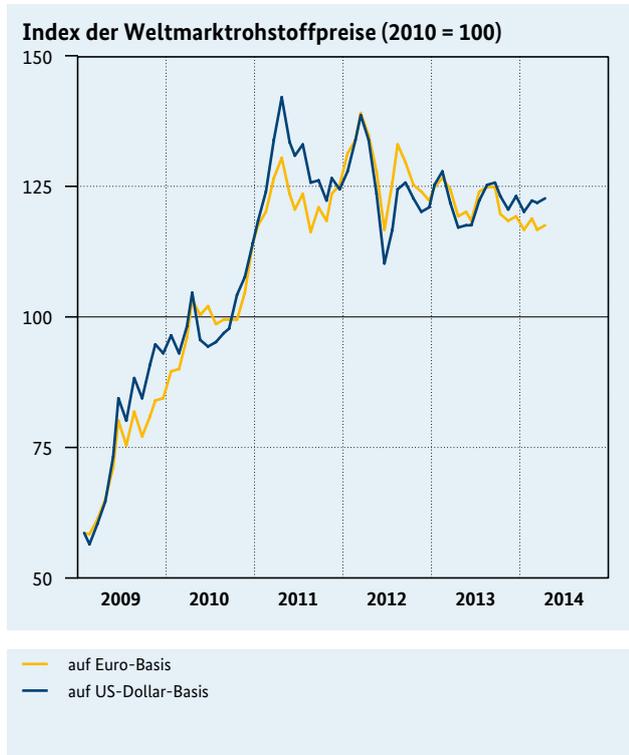
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-20 Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den zehn nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

## 6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

## 7. Monetäre Entwicklung

### 7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

		2013			2014			2013		2014				
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
<b>Geldmarktsätze, Umlaufrenditen</b> (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats EUREPO	Zinssatz	0,82	0,06	0,04	0,02	0,05	0,09	0,14	0,08	0,14	0,15	0,13	0,15	0,17
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,39	0,57	0,22	0,21	0,22	0,24	0,30	0,22	0,27	0,29	0,29	0,31	0,33
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,64	0,83	0,34	0,31	0,34	0,35	0,40	0,33	0,37	0,40	0,39	0,41	0,43
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	2,01	1,11	0,54	0,51	0,54	0,53	0,56	0,51	0,54	0,56	0,55	0,58	0,60
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-EUREPO	Zinssatz	0,57	0,51	0,18	0,19	0,17	0,15	0,15	0,14	0,14	0,14	0,16	0,16	0,16
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,60	0,36	0,41	0,27	0,54	0,48	0,45	0,40	0,53	0,57	0,40	0,39	0,40
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	2,17	0,93	0,94	0,71	1,10	1,06	1,01	0,97	1,12	1,18	0,95	0,91	0,88
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	2,61	1,50	1,57	1,34	1,73	1,75	1,61	1,68	1,80	1,76	1,56	1,51	1,46
<b>Geldmenge</b>														
Wachstum der Geldmenge M1 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	1,9	4,2	7,0	8,2	6,9	6,2	6,0	6,5	5,7	6,1	6,2	5,6	-
Wachstum der Geldmenge M2 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	2,3	3,3	4,0	4,6	4,0	2,9	2,3	3,0	2,5	2,4	2,4	2,2	-
Wachstum der Geldmenge M3 <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	1,5	3,0	2,3	2,8	2,2	1,3	1,2	1,5	1,0	1,2	1,3	1,1	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	1,5	3,0	2,3	2,7	2,1	1,4	-	1,3	1,2	1,2	1,2	-	-
<b>Kredite</b>														
an den privaten Sektor im Euroraum <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	+1,8	-0,4	-0,9	-0,6	-1,0	-1,5	-2,3	-1,3	-2,0	-2,2	-2,2	-2,4	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+2,4	0,0	-1,2	-0,7	-1,7	-1,9	-2,1	-2,0	-1,8	-2,2	-2,1	-2,1	-
an den privaten Sektor in Deutschland <sup>1</sup>	gg. Vj. in %	+1,1	+1,0	+0,6	+1,4	-0,1	+0,2	+0,1	+0,1	+0,7	-0,1	0,0	+0,3	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+1,6	+2,1	+0,6	+1,5	-0,2	0,0	0,0	-0,1	+0,7	-0,2	0,0	+0,2	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	-0,7	-0,5	-1,5	-1,1	-0,8	-1,3	-0,7	-0,4	-0,9	-1,2	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,2	+1,3	-4,5	-4,5	-5,8	-5,3	-5,2	-6,3	-4,2	-4,6	-5,3	-5,6	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-4,6	-0,6	-1,2	-1,2	-1,1	-1,8	-0,9	-1,7	-2,4	-1,0	-1,0	-0,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+1,7	+2,1	+0,3	+0,6	-0,4	+0,1	+0,3	0,0	+0,4	+0,8	+0,2	-0,2	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+0,7	+1,2	+1,0	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	+0,9	+1,0	+1,0	+1,1	+1,1	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,0	+1,4	+2,3	+2,4	+2,5	+2,2	+2,0	+2,2	+2,0	+1,9	+2,0	+2,0	-
<b>Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)</b>														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) <sup>3</sup>	Index	6599	6857	8307	8038	8331	9085	9455	9171	9284	9518	9508	9340	9483
	gg. Vp. in %	+6,7	+3,9	+21,1	+3,4	+3,6	+9,1	+4,1	+4,2	+1,2	+2,5	-0,1	-1,8	+1,5
Dow Jones Euro Stoxx (50) <sup>4</sup>	Index	2617	2415	2793	2692	2785	3020	3091	3056	3016	3093	3086	3094	3170
	gg. Vp. in %	-5,9	-7,7	+15,6	+0,7	+3,4	+8,4	+2,3	+2,2	-1,3	+2,6	-0,2	+0,3	+2,5
Standard & Poor's 500 <sup>4</sup>	Index	1269	1379	1642	1610	1674	1771	1835	1785	1809	1824	1818	1864	1864
	gg. Vp. in %	+11,4	+8,7	+19,1	+6,3	+4,0	+5,8	+3,6	+3,8	+1,4	+0,8	-0,3	+2,5	0,0
Nikkei 225 <sup>4</sup>	Index	9440	9114	13540	13607	14148	14974	14994	14897	15694	15686	14623	14672	14467
	gg. Vp. in %	-5,8	-3,5	+48,6	+19,0	+4,0	+5,8	+0,1	+3,9	+5,3	-0,1	-6,8	+0,3	-1,4

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

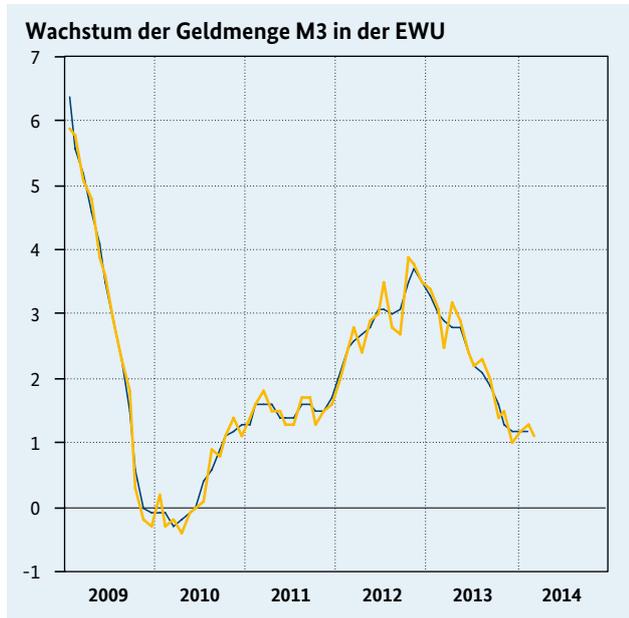
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Ursprungszahlen;

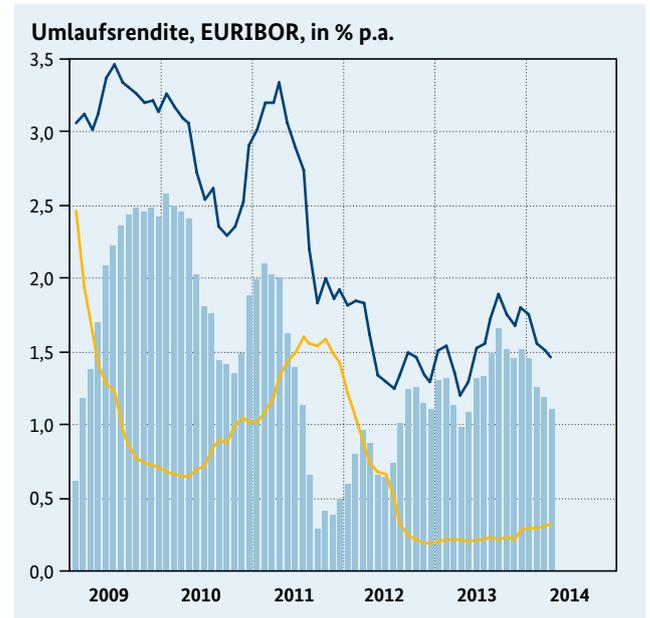
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

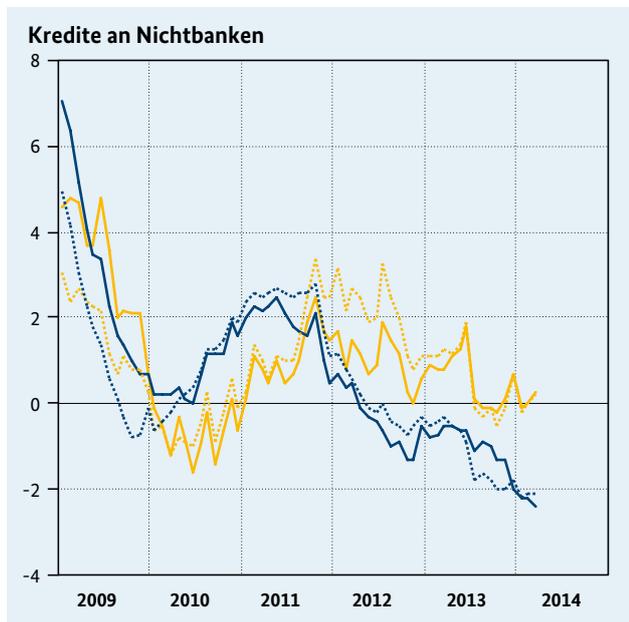
## 7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



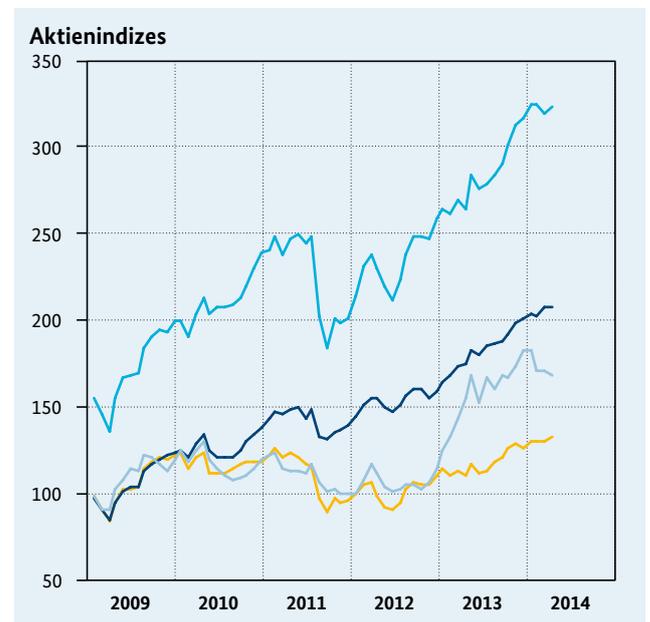
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %<sup>1</sup>  
 — monatlich  
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld<sup>2</sup>  
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit<sup>2</sup>  
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %  
 — Deutschland  
 — EWU  
 - - - Buchkredite Deutschland  
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100  
 — DAX 30<sup>3</sup>  
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)<sup>4</sup>  
 — Standard & Poor's 500<sup>4</sup>  
 — Nikkei 225<sup>4</sup>

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

## Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

#### **Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:**

Anne Jacobs-Schleithoff  
(Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts)

Wolfgang Crasemann  
(Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen)

Rita Ulrich, Dr. Karola Wolprecht, Annette Schnopp  
(Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt,  
Joachim Kaiser, Mathias Kesting, Miriam Mey  
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an [sdw@bmwi.bund.de](mailto:sdw@bmwi.bund.de) richten.

# Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
<b>Juni 2013</b>	Die europäische Bankenaufsicht – ein Fundament der Bankenunion Gesundheit als volkswirtschaftlicher Produktionsfaktor
<b>Juli 2013</b>	Wirtschaftspolitisch relevante Bewegungen in der deutschen Leistungsbilanz im Jahr 2012 Fakten und Hintergründe zur deutschen Auslandsvermögensposition Die Renaissance des Produzierenden Gewerbes in den USA – Schein oder Sein? Förderberatung „Forschung und Innovation“ des Bundes – ein Wegweiser Die ökonomische Bedeutung des Sports in Deutschland – Ergebnisse des Sportsatellitenkontos
<b>August 2013</b>	Die Wirkung wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf das Investitionsverhalten in Deutschland Innovationen für die Energiewende Bundestag beschließt Stärkung der Aktionärsrechte bei der Festlegung der Vorstandsvergütung Der „Investitionszuschuss Wagniskapital“ Strategie Intelligente Netze
<b>September 2013</b>	Der Stabilitätsrat aus gesamtwirtschaftlicher Sicht Die Energiewende gelingt nur mit den energieintensiven Industrien Neue Chancen für kluge Köpfe Elektromobilität – Längst keine Utopie mehr Mit Recht in der Cloud
<b>Oktober 2013</b>	Exportinitiative Erneuerbare Energien – Auf in neue Märkte! Weniger Formulare, bessere Gesetze Kommission legt Grünbuch zum Kunststoffrecycling vor
<b>November 2013</b>	Die Herbstprojektion 2013 der Bundesregierung Smart Metering in Deutschland Internationale FuE-Kooperationen im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand Im Geschäftsverkehr das richtige Maß Erdbeobachtung in Zeiten der Globalisierung
<b>Dezember 2013</b>	Investitionsschwäche in Deutschland? Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa – ein Fundament für den Euro Ökonomischer Zugewinn durch Zuwanderung Nebenerwerbsgründer haben große Chancen
<b>Januar 2014</b>	Das Wunder von Bali: die multilaterale Handelspolitik ist zurück EU-Financen im Zeichen der Zeit Versteckte Talente entdecken
<b>Februar 2014</b>	Wettbewerbsaufsicht in Deutschland: das Bundeskartellamt Mehr Licht! COSME: Große Hilfe für kleine Unternehmen Sukuk Murabaha und Sukuk Musharaka Innovationsförderung in der EU – auf zu neuen Horizonten Ökonomische Bedeutung des Wintersports in Deutschland

<b>Ausgabe</b>	<b>Fachartikel</b>
<b>März 2014</b>	Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 Ohne Energieeffizienz keine Energiewende Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft
<b>April 2014</b>	Bioökonomie: Mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaften
<b>Mai 2014</b>	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft – Aufschwung auf breitem Fundament Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss Regionale Wirtschaftspolitik Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik  
finden Sie im Internet unter  
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>

---





